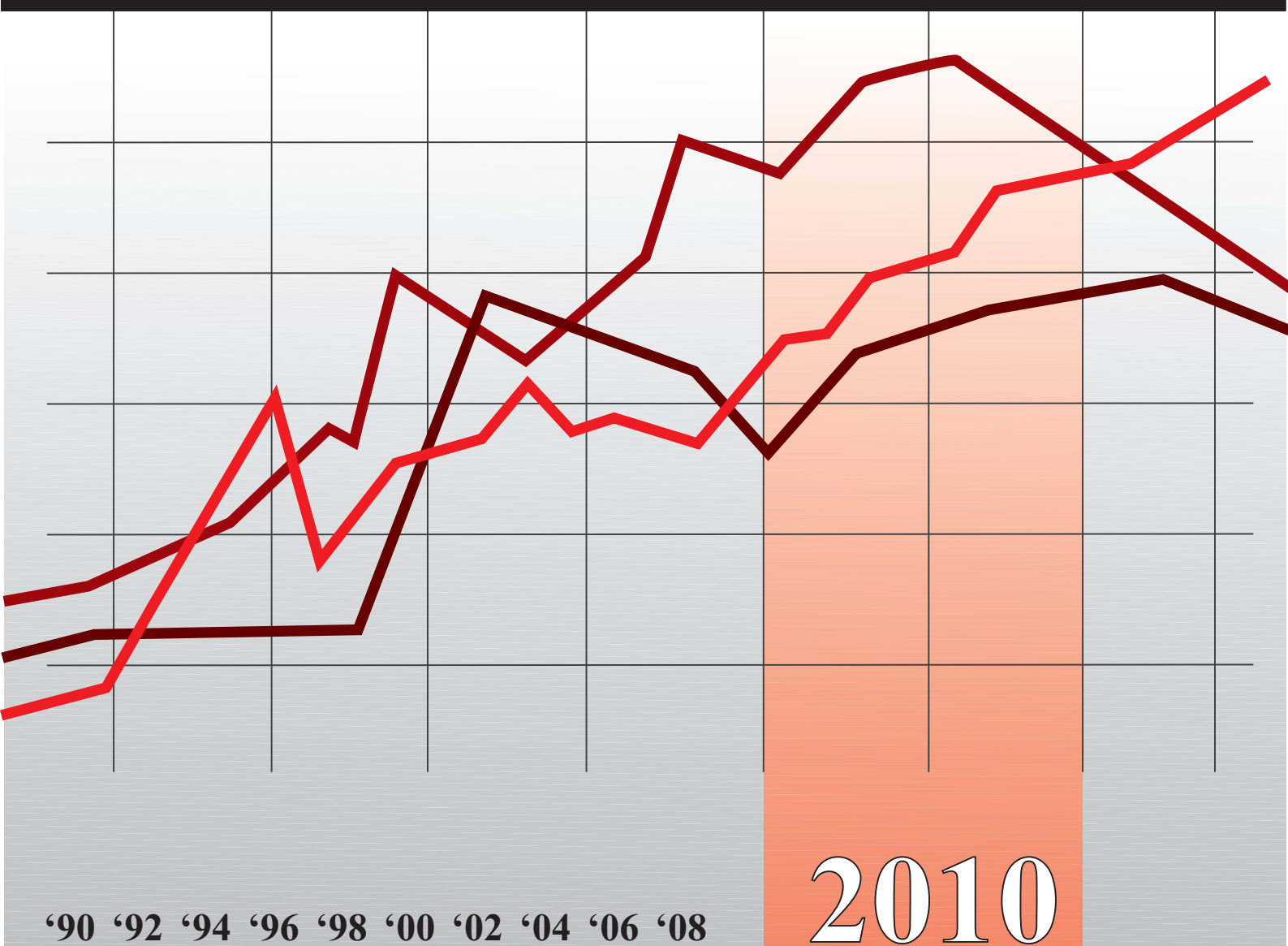


SOZIALREPORT



'90 '92 '94 '96 '98 '00 '02 '04 '06 '08

2010

Die deutsche Vereinigung
- 1990 bis 2010 - Positionen der
Bürgerinnen und Bürger



Sozialreport 2010

Die deutsche Vereinigung - 1990 bis 2010 - Positionen der Bürgerinnen und Bürger - Kurzfassung -

Im Auftrag der Volkssolidarität - Bundesverband e.V.

erarbeitet vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V.

Titelgestaltung:	Reinhard Liebscher
Gestaltung und Bearbeitung:	Heidemarie Wille
technische Mitarbeit:	Johanna Kühne Felicitas Schlüter Gabriela Seidel

Druck: City-Print Gera

Alle Rechte vorbehalten



Die Jahre 1990 bis 2010 brachten für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger - vor allem in den neuen Bundesländern - tiefe Einschnitte ihres Lebens mit sich. In Deutschland wurde bis in die Gegenwart der keineswegs abgeschlossene Vereinigungsprozess vollzogen mit all seinen positiven, aber zum Teil auch weniger positiven Wirkungen für das Leben vieler Menschen. Die Bürger der neuen Länder erlebten neue Freiheiten und neue Verunsicherungen, die Lebensverhältnisse verbesserten sich für Viele und wurden ungleicher für Alle. In den alten Bundesländern ging es weiter aufwärts, wenn auch nicht mehr so kontinuierlich wie gewohnt.

Der deutsche Vereinigungsprozess wurde möglich, weil das von den Bürgern der heutigen neuen Bundesländer bedeutendste freiheitlich-demokratische und friedliche Aufbegehren auf deutschem Boden zur Auflösung eines sich selbst zunehmend delegitimierenden Staatswesens in Ostdeutschland führte. Es war die kurze Zeit umfassenden demokratischen Zusammenwirkens - z.B. in Form der "Runden Tische" - bei der zu lösende Sachfragen und nicht Machtinteressen von Parteien oder Politikern im Mittelpunkt standen. Die Vereinigung wurde nicht zuletzt ermöglicht durch die Aktivitäten der Bürger der alten Bundesländer, welche ökonomisch mit ihrer Arbeit dafür wesentliche Voraussetzungen schufen. Letztlich bewirkten jedoch seit 1990 die Bürger in Ost und West gemeinsam den erzielten ökonomischen und sozialen Fortschritt und mussten ihn zugleich gegen einen zunehmenden Sozialabbau verteidigen.

Die vorliegende Kurzfassung des "Sozialreport 2010" belegt anhand der getroffenen Aussagen der Bürger aus Ost und West:

Erstens werden von der Mehrheit der Bürger die erreichten Veränderungen seit 1990 - im Besonderen im Osten - anerkannt. Es gibt insgesamt eine hohe allgemeine Lebenszufriedenheit in Deutschland. Die höchsten Zufriedenheiten weisen die Deutschen in Ost wie West für das Wohnen und die Freizeit aus. Das sind jene Bereiche, welche der Einzelne relativ selbstständig gestalten kann. Am Ende der Zufriedenheitsskala liegen: das Leben mit Kindern, die Demokratieentwicklung, der politische Einfluss und die Einkommensverhältnisse. Insbesondere seit 2000 hat die Politik der Sozialreformen mit ihren spürbaren, den Lebensstandard senkenden Wirkungen für den Einzelnen die kritischen Positionen der Bürger gestärkt.

Insgesamt sind jedoch unterschiedliche Einschätzungen zwischen Ost und West charakteristisch. So bewerten die Bürger der alten Bundesländer ihre wirtschaftliche Situation besser als die Ostdeutschen, sie sind mit ihrem Leben alles in allem zufriedener. Analoges gilt für die Bedürfnisbefriedigung und andere "Wohlfahrtsindikatoren". Daraus wird nicht selten abgeleitet: "die" Ostdeutschen seien ewig unzufriedener, würden die erreichten Veränderungen nicht anerkennen usw.

Der Report belegt einerseits die Bewertungen der Bürger zu real erreichten Veränderungen, wie andererseits, dass bei wichtigen, die Lebenslagen bestimmenden Indikatoren wie Arbeitsmöglichkeiten, Erwerbseinkommen, verfügbares Haushaltseinkommen, Wohnverhältnissen u.a.m. reale Unterschiede zwischen Ost und West bestehen, die nicht mehr mit der Vergangenheit erklärt werden können. Die höhere Zufriedenheit im Westen und die positivere Bewertung der wirtschaftlichen Situation reflektieren bessere Lebensbedingungen, die nicht in jedem Fall gerechtfertigt sind. Das erzeugt keinen "Neid" im Osten, sondern erhöht - 20 Jahre nach der Vereinigung - den berechtigten Druck, gleichwertige

Verhältnisse herzustellen, z.B. auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, in der Tarifpolitik und im Rentenrecht. Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West ist zur Zeit aufgrund der ökonomischen, infrastrukturellen und rechtlichen Unterschiede nicht gegeben. Ein nicht unbedeutender Teil der Bürger aus den neuen Ländern hat dies in den vergangenen Jahren durch eine historisch einmalige, hohe individuelle berufliche und territoriale Mobilität gelöst. Weit über die Hälfte der heute 40-jährigen Bürger hat durch Berufswechsel sich den veränderten Wirtschaftsstrukturen angepasst, junge Menschen sind in die alten Bundesländer abgewandert. Die Zukunft liegt jedoch nicht in der Fortsetzung der Abwanderung. 14 Millionen können nicht in den Westen ziehen - noch dazu, da sie schon einmal durch Beitritt zur Bundesrepublik von Ost nach West "gewandert" sind.

Zweitens hat die 1989 getroffene Aussage von Alt-Bundeskanzler Willy Brandt: "Jetzt wächst zusammen was zusammengehört" ihre Bedeutung und Richtigkeit bis in die Gegenwart noch nicht verloren. Die deutsche Einheit wird insgesamt als noch nicht vollendet, aber auch hier zwischen Ost und West extrem unterschiedlich bewertet. Die mentale Teilung der Gesellschaft ist auch hier aufgrund der noch existenten unterschiedlichen Lebensverhältnisse wie seinerzeitiger und heutiger Erwartungen unübersehbar.

Es erweist sich, dass die Westdeutschen den erreichten Stand der Einheit insgesamt positiver werten als die Ostdeutschen, aber zugleich individuell für sich mehr Verluste als Gewinne sehen - im Gegensatz zu den Bürgern der neuen Bundesländer. Die Bewertung der erreichten Ergebnisse der Vereinigung seitens der Bürger im Osten anerkennt einerseits die vollzogenen Fortschritte ebenso wie sie die vorhandene Erwartungshaltung an noch notwendig zu erfolgende "Angleichungen" reflektiert. Andererseits werden für die Bürger der alten Bundesländer offensichtlich die seit 1990 erfolgten, abflachenden, zum Teil stagnierenden und mit Einschnitten durch die Sozialreformen geprägten Entwicklungen in hohem Maße der Vereinigung zugeschrieben. Keineswegs uninteressant ist, dass sich Bürger, die nach 1990 in den jeweiligen anderen Landesteil wechselten, für sich überdurchschnittlich hoch Gewinne feststellen.

Das für die innere Einheit bedeutsamste Problem ist nicht nur die immer noch nicht erreichte Angleichung materieller Lebensverhältnisse, sondern die noch nicht vollständig vollzogene Integration - im Sinne der Gleichbehandlung und Chancengleichheit der Bürger der neuen Bundesländer. Es sind nicht nur Einkommens- oder Vermögensdifferenzen, sondern ungleiche Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt sowie der sozialen und kulturellen Infrastruktur, um ein gleichwertiges, welche ein gleichwertiges, auf eigener Leistung beruhendes Leben einschränken. Es sind aber auch sozio-kulturelle Unterschiede, welche aus Vergangenheit und Gegenwart resultieren und nicht einfach "angepasst" werden können und sollten. Die Entwicklungen bis 1990 mit anderen Sozialisationen, Traditionen und spezifisch geprägter regionaler Vielfalt (z.B. Frauenleitbild, Religion, Sport und Kultur) zwischen Ost und West sind nicht zu überwinden, sondern zu akzeptieren und zu beachten.

Trotz erfolgter Verbesserungen in vielen Lebensbereichen führt die nach wie vor nicht erfolgte Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Osten zu dem Gefühl nicht gerechtfertigter Ungleichbehandlung bei großen Teilen der Bürger, was - verbunden mit der kollektiven Abwertung erbrachter Lebensarbeitsleistung - den Eindruck verstärkt, nicht nur in einer "Sonderregion" zu leben, sondern als zweitklassig behandelt zu werden. Die Ostdeutschen wollen nicht nur ihrer historischen Leistung, der friedlichen Revolution und der damit ermöglichten Vereinigung wegen gelobt und anerkannt werden, sondern sie wollen gleichberechtigt ihr Leben gestalten können.

Die Festlegungen des Koalitionsvertrages im Abschnitt "Deutsche Einheit" zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland bis 2019 werden von den Bürgern mehrheitlich nicht für real gehalten.

Mehr als die Hälfte in Ost und West glaubt nicht mehr daran, dass endlich zusammenwächst was zusammengehört, Ältere glauben nicht mehr an die Vollendung der Vereinigung zu Lebzeiten.

Die 1990 anfängliche Euphorie der Vereinigung ist durch die Entwicklungen der vergangenen Jahre nicht nur verschwunden, sondern zunehmend werden die Defizite in Ost und West und zwischen Ost und West vom Bürger auch als solche empfunden. Der "subjektive Faktor" hat mit dem Tempo des institutionellen Transfers nicht Schritt gehalten, sondern erweist sich als "eigenständige Größe", die sich nicht einfach anpasst. Kritische Systemakzeptanz ist keine politische Bedrohung, sondern Bedingung, um Politikkonzeptionen auf Reformbedürftigkeit und Mitwirkungsmöglichkeiten zu prüfen, um den Sozialstaat zu festigen.

Drittens haben die Sozialreformen (Arbeitsmarkt-, Gesundheits-, Pflege-, Rentenreform) und die damit verbundenen Debatten um die Neugestaltung des Sozialstaates weder die Lebenslagen noch den sozialen Frieden in Deutschland verbessert.

Es ging und geht nicht um die Einsicht in Sozialreformen - welche sich aus veränderten ökonomischen und demografischen Bedingungen ergeben -, sondern um die Stoßrichtung, mit welcher Reformvorschläge umgesetzt werden. So lange sie vor allem zu einer zunehmenden Umverteilung von unten nach oben führen, so lange sie soziale Risiken und Vorsorge privatisieren, so lange sie Armut verstärken und verfestigen statt zu mindern, so lange bedarf es des Widerstandes und des Zusammenwirkens der Betroffenen.

Alles in allem bringen die vorgenommenen Bewertungen - wenn auch in unterschiedlichem Maße - zum Ausdruck, dass die soziale Stabilität langfristig gefährdet werden kann, wenn der - von den Bürgern akzeptierte - Umbau des Sozialstaates nicht als notwendige Umgestaltung für alle, sondern als Angriff auf Lebensstandard und Lebensqualität für die Mehrheit zu Gunsten von Minderheiten in Wirtschaft und Politik empfunden und erlebt wird. Gesellschaftliche Entwicklung muss den sozialen Frieden sicherer machen und nicht soziale Verunsicherungen hervorbringen.

Was ist es für eine Zukunft, wenn rd. drei von vier Bürgern in Ost wie West hinsichtlich der finanziellen Sicherung im Alter von Verschlechterungen ausgehen, gefolgt von erwarteten Verschlechterungen beim Einkommen, der Arbeit und dem Gesundheitswesen. Gerade im sozialen Bereich sind die Erwartungen gering. Das hat seine Ursache nicht nur in gesammelten Erfahrungen einer stetig erfolgenden Umverteilung von unten nach oben, sondern darin, dass die Bürger nicht das Gefühl haben, dass ihre Interessen und Bedürfnisse Ausgangspunkt ökonomischer Überlegungen und Entwicklungen sind, sondern deren Restposten.

In den nächsten Monaten und Jahren werden sich die Bemühungen um Privatisierung des Sozialen fortsetzen und mit weiteren Leistungseinschnitten verbunden werden. Das erhöht den Anspruch an die Interessenvertretung der Verbände und Vereine und den Willen zur Kooperation. Das betrifft den Renteneintritt mit 67 ebenso wie den Umbau des Gesundheitssystems oder die Verhinderung weiterer Einschnitte im Lebensstandard bei den Bürgern und Familien, welche jetzt schon wenig haben.

Eklatanter Ausdruck einer sich unzureichend am Wohl der Bürger orientierenden Politik ist die zunehmende Armut, als eine der grundlegenden Entwicklungstendenzen des sozialen Wandels in Deutschland in den letzten Jahren. 2010 lebten 18 % der ab 18-jährigen Bürger in Deutschland unterhalb der Armutsrisikoschwelle. Das waren in Ostdeutschland 24 % und in Westdeutschland 16 %. Alleinerziehende, Arbeitslose und Familien mit mehreren Kindern sind das am meisten betroffene Potenzial - Ältere vor allem im Osten werden in Zukunft davon verstärkt betroffen sein. Die Sozialreformen, obwohl sie in Ost und West gleichermaßen realisiert werden, wirken in den neuen Bundesländern verstärkend auf Ungleichheiten (innerhalb der neuen Bundesländer und zu den alten Bundesländern).

Viertens haben die vergangenen Jahre mit der Zunahme innerer und äußerer Konflikte einerseits das politische Interesse der Bürger erhöht, aber andererseits nicht die Möglichkeiten für den Einzelnen verbessert, sich einbringen zu können.

Der hohe Stellenwert, welcher Demokratie beigemessen wird, ist jedoch keine ausschließliche Akzeptanz der auf Wahlen beruhenden repräsentativen Demokratie, sondern bedarf der Ergänzung durch direkte Mitwirkungsformen. Alle vier bis fünf Jahre zur Wahl gehen zu können, empfindet nur jeder fünfte Bürger als hinreichend - mehr Bürgerbeteiligung im Sinne der Beteiligung an Sachentscheidungen wird für erforderlich gehalten. Das gilt im Besonderen für die Bundesebene, wo es längst Zeit ist, Volksentscheide auf Bundesebene im Grundgesetz festzuschreiben. So lange Politiker den in Deutschland lebenden Bürgern die demokratische Reife absprechen, Sachfragen auf Bundesebene in Übereinstimmung mit ihren Interessen zu entscheiden, entsteht der Eindruck, dass es gar nicht gewollt ist. Von der Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67, der Bürgerversicherung im Gesundheitswesen bis zum Gebrauch religiöser Symbole im öffentlichen Raum u.a.m. gäbe es notwendigen Bedarf. Zunehmender Stellenwert von Bürgerinitiativen und sachorientierten Wahlbündnissen verweist nicht auf Politikverdrossenheit, sondern auf Unglauben an Veränderungen, die den Interessen der Mehrheiten dienen. Das erkennbar fehlende Institutionenvertrauen in Bundestag, Bundes- und Landesregierungen sollte ein Alarmsignal sein. So lange wie Entscheidungen fast ausschließlich dem Kalkül der Parteien entspringen, so lange Parteien in der Opposition das widerrufen was sie als Koalitionspartner mit verantwortlich haben, so lange Wahlversprechen nicht einzuhalten als "normal" abgetan wird, so lange dürfen sich Politiker über mangelndes Vertrauen in Institutionen, in die sie gewählt wurden, nicht wundern.

Es scheint sich in Ost wie West ein Trend zunehmender Bürgerinitiativen und sachbezogener Bündnisse anzubahnen, welche Zuspruch gewinnen. Dafür sprechen auch die abnehmenden Mitgliederzahlen von Parteien, Verbänden und Vereinen, welche zu wenig die Interessen ihrer Mitglieder zum Gegenstand ihres Handelns machen und sich mit ihren Aktivitäten immer mehr am Markt orientieren. Das Interesse an bürgerschaftlichem Engagement ist (noch) groß, Reserven sind noch vorhanden. Diese unter den veränderten Bedingungen zu nutzen, ist ein Gebot, dem sich auch unser Verband stellen muss und wird.

Berlin, August 2010



Prof. Dr. Gunnar Winkler
Präsident der Volkssolidarität - Bundesverband e.V.

Sozialreport 2010

**Die deutsche Vereinigung
- 1990 bis 2010 -
Positionen der Bürgerinnen und Bürger**

- Kurzfassung -

Im Auftrag der Volkssolidarität Bundesverband e.V.

erarbeitet vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V.

Berlin - August 2010

Sozialreport 2010

Sozialreport 2010 - Die deutsche Vereinigung - 1990 bis 2010 - Positionen der Bürgerinnen und Bürger -
- Kurzfassung* -

Gliederung:	Seite
1. Vorbemerkungen	7
I. Jetzt wächst zusammen....	7
2. Stand der Einheit	7
3. Angleichung und Unterschiede	8
4. Gewinne - Verluste	9
5. Identifikation	10
II. Angleichung - Gleichwertigkeit - Vielfalt	11
6. Ost-West-Betrachtung	11
7. Angleichungsphasen aus Sicht der Ostdeutschen	11
8. Koalitionsvereinbarung 2009	12
9. Stand der Angleichung	13
10. Einkommensangleichung	15
11. Gleichwertigkeit	15
12. Vielfalt	17
13. Gleichstellung	18
14. Haltung zu Ausländern	19
15. Weltanschauung - Religion	20
III. Zufriedenheit - Lebenslagen	21
16. Allgemeine Lebenszufriedenheit	21
17. Wirtschaftliche Situation	22
18. Individuelle Einkommensstruktur	24
19. Haushaltseinkommen	24
20. Alterseinkommen	25
21. Armutsstrukturen	26
22. Wohnen	27
23. Erwerbsarbeit	28
24. Arbeitslosigkeit	28
IV. Werte	29
25. Grundwerte	29
26. Wertestrukturen	30
V. Demokratie	31
27. Demokratieentwicklung	31
28. Demokratieformen	31
29. Organisationszugehörigkeit	32
30. Institutionenvertrauen	33
VI. Zukunftserwartungen	34
31. Hoffnungen - Befürchtungen	34
32. Erwartungen	35
33. Konzeption für Angleichung	36
Anlage: Zusammenfassende Hauptaussagen des "Sozialreport 2010"	38

* Die Langfassung steht als Download unter: [www.volkssolidaritaet.de/.....](http://www.volkssolidaritaet.de/) [www.sfz-ev.de.....](http://www.sfz-ev.de)

1. Vorbemerkungen

2010 jährt sich die deutsche Vereinigung das zwanzigste Mal. Ein Zeitpunkt, zu dem aus unterschiedlichsten Sichten die erreichten Ergebnisse, die sie bewirkenden Kräfte und die noch zu lösenden Probleme benannt werden. Am wenigsten werden diejenigen zu Wort kommen, welche den maßgeblichen Anteil an den eingetretenen Veränderungen hatten: die Bürger. Die Vereinigung war das Ergebnis einer breiten friedlich-demokratischen Revolution der Menschen in den heutigen neuen Bundesländern ebenso wie der Existenz eines demokratischen Gemeinwesens, welches die Bürger der alten Bundesländer geschaffen hatten. Die Erwartungen in Ost wie West waren groß, der Vereinigungsprozess zeigte rasch Ergebnisse, verlor jedoch zunehmend an Fahrt und stagniert weitgehend seit Jahren. Die Sicht der Bürger auf das Erreichte und das noch

zu Erreichende unterscheidet sich von vielen medialen Darstellungen, da sie differenzierter Positives anerkennt und Negatives nicht verschweigt, ebenso wie sie nicht die Meinung Einzelner zu "Volkes Meinung" erhebt, sondern auch Differenziertheiten des Betroffenseins zum Ausdruck bringt - Gewinne und Verluste, Angleichung und Unterschiedlichkeit, altersabhängige Wertungen wie unterschiedliche weltanschauliche Grundlagen.

Der nachfolgenden Kurzfassung liegt ein ausführlicher Bericht zugrunde, in den die Ansichten der Bürger der neuen Länder über zwanzig Jahre eingeflossen sind - dazu wurden in 21 Wellen seit 1990 über 32.000 Bürger befragt - und welcher auch den Vergleich zur Sicht der Bürger der alten Bundesländer beinhaltet. Der Sozialreport 2010 ist - obwohl in der Tradition der Reporte der vergangenen Jahre stehend - ein spezifischer Beitrag zum 20. Jahrestag.

I. Jetzt wächst zusammen ...

2. Stand der Einheit

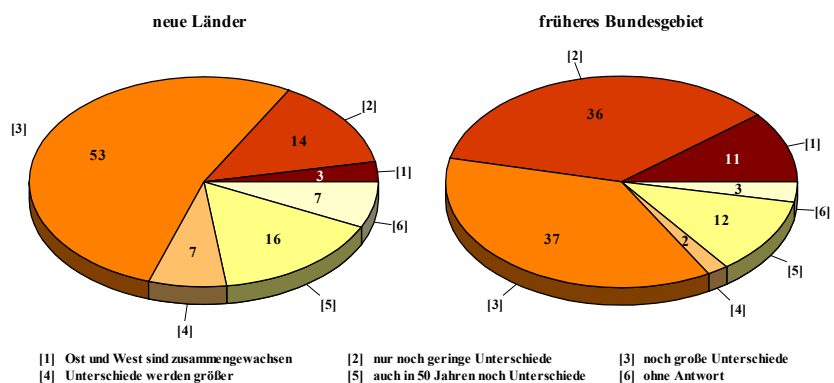
Die 1989 getroffene Aussage von Alt-Bundeskanzler Willy Brandt "Jetzt wächst zusammen was zusammengehört"¹ hat ihre Bedeutung und Richtigkeit bis in die Gegenwart noch nicht verloren. Hinsichtlich der Einschätzung des Standes der deutschen Einheit werden extrem unterschiedliche Bewertungen zwischen Ost und West vorgenommen. Die Deutsche Einheit ist für 40 % der in Deutschland lebenden ab 18-jährigen Bürger im Wesentlichen vollzogen, denn 9 % sind der Meinung, dass Ost und West weitgehend zusammengewachsen sind und 31 % sehen nur noch geringe Unterschiede. Darüber hinaus stellen 40 % noch große und 3 % zunehmende Unterschiede fest, 13 % gehen davon aus, dass es auch in 50 Jahren noch gravierende Unterschiede geben wird (4 % = ohne Antwort). Mit diesen Aussagen werden jedoch nachfolgende generelle Probleme der Bewertungen zur Deutschen Einheit offenkundig:

Erstens, dass gesamtdeutsche Aussagen vor allem von der Meinung der Bürger der alten Bundesländer dominiert werden - so sehen im Westen 47 % und im Osten 17 % die Einheit im Wesentlichen als erreicht an. In den neuen Bundesländern ist die Ansicht, dass die Unterschiede noch relativ groß sind (53 %), die vorherrschende Meinung, während

diese im Westen nur 37 % der Bürger vertreten.

Die fast gegensätzlich erscheinende Bewertung des Standes der deutschen Einheit insgesamt reflektiert nach wie vor unterschiedliche Haltungen der Mehrheit der Bürger in Ost und West sowohl an das Herangehen der Bewertung der erreichten Veränderungen als auch des Stellenwertes der noch nicht gelösten Probleme. Während für die Mehrheit der Ostdeutschen einerseits die anerkannten positiven Veränderungen wie andererseits weitgehende Stagnation im Angleichungsprozess und die Ungleichwertigkeit vieler Lebensverhältnisse bestimmend sind, gehen Westdeutsche eher davon aus, dass mit rd. 75 bis 80 % erzielter Angleichung

Abbildung 1: "Wie schätzen Sie den Stand der Einheit Deutschlands ein?" - nach Regionen - 2010 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2010 (gew.)

1 Brandt, Willy: Rede in Berlin am 10. November 1989.

der Prozess weitgehend als gelungen zu bewerten ist. Sie lasten für sie persönlich eingetretene "Wohlstandsverluste" der Vereinigung - und damit den Ostdeutschen und dem System, in dem diese gelebt haben - an.

Heute z.T. charakteristische Haltungen in Ost wie West sind erst im Verlaufe der letzten 10 bis 15 Jahre entstanden ebenso wie eine sich in der Tendenz annähernde Bewertung jüngerer Menschen in West- und Ostdeutschland.

Insgesamt ist aber auch erkennbar, dass die Bürger der neuen Bundesländer an den Ergebnissen der Einheit zum Teil in sehr unterschiedlichem Maße partizipieren - insbesondere durch die gegebenen/nicht gegebenen Möglichkeiten der Teilnahme am Erwerbsleben, da die Veränderungen in den ökonomischen Strukturen eine Nutzung der Angleichungschancen aus eigener Kraft in hohem Maße begrenzten und noch immer begrenzen. Zugleich führen bekanntermaßen die in den Jahren ab 2000 in Gang gesetzten Reformen in Ost wie West zu negativen Wirkungen. Die Reformen, die in Ost und West gleichermaßen realisiert werden, wirken in den neuen Bundesländern verstärkend auf Ungleichheiten (innerhalb der neuen Bundesländer und zu den alten Bundesländern) und vertiefen in den alten Bundesländern zum Teil das Gefühl der nachholenden "Vereinigungskosten" - insbesondere in Berlin-West traten nach 1990 reale "Vereinigungsverluste" auf.

3. Angleichung und Unterschiede

Im Gegensatz zur zusammenfassenden allgemeinen Bewertung, ist - bezogen auf die erreichten Veränderungen im Einzelnen - festzustellen, dass es hierbei *erstens* eine hohe übereinstimmende Wertung über das bereits erreichte Maß überwundener Unterschiede zwischen Ost und West gibt, ohne die vorhandenen ungerechtfertigten Ungleichheiten zu übersehen oder zu übergehen.

Seitens der Ostdeutschen werden vor allem die erzielten Veränderungen in der Vielfalt politischen und bürgerschaftlichen Engagements hervorgehoben. Anerkennung (im Sinne von "ich sehe keine Unterschiede mehr") finden die erfolgten Veränderungen bei rd. 30 bis 40 % der Bürger der neuen Länder hinsichtlich der erreichten Parteien- und Verbandsvielfalt und der damit verbundenen Möglichkeiten, aktiv zu partizipieren. Wenn Westdeutsche das in geringerem Maße als "angeglichen" sehen, ist das offensichtlich eher Vorbehalten gegen einzelne Parteien und Verbän-

de geschuldet, als dem erreichten Maß bürgerschaftlichen Engagements (vgl. Tabelle 1).

Zweitens geht die große Mehrheit der Bürger in Ost wie West davon aus, dass notwendige Angleichungsprozesse in wichtigen und wesentlichen Lebensbereichen noch ausstehen. Das betrifft vor allem jene Bereiche, welche ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen (Arbeit) und zur Zeit durch ungerechtfertigte Ungleichheiten gekennzeichnet sind (Einkommen) und damit Entwicklungschancen begrenzen.

Insbesondere hinsichtlich der Lohn- und Rentenentwicklung sowie der vorhandenen Arbeitslosigkeit und des fehlenden Arbeitsplatzangebotes wird von über 65 bis 85 % der Ostdeutschen die noch ausstehende Angleichung eingefordert. Auch in den alten Ländern liegt die Forderung nach Angleichung in diesen Bereichen an vorderster Stelle, allerdings mit weniger Nachdruck (48 bis 65 %).

Drittens wird für eine Reihe von Lebensbereichen auch der Erhalt der vorhandenen Unterschiedlichkeiten eingefordert - insbesondere bei politischen und religiösen Strukturen (25 %) sowie kulturellen und regionalen Unterschieden, von Westdeutschen darüber hinaus vor allem bei Vermögen (22 %), aber auch bei Renten (18 %) sowie Löhnen und Gehältern (9 %).

Tabelle 1: "Gibt es aus Ihrer Sicht noch Unterschiede zwischen alten und neuen Ländern in einzelnen Lebensbereichen - wie bewerten Sie diese?" - nach Regionen - 2010 - in Prozent - (nur Antwort: "ich sehe keine Unterschiede mehr")

	neue Länder	früheres Bundesgebiet
Vielfalt politischer Orientierungen (Parteien)	40	32
Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden	37	32
Öffentlicher Nahverkehr	35	36
kulturelle Angebote	33	40
Gesundheitsversorgung	29	38
Wohnverhältnisse	29	26
Religionszugehörigkeit	29	30
Zusammenleben mit anderen Nationalitäten	25	24
Ausbildungsmöglichkeiten	24	23
Verhältnis Stadt-Land	23	22
Kinderbetreuung	20	30
Preise für Dienstleistungen	17	20
berufliche Entwicklungschancen	15	20
Arbeitslosigkeit	8	10
Arbeitsplatzangebote	7	13
Vermögen	7	21
Renten	5	15
Lohn/Gehalt	1	8

Datenbasis: sfz/leben 2010 (gew.)

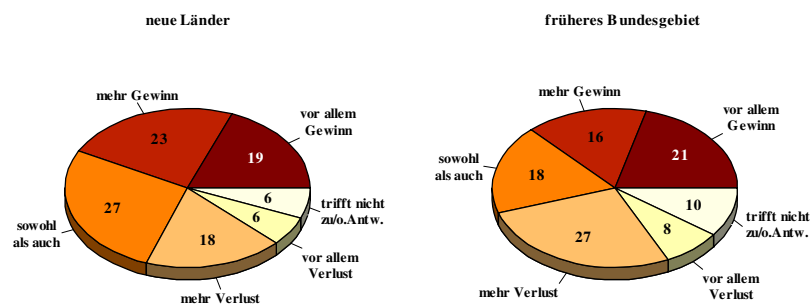
4. Gewinne - Verluste

Die deutsche Einheit erbrachte den Beweis, dass Bürger eines Landes auch auf friedlichem Wege nicht nur Regierungen abwählen und durch neue parteipolitische Zusammensetzungen ersetzen können, sondern dass auch Systemveränderungen möglich sind. Sie brachte zugleich für die Mehrheit der Bürger der neuen Bundesländer anerkannte und spürbare Verbesserungen der Lebensverhältnisse mit sich, die in vielen Bereichen bis heute nachhaltige Wirkungen zeigen.

Die Bewertung der Deutschen zu individuell erreichten Wirkungen der Einheit manifestiert sich nach wie vor an den Aussagen, dass 38 % der befragten Bürger im Jahre 2010 die Einheit für sich vorrangig als Gewinn bewerten, 20 % für sich sowohl Gewinne als auch Verluste sehen und 33 % den Vereinigungsprozess für sich mit Verlusten kennzeichnen (für 9 % der Befragten trifft die Frage nicht zu - zum Teil jüngere Befragte bzw. Immigranten).

Die Daten (vgl. Abbildung 2) verdeutlichen auch hier die große Unterschiedlichkeit der Bewertung zwischen Ost und West, aber im Sinne einer hohen "Verlust"-Bewertung seitens eines großen Teils der Westdeutschen. Das bestätigt die Annahme, dass ein nicht unbedeutender Teil von ihnen eine weitere Angleichung mit "zusätzlichen" Verlusten für sich selbst verbindet.

Abbildung 2: "Sind zwanzig Jahre deutsche Einheit für Sie insgesamt gesehen ...?" - nach Regionen - 2010 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2010 (gew.)

Während im Osten 42 % der Bürger die Einheit für sich als Gewinn bewerten, sind das in den alten Bundesländern nur 37 %, im Gegensatz zu den Verlusten, welche für sich nur 24 % der Ostdeutschen, aber 35 % der Westdeutschen sehen (insbesondere 1989 in Berlin-West Lebende - 45 %).

Für die neuen Länder sind insgesamt seit 1994 (erstmalige Erhebung) weitgehend stabile Gewinn- und Verlustbewertungen typisch - mit einer kritischeren Be-

wertung in den Jahren der Diskussion um Einführung von Elementen der Sozialreformen (Rente, Gesundheit, Arbeitsmarkt, Pflege). Insbesondere die hohen Gewinnbewertungen der älteren Bürger trugen bislang maßgeblich zur Gesamtbewertung in den neuen Ländern bei - trotz Stagnation der Alterseinkommen als auch des Nachrückens von Jahrgängen mit geringen Ansprüchen in der gesetzlichen Rentenversicherung aufgrund vielfach unterbrochener (perforierter) Erwerbsbiografien bzw. Niedrigeinkommen. Die mit dem Renteneintritt verbundene "soziale Sicherheit" im Alterseinkommen - aufgrund der Solidargemeinschaft in der Rentenversicherung - findet (noch) positive Anerkennung älterer Bürger.

Betrachtet man die Gesamtentwicklung in Ostdeutschland - begrenzt auf den Teil der Bevölkerung, der 1989/1990 bereits 20 Jahre und älter war (Jahrgang 1970 und älter) - so ergibt sich, dass auch die Gewinn-Verlust-Bewertung seit 1990 einem Wandel unterliegt. So nimmt die Zahl derer, die den Vergleich der mit der Vereinigung erzielten individuellen Wirkungen positiv bewerten, deutlich ab, was darauf zurückzuführen ist, dass der Vergleich in den ersten Jahren sich fast ausschließlich auf die Veränderungen der überwundenen Lebensverhältnisse in der DDR bezog und noch nicht auf die anhaltend "neuen" sozialen Verhältnisse (z.B. Arbeitslosigkeit).

Dabei erweist sich insgesamt die keineswegs neue Erkenntnis, dass sich für die Bürger im Osten vereinigungsbedingt fast alles verändert hat, während im Westen eine weitgehende Kontinuität für die Entwicklung seit 1990 hervorgehoben wird. Charakteristisch für den Osten sind die anerkannten Verbesserungen in vielen Lebensbereichen, insbesondere beim Wohnen und bei der Urlaubsgestaltung, also in Bereichen, welche auf einem hohen individuellen Entscheidungsspielraum beruhen und vom Einzelnen entsprechend seinen individuellen Lebensverhältnissen gestaltbar sind. Das sind zugleich jene Bereiche, in denen nur wenig Verschlechterungen angegeben werden.

Eine spezifische Bewertungssituation liegt im Osten bei den Einkommen vor. 35 % akzeptieren die erfolgten Veränderungen (vor allem höhere Einkommensgruppen und Hochschulabsolventen). Rd. ein Drittel (32 %) sieht jedoch für sich eher Verschlechterungen - das betrifft vor allem Arbeitslose (75 %) sowie Familien mit einem Pro-Kopf-Einkommen unter 1.000 Euro (52 %).

5. Identifikation

Seit Mitte der 90er Jahre entwickelt sich in den neuen Ländern zunehmend eine Identifikation mit der Bundesrepublik Deutschland, die vor allem von den nachrückenden jüngeren Jahrgängen sowie Bürgern in gehobenen Lebenslagen getragen wird. Scheinbar restaurative Aussagen ("am liebsten die DDR wiederhaben") sind stark an den gegenwärtigen sozialen Status gebunden.

Die sich erst nach 1990 entwickelnde Ostidentität ist Aneignung neuer Werte- und Verhaltensstrukturen ebenso wie eine spezifische Form von Besitzstandswahrung im Sinne von progressiven, vom Einzelnen erworbenen Denk- und Verhaltensweisen. Es ist zugleich Besinnung auf frühere und gegenwärtig als positiv empfundene Verhältnisse und Zustände wie Einsicht in fehlerhafte, falsche und zum Teil Menschenrechten entgegenstehende Entwicklungen.

Es ist Akzeptanz erreichter Veränderungen nach 1990 ebenso wie das Erleben von Ungleichbehandlungen, die als ungerechtfertigt gegenüber einer Region aufgrund ihrer Vergangenheit betrachtet werden. Insgesamt ist in den neuen Ländern eine stabile, zunehmende Identifikation mit der Bundesrepublik ("fühlen als richtiger Bundesbürger") feststellbar (1995 = 9 %/2010 = 25 %). Vor allem bei jüngeren Menschen ist eine im Zeitverlauf ansteigende Bindung (2010 = 39 %) nachweisbar, die sich von älteren Altersgruppen (ab 60-Jährige 2010 = 20 %) inzwischen eindeutig abhebt. Dabei ist die Identifikation mit der Bundesrepublik

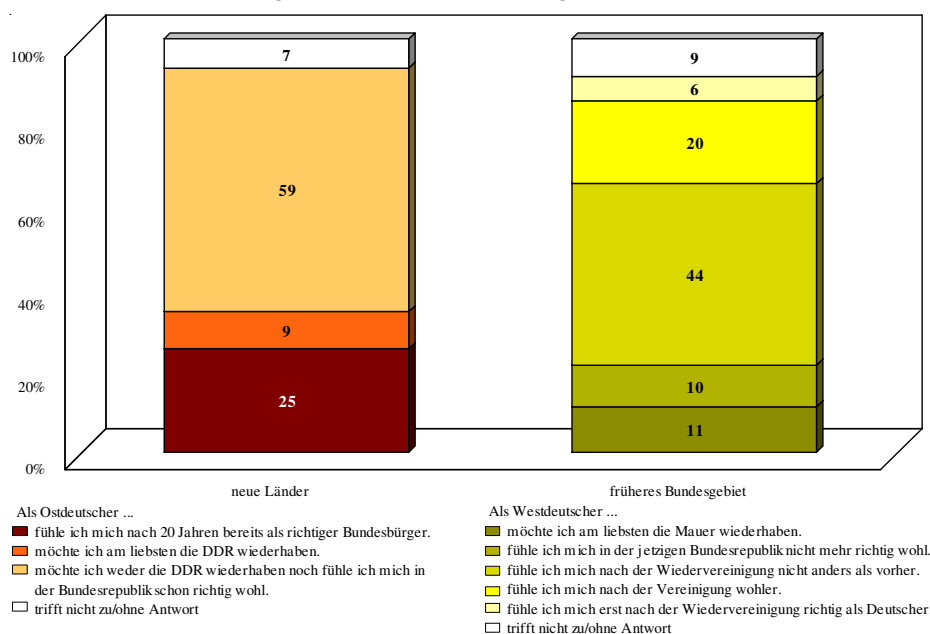
keinesfalls ausschließlich eine traditionell historische Komponente, sondern wird zunehmend von den realen aktuellen Lebensverhältnissen und den existierenden Unterschieden zu den alten Bundesländern beeinflusst. Höhere Einkommensgruppen fühlen sich der Bundesrepublik deutlich verbundener (über 40 %) als niedrige (14 %), ebenso wie Hochschulabsolventen zu 35 % sich bereits als Bundesbürger fühlen.

Bürger, welche sich als richtige Bundesbürger fühlen, bewerten zugleich mit 52 % die Einheit bereits als vollzogen, d.h. sie sehen keine Unterschiede mehr bzw. nur geringe Unterschiede. Wenn sich so wenig Bürger

der neuen Bundesländer schon richtig integriert fühlen, so reflektiert das die realen sozialen und ökonomischen Verhältnisse, das Zurechtfinden in anderen Lebenszielen und Wertvorstellungen, ebenso die Nichtanerkennung des eigenen Lebensvollzugs durch die andere Teilgesellschaft. Empirische Ergebnisse belegen die These, dass Ostidentität mehrheitlich weder eine die bundesrepublikanischen Verhältnisse generell ablehnende noch eine auf Restauration alter DDR-Verhältnisse gerichtete Bewertung einschließt.

Für die alten Bundesländer ist kennzeichnend, dass sich 44 % seit der Vereinigung nicht anders fühlen als vorher bzw. wohler fühlen (20 %) und 6 % erst jetzt richtig als Deutsche. Aber auch in den alten Bundesländern möchten 11 % der Bürger am liebsten die Mauer wiederhaben und 10 % fühlen sich in der jetzigen Bundesrepublik nicht mehr richtig wohl.

Abbildung 3: "20 Jahre deutsche Einheit - welche Aussage trifft Ihre Meinung am besten?" - nach Regionen - 2010 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2010 (gew.)

Auch in den alten Bundesländern sind es vor allem Arbeitslose, die sich die Mauer zurückwünschen bzw. sich nicht mehr in der Bundesrepublik wohlfühlen, d.h., dass man mehrheitlich nicht die Mauer wiederhaben will, sondern eine vergleichbare "Wohlstandsentwicklung" wie vor 1990. Ein Teil der heutigen veränderten Lebensumstände wird einfach der "Vereinigung" - im Kleinen mit der DDR und im Großen mit der Osterweiterung der EU - angelastet und damit nicht dem gegenwärtigen, sondern dem vergangenen Ost-System zugeordnet.

II. Angleichung - Gleichwertigkeit - Vielfalt

6. Ost-West-Betrachtung

Ost- wie Westdeutschland lässt der seit den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts ständig geführte Vergleich der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung zwischen beiden deutschen Staaten bzw. Teilgesellschaften auch 20 Jahre nach der Vereinigung noch nicht los.

In der DDR erfolgte bis 1990 der Vergleich vor allem der DDR mit der Bundesrepublik. Dabei standen auf beiden Seiten ökonomische Indikatoren im Mittelpunkt zur Darstellung der offiziellen Politik - gewissermaßen als "nationale Statussymbole" des kalten Krieges². Im Gegensatz dazu erfolgte seitens der Mehrheit der Bürger vorrangig der Vergleich vorhandener Einkommen (Erwerbseinkommen, Renten, Sozialleistungen) und der Realisierungsmöglichkeiten vorhandener Einkommen. Extremster Ausdruck der eingestandenen Ungleichheit und der Kenntnis des Bevölkerungswillens war die Losung "Überholen ohne einzuholen"³, welche vor allem auf Produktivität und Lebensniveau zielte und auch politisch den DDR-BRD-Vergleich zum obersten Kriterium erklärte.

Unmittelbar nach 1989/1990 erfolgte zunächst weitgehend ein unstrukturierter Lebenslagevergleich, der mit "es ist/wird alles besser" zu kennzeichnen ist. Die Bewertung war weitgehend auf den Vergleich mit den Lebensverhältnissen in der DDR konzentriert und lebte von zunächst rasant steigenden Löhnen und Renten, einer qualitativ verbesserten Versorgung sowie verbesserten Wohnbedingungen. Selbst tiefgreifende Einschnitte (Arbeitslosigkeit/Betriebs-schließungen) wurden zunächst als "kurzfristige Übergangserscheinungen" des Systemwechsels eingeordnet, welche zu überwinden sich fast jeder Bürger in der Lage fühlte.

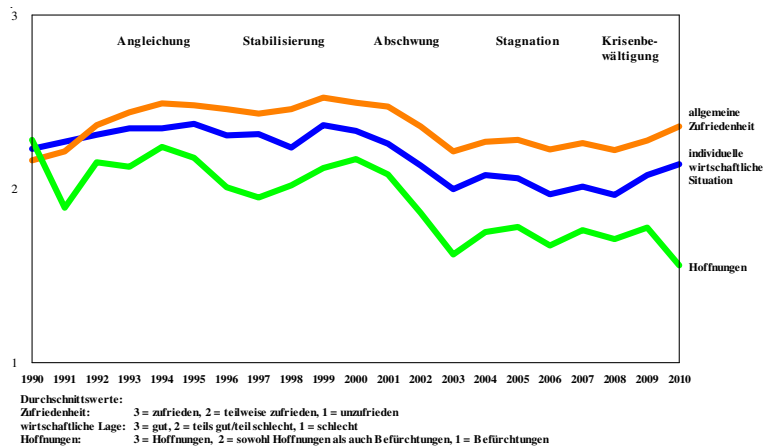
1992/1993 beginnt seitens der Bürger neben der DDR-Rückschau der Vergleich zu Einkommen und Erwerbsmöglichkeiten im Westen. Aus einem Systemvergleich wird ein Regionenvergleich innerhalb des Systems. Bereits 1994 wurde auf den steigenden Stellenwert des regionalen/territorialen Vergleichs zwischen Ost- und Westdeutschland als neue Dimension der Lebenslagenbewertung im Zuge des Vereinigungsprozesses verwiesen⁴.

Mit der Stabilisierung des Angleichungsprozesses Mitte der 90er Jahre und dem zu Beginn des neuen Jahrhunderts eintretenden Abschwung gewinnt in der Bevölkerung der Vergleich mit dem Niveauabstand zu den alten Bundesländern zunehmendes Gewicht, wobei allmählich Letzteres das Übergewicht erhält. Neben der "gefühlten" Ungleichheit beginnt eine "Abstimmung mit den Füßen", d.h. eine Abwanderung in West-Regionen und zu den dort vorherrschenden stabilen - auf lange Sicht erkennbaren - besseren Lebensverhältnissen.

7. Angleichungsphasen aus Sicht der Ostdeutschen

Die Mehrheit der Bürger in den neuen Bundesländern anerkennt die spürbare Anhebung des Lebensniveaus ebenso wie sie nicht übersieht, dass dies mit einer zunehmenden Differenzierung in den Lebenslagen, mit Polarisierungen, die zur Herausbildung neuer - bis 1990 in den neuen Bundesländern unbekannter - "Großgruppen" (Arbeitslose/Sozialhilfeempfänger) geführt haben, verbunden ist. Unverkennbar auch, dass der Angleichungsprozess seit gut einem Jahrzehnt stagniert bzw. einem steten Auf-und-Ab unterliegt.

Abbildung 4: Hauptaussagen zur sozialen Lage - neue Länder - Durchschnittswerte 1990 bis 2010 -



Insgesamt sind die Veränderungen in Ostdeutschland durch unterschiedliche Entwicklungen charakterisiert. Neben Bevölkerungsrückgang stehen Einkommenszuwächse (besonders bis 2000), neben steigender Lebenserwartung und verlängertem Seniorenendasein sinkende

2 Vgl. Zapf, Wolfgang: Zur Messung der Lebensqualität, in Zeitschrift für Soziologie, Stuttgart 1972, Heft 4/S. 353.
 3 "Die Wahrheit ist doch die: Die DDR wird bis 1961 auf allen wichtigen Gebieten der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Konsumgütern Westdeutschland einholen und zum Teil übertreffen." Dieser Ausspruch Walter Ulbrichts vom August 1959/ V. Parteitag 1957 - besser bekannt als Losung: "Überholen ohne einzuholen" - sollte das Leitprinzip der sozialistischen DDR-Wirtschaft sein, um den "Westen" mit seiner sozialen Marktwirtschaft zu übertrumpfen.
 4 Winkler, Gunnar: Die "neuen Alten", in: Seniorenreport 1994, Verlag Berliner Debatte, Berlin 1994, S. 13.

Rentenzahlbeträge der Neurentner, neben sinkenden Schülerzahlen steigende Zahlen von Hochschulabsolventen usw. Wenn jedoch bilanziert wird, dann darf sich das nicht auf Wirtschaft und Einkommen begrenzen, sondern muss auch die seit 1989/90 bewirkten Aktivitäten, die den Vereinigungsprozess letztlich ermöglichen, ebenso wie die erfolgten Umstellungs- und Anpassungsprozesse einschließen (vgl. Abbildung 4).

Insgesamt wird offensichtlich, dass die Reflexion sozialer Entwicklungen für den Zeitraum 1990 bis 2009 im Wesentlichen fünf unterschiedliche Phasen aufweist:

Angleichungsphase 1990 bis 1995

- Starker Zugewinn an sozialer Zufriedenheit - d.h. allgemeiner Lebenszufriedenheit, steigenden Hoffnungen und Zunahme positiver Bewertung der individuellen wirtschaftlichen Lage beruhend auf den raschen, spürbaren Veränderungen des täglichen Lebens. Überwindung der Arbeitslosigkeit und noch nicht erreichte völlige Angleichung der Lebensverhältnisse werden als kurzzeitig zu überwindende Aufgaben angesehen.

Stabilisierungsphase 1996 bis 1999

- Relative Stabilisierung der sozialen Entwicklungen und erfolgten Bewertungen auf dem bis 1995 erreichten Niveau und damit verbundenen sinkenden Hoffnungen auf rasche Angleichung.

Abschwungphase 2000 bis 2003

- Im Zuge des von der rot-grünen Koalition in Gang gesetzten "Reformwerkes" (Agenda 2010, Gesundheits-, Renten-, Arbeitsmarktreformen) sowie der Euro-Umstellung erfolgt eine rasche Abnahme sozialer Zufriedenheit gepaart mit steigenden Befürchtungen auf die Zukunft.

Stagnationsphase 2004 bis 2008

- Nach 2003 folgen wechselnde, jeweils gering zunehmende bzw. abnehmende Bewertungen sozialer Entwicklungen mit einem insgesamt stagnierenden, zum Teil vorhandene Ungleichheiten erweiternden Angleichungsprozess.

Krisenbewältigung seit 2009

- Seit 2009 erfolgt durch Einsatz von Milliarden von Steuermitteln eine Politik der Krisenbewältigung, die durchaus positiv auf die Bewertung der Lebensverhältnisse wirkt. Absicherung von Arbeitsplätzen durch Kurzarbeit, Rentenerhöhung 2009, zusätzliche Familienleistungen und die Sicherung von Sparguthaben und Vermögen tragen zur positiven Be-

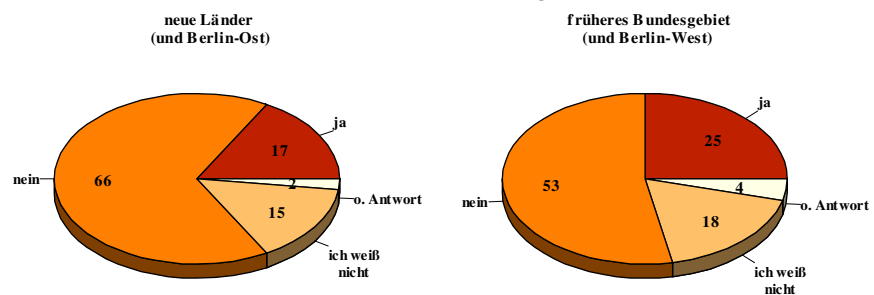
wertung bei. Verstärkte Hoffnungen auf eine positive Entwicklung insgesamt sind damit jedoch nicht verbunden. In welchem Maße die neuen "Sparbeschlüsse" das Meinungsbild beeinflussen, werden die Ergebnisse 2011 belegen.

8. Koalitionsvereinbarung 2009

Mit der Entscheidung der Volkskammer der DDR, den Beitritt der Länder der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik zu vollziehen, war die Übernahme der politischen und ökonomischen Strukturen sowie der ihnen zugrunde liegenden bzw. sie fest-schreibenden Gesetze im Sinne der Übernahme weitgehend geregelt.

Eine detailliertere Betrachtung lässt erkennen, dass für die Bewertung des inzwischen erfolgten "Vereinigungsprozesses" im Sinne veränderter Lebensverhältnisse der Bürger in der Gesellschaft auch die jeweiligen "Politikvorgaben" einen entsprechenden Platz einnehmen. Bereits 1994 wurde aus "Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse" die "Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse", offensichtlich der Erkenntnis folgend, dass einheitliche Lebensverhältnisse nicht mehr/wieder herstellbar waren. Bis in die letzten Jahre wurden entsprechende Zielstellungen geändert bzw. angepasst.

Abbildung 5: "Ist die Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland bis 2019 real?" - 2010 - nach Regionen - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2010 (gew.)

Vorgaben zu Lebenslageentwicklungen Ost-West bestanden in:

- der Grundgesetzfassung zum Zeitpunkt der Vereinigung 1990 in der Verantwortung des Bundes für "die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit, insbesondere die **Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse** über das Gebiet eines Landes hinaus." [GG seit 1949 § 72 (3) 2]
- 1994 Änderung des Grundgesetzes bezogen auf das Gesetzgebungsrecht des Bundes, "wenn und soweit die **Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet** oder die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit im gesamtstaatli-

chen Interesse eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich macht." [GG vom 27. Oktober 1994 - Art. 72 (2)]

- Bericht zur Deutschen Einheit 2009: "... bis zum Jahr 2019 die ostdeutschen Länder auch wirtschaftlich an die **strukturschwächeren westdeutschen Länder** heranzuführen" (die besten Ostländer erreichen das unterste Level West).
- Koalitionsvereinbarung CDU-CSU-FDP im einleitenden Satz des Abschnitts "Deutsche Einheit": "Wir halten an der Zielsetzung fest, die Lebensverhältnisse in Deutschland **bis 2019 bundesweit weitgehend anzugleichen**."⁵

Mit der Koalitionsvereinbarung der CDU-CSU-FDP vom Oktober 2009 ist die Diskussion um Gleichheit/Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik - nicht zuletzt vor dem Hintergrund des deutschen Vereinigungsprozesses - neu belebt worden und hat mit den dort enthaltenen Aussagen zur weitgehenden Angleichung der Lebensverhältnisse neue Impulse erhalten.

Nur 23 % der ab 18-jährigen in Deutschland lebenden Bürger halten die Festlegungen des Koalitionsvertrages zur Angleichung der Lebensverhältnisse für real, 56 % verneinen das, 18 % können dazu keine Aussage treffen (weiß ich nicht) bzw. 4 % geben keine Antwort.

Dabei sind auch hier die Erwartungshaltungen in den alten Bundesländern erkennbar unterschiedlich - für 25 % ist der Zeithorizont real, für 53 % nicht. Im Gegensatz dazu halten nur 17 % der Ostdeutschen das Ziel für real, 66 % nicht. Grundlage für die insgesamt wenig vertrauensvolle Haltung zu Politikaussagen und Vereinbarungen sind in Ost wie West sicher die Erfahrungen des 20-jährigen "Angleichungsprozesses" sowie des allgemeinen "Politikvertrauens". 53 % der im Westen Lebenden und 41 % der Ostdeutschen, welche volles bzw. viel Vertrauen in die Bundesregierung haben, glauben auch an die Angleichung. Im Gegensatz dazu gehen 66 % der Westdeutschen und 77 % der Ostdeutschen, welche kein Vertrauen in die Regierung haben, auch nicht davon aus, dass die vereinbarte Angleichung real sei.

Positivere Wertungen insgesamt geben ab: Hochschulabsolventen sowie Großstädter - negativere Wertungen vor allem Arbeitslose in Ost wie West.

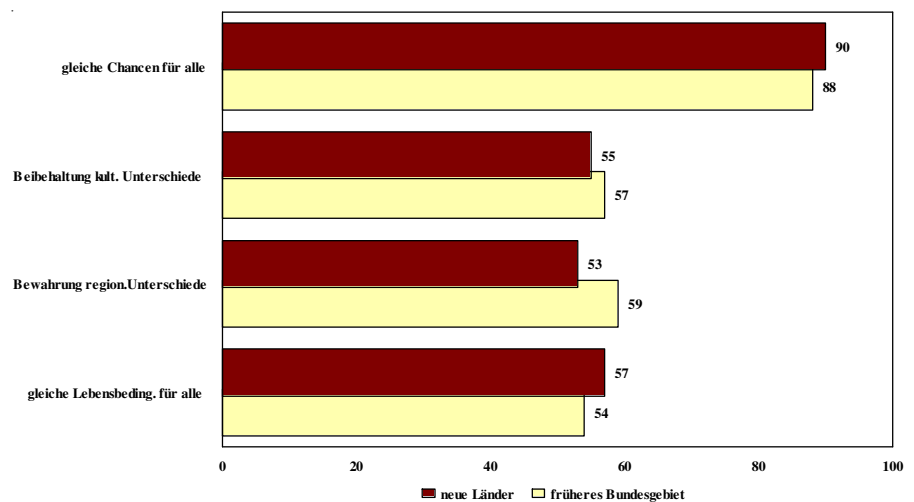
9. Stand der Angleichung

Angleichung steht - wie die Befragungsergebnisse in Ost und West belegen - eher und vor allem für "Chancengleichheit" und nicht für eine Gleichheit im Sinne formaler Gleichheit (allen das Gleiche/Nivellierung), sondern im Sinne von Gleichem bei vergleichbaren Bedingungen. Diese Meinung vertreten rd. 90 % der ab 18-Jährigen in Ost wie West. So sind es 60 %, welche kulturelle und regionale Unterschiede ebenso akzeptieren wie sie in diesem Zusammenhang für gleiche Lebensbedingungen für alle eintreten.

Ausgehend davon, dass eine generelle Forderung nach Angleichung nicht den Empfindungen und Vorstellungen der Mehrheit der Bürger entspricht, wird jedoch auch eine als zu groß empfundene Ungleichheit (z.B. zwischen dem Einkommen von Facharbeitern und Managern, zwischen Durchschnittsbürgern und Gehältern von Spitzensportlern) als ungerechtfertigt empfunden.

Auch in der DDR war eine angestrebte "Gleichheit" - hinsichtlich der Einkommen und Lebensverhältnisse - nie grundlegende Auffassung der Mehrheit der Bürger, sondern es dominierten eher kritische Positionen zu fehlenden sozialstrukturellen Differenzierungen (z.B. zwischen Arbeitern und Hochschulabsolventen).

Abbildung 6: "Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland heißt für mich vor allem ..." - nach Regionen - 2010 - in Prozent - (Mehrfachantworten möglich)



Datenbasis: sfz/leben 2010 (gew.)

Es wird immer offensichtlicher, dass es differenzierterer Strategien bedarf, um Richtung, Zeitpunkt und Wege zur Entwicklung der Lebensverhältnisse festzulegen bzw. um existente Unterschiede auch als "normal" anzuerkennen.

Die nachfolgende Tabelle ist der Versuch, die erreichten Ergebnisse - soweit möglich gemessen am Aus-

⁵ Koalitionsvereinbarung CDU-CSU-FDP: Wachstum, Bildung, Zusammenhalt, Berlin, 26. Okt. 2009, S. 56.

Sozialreport 2010

gangspunkt 1989 - aber auch deren Differenziertheit in den verschiedensten Lebensbereichen darzustellen.⁶ Dabei ist hervorzuheben, dass hinter geringen "Angleichungsquoten" z.T. ein enormer Gewinn an Lebensqualität steht - so z.B. in der Lebenserwartung, welche in den neuen Bundesländern um 5 Jahre gestiegen ist, obwohl sich die Angleichungsquote nur gering veränderte. Die Tabelle kann im Einzelnen durchgegangen werden und belegt, dass jeder Indikator einer eigenen

Interpretation bedarf. Daraus folgt aber auch, dass es differenzierender Festlegungen über die weiteren Entwicklungsprozesse bedarf. Insofern ist all jenen zuzustimmen, die sich für einen Rahmenplan der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse aussprechen. Unzufriedenheit mit der noch nicht erreichten Angleichung kann mehrheitlich auch nicht generell mit allgemeiner Unzufriedenheit verbunden oder als "Ostalgie" oder "ostdeutscher Larmoryanz" gekennzeichnet wer-

Tabelle 2: Angleichung der Lebensverhältnisse - DDR/neue Länder/früheres Bundesgebiet/alte Länder -

Angleichungsfeld	ME	1989/1990/1991				derzeitiger Stand			
		Jahr	Ost	West	Ost/West %	Jahr	Ost	West	Ost/West %
Bevölkerung									
Einwohner	in Millionen	1989	16,4	62,1	26,4	2009	14,2	67,6	21,0
Geburtenziffer	Leb.geb/1000 Einw.	1989	12,9	11,0	117,2	2008	7,7	8,3	92,8
Lebenserwartung - Männer	M Jahre	1989	70,1	72,7	96,4	2007	75,8	77,2	98,2
	- Frauen	F Jahre	1989	76,4	79,0	96,7	2007	82	82,3
Altenquotient	über 65-Jährige %	1990	7,7	9,3	82,8	2007	20,3	17,7	114,7
Ausländeranteil	Prozent	1991	0,8	8,0	10,0	2009	2,3	9,9	23,2
Wirtschaft									
BIP je Einwohner	Euro	1989	12.516	22.550	55,5	2009*	21.760	31.086	70,0
BIP je Erwerbstätige	Euro	1989	21.334	47.678	44,7	2009*	50.208	61.947	81,0
Ausgaben Forsch. u. Entwicklung	Euro/ET	1993	226	572	39,5	2006	261	1.603	16,3
Volkseink. (Erwerbs-/Verm.eink.)	Euro/Einw./Jahr	1991	6.708	16.902	39,7	2008	16.099	24.609	65
Lebensverhältnisse									
Bruttolöhne/Gehälter*	Euro/Jahr/Arb.neh.	1991	11.097	21.763	51,0	2009	22.667	28.530	79,4
vereinbarte Arbeitszeit	Stunden/Woche	1990	40,2	38,4	104,7	2009	39,5	38,8	101,8
Rentenzahlbetrag (Altersr./Neuz.)	Euro	1989	230	581	40	2009	773	651	118,7
Haushaltsnettoeinkommen*	Euro/Monat	1990	835	1.343	62,2	2008	1.149	1.444	79,6
verfügbares HH-Einkommen*	Euro/Einw.	1991	7.145	13.779	51,9	2008	15.484	19.838	78,1
Sparquote	Prozent	1989	4,8	12,4	38,7	2008	9,6	11,6	82,8
Wohneigentum	Prozent	1989	27	39,3	68,7	2008	33	46	71,7
Wohnungsgröße	qm/Wohnung	1990a)	64	86	74,4	2010	79	101	78,2
Haushaltsausstattung/PKW	Grad/100 Haush.	1988b)	48	76,1	63,1	2009	71,0	78,0	91,0
Telefon	Grad/100 Haush.	1988b)	17,2	96,8	17,8	2009	99,9	99,4	100,1
subjektive Schichtestufung	Mittelschicht %	1993	42,0	58,0	72,4	2010	41,0	52,0	78,8
Arbeitsmarkt									
Erwerbstätigenquote	Prozent	1989	88,0	63,0	139,7	2008	68,3	71,3	95,8
Arbeitslosenquote	Prozent	1990	10,3	6,3	163,5	2009	13,0	6,9	188,4
Infrastrukturen									
Kinderbetreuung (Kita 0 bis 7 Jahre)	Prozent	1989***	86	35	246				
		unter 3 Jahren	2009	44,9	14,6	307,5			
3 bis 6 Jahre	2009	95,1	92,0	103,4					
Krankenhausbetten	je 100.000 Einw.	1989	980	1079	91	2007	643	611	105,2
Arztdichte	Einw./Arzt	1989	409	333	123	2008	292	252	115,9
Kultur									
Abitur	Prozent	1990	11,7	16,4	71,3	2008**	21,8	25,0	87,2
Facharbeiter	Prozent	1991	76,1	60,6	125,6	2008	55,5	49,7	111,7
Mitglieder in Organisationen	Prozent erw. Bev.	1992	53	63	84,1	2010	487	55	87,3
Ehrenamt in Vereinen	Prozent	1990	27	27	100	2007	25	30	83,3
Mitglieder in Sportvereinen	Prozent	1988	21,9	29,4	74,5	2008	13,7	31,8	43,1
Religion - konfessionslos	Prozent	1991	73	11	664	2010	78,0	31,0	252

* ohne Berlin ** neue Länder und Gesamtberlin *** FBG geschätzt a) FBG = 1987 b) je 1.000 Einwohner
 Quellen: Statistisches Bundesamt, div. Fachserien/VGRDL; Fachstatistiken der Bundesministerien/Arbeitsagentur;
 empirische Erhebungen: SOEP/Freiwilligensurvey/Leben 1990-2010; Statistiken von Verbänden/Vereinen/Hesske: Gesamtrechnungen

6 Vgl. Winkler, Gunnar: 20 Jahre später - 1989 bis 2009, SFZ, Berlin 2009, S. 280/281.

den. Sie entsteht dann, wenn Möglichkeiten der Bürger, eine Verbesserung der Lebensverhältnisse durch eigenes Handeln erreichen zu können (Chancengleichheit), begrenzt werden. Entweder weil Arbeit fehlt und damit die Voraussetzung für ein der eigenen Leistung entsprechendes Einkommen oder weil - z.B. bei Senioren und künftigen Rentnern - eine fehlende hinreichende Alterssicherung nicht mehr rückwirkend erreicht werden kann.

Angleichung im Sinne von "Gleichheit" überall wäre eine falsche Orientierung, aber dort, wo ungerechtfertigte Ungleichheit besteht, ist eine "Angleichung" vonnöten. Unter Angleichung werden mehrheitlich vorrangig jene Indikatoren verstanden, welche in hohem Maße in den Bereichen der von der Wirtschaftsentwicklung abhängigen persönlichen Lebensverhältnisse liegen.

Angleichung wird vor allem bezogen auf Herstellung gleicher Lebensverhältnisse, welche in ihrer Höhe und ihren Bedingungen quantitativ messbar sind.

10. Einkommensangleichung

Für die erwartete Einkommensangleichung ist kennzeichnend, dass in den Jahren unmittelbar nach der Vereinigung noch rd. 75 % der ab 18-jährigen Bürger davon ausgingen, dass es gelingen würde, die Einkommen innerhalb der nächsten 10 Jahre - also seinerzeit bis spätestens 2005 - anzugleichen. Dass dies überhaupt nicht passieren könnte, nahmen nur 5 % an.

Mit dem Einsetzen der Sozialreformen in allen wichtigen Lebensbereichen sinkt der Glaube an Einkommensangleichungen deutlich ab und erreicht relativ stabile Niedrigwerte. Nur noch rd. 20 % hoffen auf die nächsten 10 Jahre, über die Hälfte der ab 18-Jährigen glaubt nicht mehr daran bzw. weiß es nicht. Insgesamt bele-

gen die Aussagen, dass für mehr als die Hälfte der Bürger die Angleichung der Einkommensverhältnisse - als Teil des deutschen Einigungsvertrages - als nicht mehr erfüllbar bewertet wird.

Die durchschnittlich erwartete Angleichung in 38 Jahren liegt z.B. außerhalb der Erlebenswahrscheinlichkeit der Senioren. Trotzdem hat z.B. die Rentenerhöhung 2009 vor allem bei älteren Bürgern im Osten - im Vergleich zum Vorjahr - deutlich "Vertrauen" erzeugt und den Glauben an eine mögliche und raschere Angleichung genährt, welche die Gesamtwerte "positiv" beeinflusst (die vorgesehene "Rückzahlung" ab 2012 bewegt zur Zeit nicht) (vgl. Abbildung 7).

Obwohl seitens der Westdeutschen eine schnellere Angleichung erwartet wird, geht aber auch hier die Mehrheit nicht davon aus, dass es noch in den nächsten 15 Jahren möglich sein wird. Auch hier wird von mindestens 27 Jahren Angleichungszeitraum im Durchschnitt ausgegangen.

Kennzeichnend auch der hohe Anteil der Bürger, welche sich dazu nicht äußern können bzw. nicht wollen - das sind im Osten 14 % und im Westen 22 %.

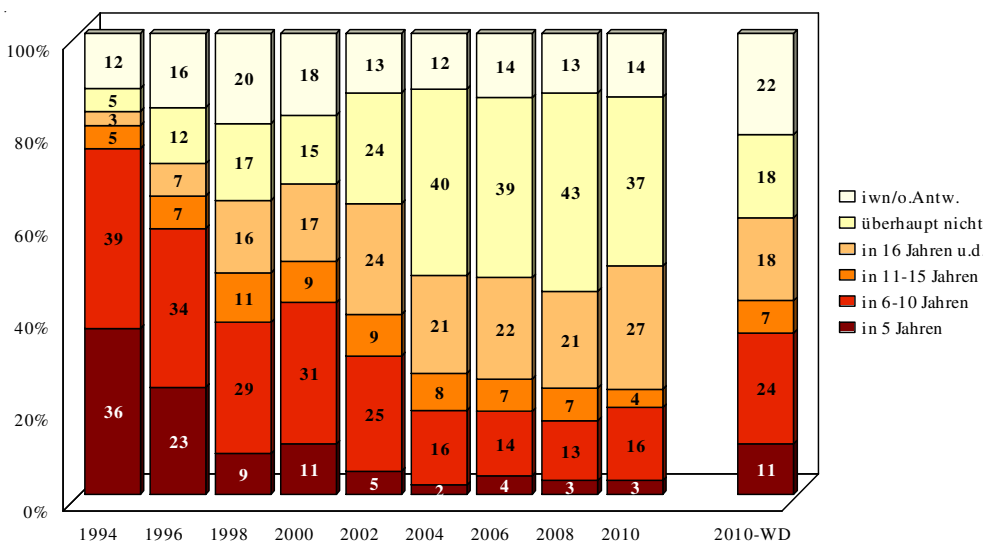
11. Gleichwertigkeit

Die fast 45-jährige Teilung bringt zwei Teilgesellschaften hervor, welche auch nach 1990 bis in die Gegenwart vor allem durch die erfolgte wirtschaftsstrukturelle Entwicklung aufrechterhalten bleiben und auch im mentalen Bereich erkennbar und nachweisbar sind.

Auf Grundlage der bereits erfolgten Angleichungen gewinnt im weiteren Verlauf des deutschen Vereinigungsprozesses die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West an Dominanz. Dabei ist auch zu beachten, dass die Deindustrialisierung und Struktur-

reform in der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern nicht nur zur Liquidation von Unternehmen - und damit Erwerbsgrundlagen - führten, sondern damit verbunden auch eine bis dato vorhandene Gleichwertigkeit von sozio-kulturellen Lebensverhältnissen im Osten zerstörten. Diese wurde in der DDR vor allem durch eine - mehr oder weniger - abgestimmte Aufgabenteilung von staatlichen und betrieblichen Einrichtungen der sozialen, gesundheitlichen, kulturellen und sportlichen Versorgung/

Abbildung 7: "Was meinen Sie, in wie viel Jahren werden die Einkommen angeglichen sein?" - neue Länder - 1994 bis 2010 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 1994-2010 (gew.)

Betreuung hergestellt/gesichert. Mit den Kombinat, industriellen und landwirtschaftlichen Großbetrieben wurden nach 1990 auch Betriebspolikliniken, Kulturhäuser, Kindereinrichtungen, Ferien- und Sporteinrichtungen u.v.a.m. "abgewickelt". Damit wurden nicht nur Betreuungsinstitutionen liquidiert (auch wenn sie z.T. marode waren), sondern auch Rahmenbedingungen für eine gleichwertige soziale, gesundheitliche und kulturelle Betreuung und Versorgung zunehmend ungleich strukturiert.

Gleichwertige Lebensverhältnisse sind vor allem an Erwerbsmöglichkeiten und damit an die Möglichkeit "eigenes erarbeitetes" Einkommen gebunden. Es wird immer deutlicher, dass Land und Dorf kaum noch "Arbeitgeber" sind.⁷ In ländlichen Gebieten ist Gleichwertigkeit nur über Zentralisierung in Städten und hinreichende Verkehrsanbindung erreichbar.

Die Bürger der neuen Länder haben in den vergangenen 20 Jahren insgesamt durch eine einmalige berufliche und territoriale Mobilität den Versuch unternommen, die ungleichwertigen Lebensverhältnisse zwischen Ost und West individuell zu mindern bzw. zu überwinden. Nur ein Drittel der 18- bis 65-jährigen Ostdeutschen ist noch im erlernten Beruf tätig - in der Altersgruppe 40 bis 50 Jahre nur rd. ein Viertel (Westdeutschland 43 %). 30 % der genannten Altersgruppe haben etwas "völlig Neues" erlernt/erlernen müssen (vgl. Abbildung 8).

In nicht unbedeutendem Maße haben vor allem junge Menschen das Problem für sich durch die Abstimmung mit den Füßen, d.h. durch Abwanderung - geregelt. Ein Land nicht verlassen zu dürfen, ist - ebenso wie in ein anderes Land nicht umsiedeln/übersiedeln zu dürfen - immer eine Begrenzung individueller Freiheiten. Aber ein Land oder eine Region verlassen zu müssen, weil die Möglichkeiten an ein auf eigener Arbeitsleistung beruhendes Einkommen begrenzt sind, weil fehlende Chancengleichheit ebenso "Mobilität" erzwingt - sind immer auch durch äußere Zwänge verursachte "Freiheitsgewinne". Insofern haben sich in den neuen Ländern die Motive seit 1989 und 1990 zum Teil geändert - das Hauptmotiv: Wanderung aufgrund ungleicher Arbeits- und Lebenschancen ist geblieben.

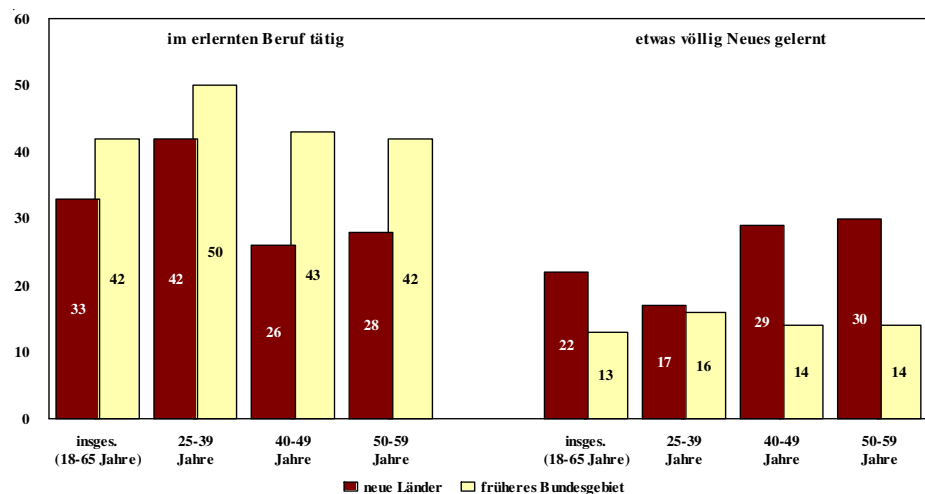
Seit 1989 haben rd. 3,4 Millionen Bürger der neuen Länder ihren Wohnsitz Richtung Westen verlassen, in umgekehrter Richtung übersiedelten 1,6 Millionen Bürger der alten Länder in die neuen Länder. Das entspricht einem Wanderungsverlust von rd. 1,8 Millionen Bürgern.

Die Wanderung zwischen Ost und West ist zugleich mit deutlichen Veränderungen in den Strukturen verbunden. Seit 1991 machten vom Defizit der neuen Bundesländer Frauen 59 % und Männer 41 % aus. Nach Altersgruppen stellen vor allem 18- bis 24-Jährige den Hauptanteil der Abwandernden. Die Jugend - vor allem weiblich - ging, das "Mittelalter" kam - zum Teil als Rückkehrer, zum Teil als neue Eliten. Während die Abwanderung flächendeckend und noch eher aus ländlichen Gebieten stattfand, erfolgte die Zuwanderung in hohem Maße in sog. Inseln (Leipzig, Potsdam, Rostock). Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist gegenwärtig vor allem "ungleich" aufgrund der Unterschiedlichkeit

- des Ausbildungsmarktes,
- des Arbeitsmarktes,
- der Einkommen aus vergleichbarer/gleichwertiger Erwerbsarbeit,
- der sozialen und kulturellen Infrastruktur insbesondere in ländlichen Regionen,
- der sozialen Entwicklungschancen und Zukunftssicherheit.

Es entstehen "ortstypische" Raumbilder, die "öffentlich sichtbar" sind⁸, so durch

Abbildung 8: "Entspricht Ihre jetzige, oder falls Sie gegenwärtig nicht (mehr) erwerbstätig sind, Ihre letzte Tätigkeit Ihrem zuerst erlernten Beruf?" - nach ausgewählten Altersgruppen und Regionen - 2010 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2010 (gew.)

7 Krappweis, Stefan: Gleichwertige Lebensverhältnisse, <http://planung-tu-berlin.de>

8 Vgl. Kawka, Rupert/Sturm, Gabriel: Objektive regionale Lebensqualität und subjektives Wohlbefinden, in: BBR, Informationen zur Raumentwicklung Heft 6/7 2006, S. 315.

- fehlende junge Frauen und Männer,
- fehlende Gäste in Kneipen und Restaurants (so weit noch vorhanden),
- geschlossene Ladengeschäfte, fehlende "Tante-Emma-Läden", dafür Discounter außerhalb des Dorfes,
- Dörfer ohne Arzt und Krankenschwester, ohne Tante-Emma-Laden, ohne Dorfkrug und mit einer Kirche, in die nur wenige Alte gehen usw.,
- Hochglanzbauten der Arbeitsagenturen und Versicherungen, verfallende dörfliche Infrastrukturen, restaurierte Kriegsdenkmäler und Kirchen, verfallene Kulturhäuser.

12. Vielfalt

Vielfalt - gleich, ob regionale, soziale oder kulturelle - ist keine Chance, sondern Bedingung gesellschaftlicher Entwicklung, die es zu gestalten, vor allem aber zu akzeptieren gilt.

Im Raumordnungsgesetz ist festgeschrieben, dass "die prägende Vielfalt des Gesamttraumes und seiner Teilräume zu sichern"⁹ ist.

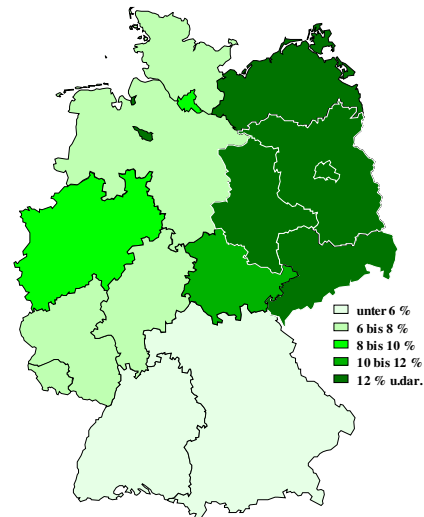
Das schließt u.a. ein:

- soziale Strukturen, welche von der Tradition bzw. dem Wirtschafts- und Lebensstandort geprägt sind und eigenständige "Milieus" hervorbringen aufgrund unterschiedlicher Bildungs-, Schicht-, Berufsstrukturen usw.;
- Vielfalt der Lebensformen - traditionell gebunden und von "Leitbildern" geprägt (Haltung zu Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung, gleichgeschlechtliche Partnerschaften, Anteil Alleinerziehender);
- gemeinsames Leben von Angehörigen unterschiedlicher Nationalität und Geburt (sog. Migrationshintergrund);
- Vielfalt der politischen und Vereinsstrukturen, welche - ohne Akzeptanz faschistischer oder rechts-extremer Strukturen - Meinungs- und Organisationsvielfalt belegen.

Der Vereinigungsprozess ist aber auch mit dem "Verlust" an Vielfalt verbunden, so ist z.B. hinsichtlich der Haltung zu Kindern und Familie festzustellen, dass für die Altersgruppen unter 50 Jahre in den neuen Ländern ein stetiger Rückgang des Wertes "mit Kindern zu leben" (von "ist für mich sehr wichtig" zu "wichtig") bis 2005 kennzeichnend ist, danach stabilisierend mit leichter Tendenz des Anstiegens.

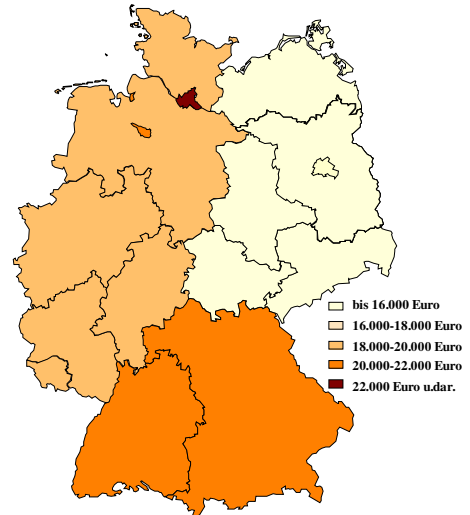
Insgesamt zeigen die seit 1990 eingetretenen neuen ökonomischen Verhältnisse wie auch die seit 2005/2006

Arbeitslosenquote - Mai 2009 - in Prozent -



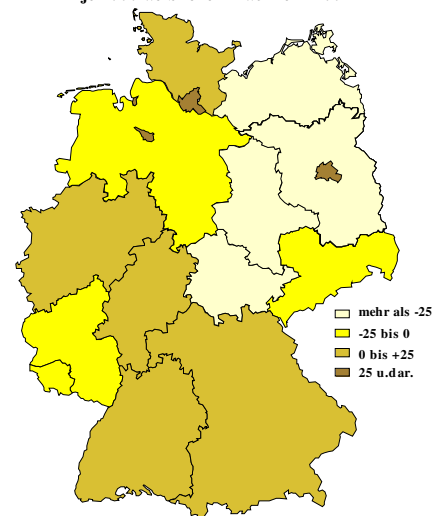
Quelle: Agentur für Arbeit, Arbeitsmarkt 5/2009

Verfügbares Einkommen je Einwohner - 2008 - in Euro -



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Wiesbaden 2010

Weibliche Ausbildungsplatzwanderer bis 25 Jahre je 1000 weibliche Einwohner - 2007 -



Quelle: INKAR, Indikatoren zur Raum- und Stadtentwicklung, Berlin 2009

9 Vgl. Gesetz zur Neufassung des Raumordnungsgesetzes und zur Änderung anderer Vorschriften vom 22.12.2008, § 2 (2).

forcierten Diskussionen um Lebensverhältnisse von Kindern (Kinderarmut) ebenso wie erfolgte finanzielle Leistungsverbesserungen (Kindergeld) ihre Wirkung. Nicht zu übersehen ist aber auch, dass sich in diesem Bereich "Anpassungen" an traditionelle westdeutsche "Leitbilder" vollzogen. Das betrifft¹⁰

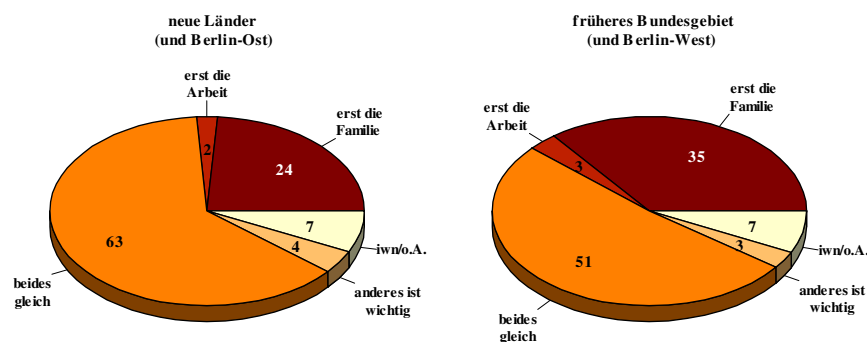
- den zunehmenden Anteil an Kinderlosigkeit im Osten (lebenslagebedingt/berufliche Karriere);
- die "Anpassung" im Geburtenverhalten durch das "Hinausschieben" der Erstgeburt auf ein Lebensalter von 30 Jahre und älter;
- damit verbunden einen zunehmenden Anteil von Müttern mit einem Kind (2008 hatten im Osten in den Jahrgängen 1974 bis 1978 bereits 56 % aller Mütter nur noch ein Kind - West = 44 %).

Die Untersuchungen 2010 belegen erneut die unterschiedlichen Positionen. Tatsächlich stehen heute im Osten wesentlich weniger Frauen im Erwerbsleben, aber nicht weil sie Hausfrau sein wollen, sondern weil es an Arbeitsplätzen mangelt.

Während im Osten eindeutig die "Vereinbarkeit" als Lebensmodell für Frauen Vorrang hat (63 %), sind es im Westen nur 51 % (bei den jüngeren Frauen von 25 bis 40 Jahren sind es - im Gegensatz dazu - bereits 65 %). Im Osten befürworten 24 % den Vorrang der Familie, im Westen 35 %.

Für den Osten ist typisch, dass mit dem Einkommen der Anteil derer steigt, welche sowohl Arbeit als auch Familie für wichtig in ihrem Leben halten. Geringere Einkommen reflektieren auch die Vorrangigkeit der Familie. Es gibt keine prinzipiellen Unterschiede zwischen Frauen und Männern.

Abbildung 10: "Welchen Stellenwert haben für Sie Arbeit und Familie?"
- nach Regionen - 2010 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2010 (gew.)

13. Gleichstellung

Die Haltung zur Berufstätigkeit der Frau/Mutter ist nach wie vor in West- und Ostdeutschland uneinheitlich. Der grundlegende Anspruch auf Berufstätigkeit von Frauen ist - bei Frauen wie bei Männern - in den neuen Bundesländern geblieben und wird von rd. drei Viertel geteilt. In den alten Bundesländern ist es knapp die Hälfte, welche einer unbedingten Berufstätigkeit der Frauen zustimmt (auch hier Männer wie Frauen in hoher Übereinstimmung).

Das in der DDR erreichte Maß an Gleichstellung/Gleichberechtigung hat bis in die Gegenwart zu einem nachweisbaren ungleichen Niveau zwischen den alten und neuen Bundesländern geführt, so dass dafür sogar der Terminus des "Gleichstellungsvorsprungs"¹¹ benutzt wurde/wird. Allerdings führte das nicht vorrangig zu einer Angleichung der alten Bundesländer, sondern zu einem Abbau in den neuen Bundesländern.

Die ostdeutschen Frauen haben seit der Wende in mehrfacher Weise auf sich aufmerksam gemacht. Einerseits halten sie weiterhin an der Integration in den Arbeitsmarkt fest, weil sie Erwerbsarbeit als selbstverständlich ansehen. Zum Zweiten reagierten die Jüngeren von ihnen auf die neue Zeit mit einem Verzicht auf die Geburt von Kindern, der in seinem Ausmaß bis zu diesem Zeitpunkt noch nie beobachtet wurde und schon längst nicht mehr mit zeitweiligem Verzicht erklärt werden kann. Drittens, und das sind die unmittelbaren Auswirkungen des zuvor Gesagten, sind unter den in den westlichen Landesteil Abwandernden seit geraumer Zeit vor allem junge und gut ausgebildete Frauen, so dass erstmalig in der Geschichte nun auch Frauen der "Arbeit

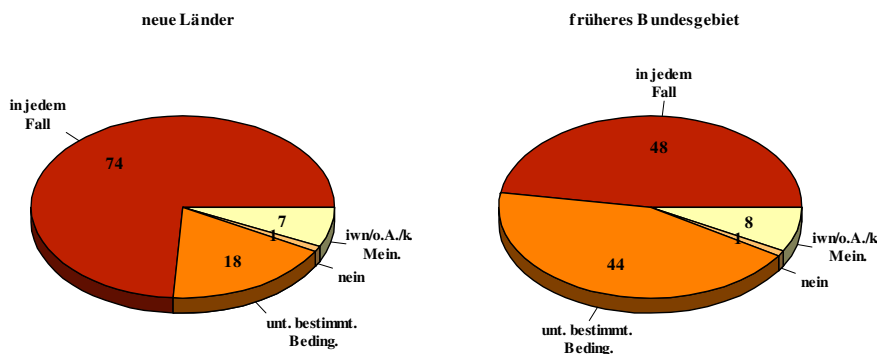
hinterher ziehen", und zwar in Größenordnungen. So beträgt der Wanderungssaldo seit 1991 rd. 600.000 Frauen. Die Folgen dieser Abwanderungen sind mit großer Sorge zu betrachten. Nicht nur weil gut ausgebildete, mobile junge Frauen die neuen Bundesländer verlassen (bzw. gute Ausbildungsplätze suchen), sondern auch weil unmittelbare familiäre Beziehungen gestört werden.

Bis in die Gegenwart erfolgte hinsichtlich der Rolle der Frauen und ihrer Chancengleichheiten im Osten eine Entwicklung, welche einerseits

10 Pöttsch, Olga: Annahmen zur Geburtenentwicklung in der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, in: Wirtschaft und Statistik 1/2010, S. 29-40.

11 Geißler, Reiner: Soziale Ungleichheit zwischen Frauen und Männern im geteilten und vereinten Deutschland, APuZ 14-15/1991, S. 23.

Abbildung 11: "Wie ist Ihre Meinung zur Berufstätigkeit von Frauen?"
- nach Regionen - 2010 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2010 (gew.)

ein Bewahren von erreichten Positionen - wenn auch auf niedrigerem Niveau - ebenso einschließt, wie eine überwiegend den Verhältnissen geschuldete Angleichung an westliche Lebensmuster.

Von dem einstmals vorhandenen Gleichstellungsvorsprung in Bezug auf die hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen in der DDR gegenüber ihren Geschlechtsgenossinnen im Westen, ist - außer dem Stellenwert von Arbeit für das eigene Leben - kaum etwas übrig geblieben. Im April 2010 waren rd. 475.000 Frauen in Ostdeutschland arbeitslos. Das waren 44 % aller Arbeitslosen, in Westdeutschland waren es knapp über eine Million (45 % aller Arbeitslosen).

Die Prophezeiung der heutigen Bundeskanzlerin Angela Merkel von 1991 hat sich nur quantitativ bestätigt: "Man muss davon ausgehen, dass die Erwerbstätigkeit von Frauen in den neuen Bundesländern zurückgehen wird. Dies ist natürlich, weil es die Möglichkeit, Hausfrau zu sein, eigentlich nicht gab."¹² Der Wunsch endlich Hausfrau sein zu dürfen, hat sich nicht ausgebreitet.

14. Haltung zu Ausländern

Zur Vielfalt des Lebens in Deutschland gehören - in Westdeutschland aufgrund der Einwanderungspolitik der 50er und 60er Jahre nicht vergleichbar mit dem Osten - das Zusammenleben mit Bürgern anderer Nationalitäten und Staatsangehörigkeiten, die damit verbundene Sprachenvielfalt, religiöse Unterschiede und Kulturen. Bis in die Gegenwart ist die Haltung zu Ausländern beliebtes Spielfeld für politische Auseinandersetzungen, die sich mit der deutschen Einheit verstärkt haben.

Im Verlaufe der friedlichen Revolution wandelten sich die Losungen rasch von "Wir sind das Volk" in "Wir sind ein Volk" und förderten damit - aus Sicht der Akteure unbewusst - eine Entwicklung, die - unter Ein-

schluss der hohen Ausländeranteile - nicht "Wir sind eine Bevölkerung" forderte, sondern der Anfang neuer Ausgrenzungen ausländischer Bürger war. 20 Jahre später werden diese - vor allem in den alten Bundesländern Beheimateten - feststellen¹³, dass die von ihnen erbrachten Leistungen für die Bundesrepublik abgewertet werden, dass aus der alten ethnisch-sozialen Konstellation (Westdeutsche - Ausländer) plötzlich eine Dreierkonstel-

lation geworden ist (Westdeutsche-Ostdeutsche-Ausländer). Ausländer werden als eine keineswegs unbedeutende Ursache für fehlende Arbeitsplätze, für niedrige Löhne, für die sozialen Probleme charakterisiert. Letztendlich führt das auch dazu, dass schon integrierte Ausländer sich wieder ihrer nationalen Herkunft besinnen und ethnische Aspekte für sie an Gewicht gewinnen. Obwohl im Osten eigene Erfahrungen im Umgang mit Ausländern weitgehend fehlen, werden sie als eine "Ursache" für soziale Probleme angesehen.¹⁴ Die Haltungen gegenüber Ausländern sind in Deutschland insgesamt geprägt von

- der Forderung von 73 % der ab 18-jährigen Bürger, dass sich Ausländer den hiesigen Gegebenheiten mehr anpassen sollten (teilweise Zustimmung 21 %, keine Zustimmung 3 %);
- negativen Bewertungen hinsichtlich der Rolle der ausländischen Bürger in Deutschland. So stimmten 36 % der Bürger der Auffassung voll zu, dass es "zu viele Ausländer" in Deutschland gäbe und "ihre Zahl in den nächsten Jahren reduziert werden müsse", 36 % stimmten dem teilweise zu und nur 25 % stimmten dieser Auffassung nicht zu. Analoge Aussagen werden von den Befragten dazu getroffen, dass "Ausländer viele soziale Probleme verschärfen" (33 % volle Zustimmung, 50 % teilweise Zustimmung, 13 % keine Zustimmung) sowie hinsichtlich der Ausnutzung "unserer" sozialen Leistungen durch Ausländer und des "Lebens auf unsere Kosten" (23 % volle Zustimmung, 56 % teilweise, 16 % keine Zustimmung).
- Positive Wertungen hinsichtlich des Zusammenlebens mit ausländischen Bürgern und ihrer Integration in die Gesellschaft werden nur in geringem Maße getroffen. Dass sie das Leben bereichern,

¹² Merkel, Angela: Die Situation der Frauen in der ehemaligen DDR, in: Frauenpolitik im Umbruch, Dokumentation einer Fachtagung der Konrad-Adenauer-Stiftung, 1991, S. 9f.

¹³ Vgl. hierzu detaillierter: Cil, Nevim: Türkische Migranten und der Mauerfall, APuZ, 21-22-2009, S. 40 ff.

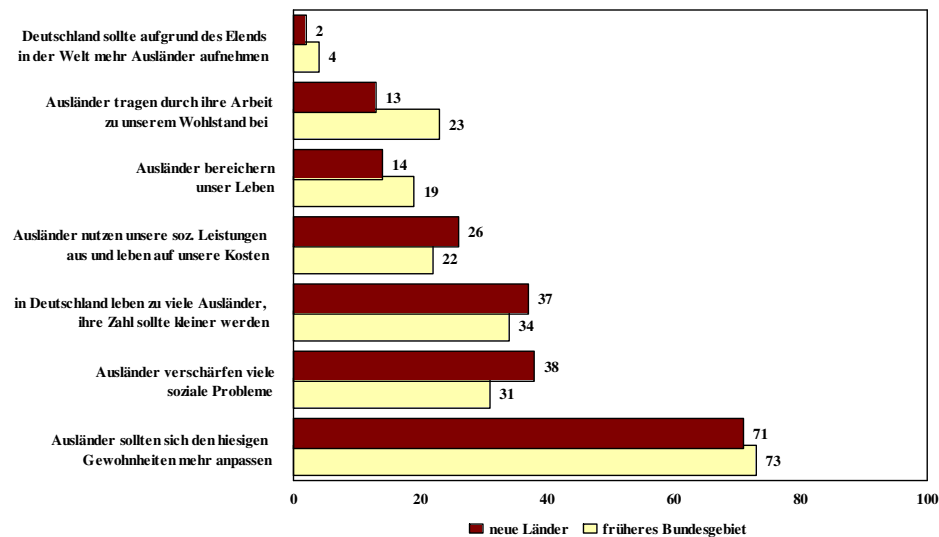
¹⁴ Vgl. hierzu detaillierter: Winkler, Gunnar: Einstellungen zu Ausländern und rechtsextremistische Auffassungen in den neuen Bundesländern, Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitspapier 133, Düsseldorf 2007.

sehen nur 18 % (53 % teilweise), bzw. zum Wohlstand in Deutschland beitragen, nur 21 % (57 % teilweise). Gerade hierbei zeigt sich, dass der Stellenwert der "ausländischen Arbeitnehmer", die als ehemalige sog. "Gastarbeiter" inzwischen fester Teil der Bevölkerung der Bundesrepublik sind und deren heutigen Lebensstandard mitprägten, ist von der Politik vielen Bürgern im Osten nicht nahe gebracht worden.

- Dass Deutschland mehr Ausländer aufnehmen sollte aufgrund des Elends in vielen Teilen der Welt, unterstützen nur 3 % voll und 19 % teilweise, 72 % geben dem keine Zustimmung.

Die Untersuchung bestätigte - wie bereits hervorgehoben - insgesamt eine weitgehende Übereinstimmung in der Grundstruktur der Haltung zu ausländischen Bürgern in Ost und West. Dabei werden Negativwertungen im Osten stärker hervorgehoben, positive stärker in den alten Bundesländern (vgl. Abbildung 12). Bestätigt wird auch die allgemeine Annahme, dass sich besonders Erwerbsstrukturen, d.h. Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit oder eine erzwungene/gewollte vorzeitige Rentnerschaft, in den Positionen zu Ausländern - speziell auf ablehnende Positionen - niederschlagen.

Abbildung 12: Positionen zu ausländischen Bürgern in Deutschland - nach Regionen - 2010 - in Prozent - (nur Antwort: "stimme voll zu")



Datenbasis: sfz/leben 2010 (gew.)

Insbesondere Arbeitslose vertreten in deutlich höherem Maße die Auffassung, dass es zu viele Ausländer gäbe (Erwerbstätige 32 %, Arbeitslose 53 % - Arbeitslose alte Länder 55 %, neue Länder 48 %), offensichtlich in der Annahme, dass sich mit der Reduzierung der ausländischen Bevölkerung die eigene Situation verbessern würde.

Die Untersuchungen belegen, dass generell die Haltung jüngerer Menschen zu Ausländern freundlicher ist

als die älterer Menschen, obwohl auch sie nicht hinreichend integrativ ist. Das verbreitete Klischee von einer Jugend, die sich - im Gegensatz zu den "Älteren" - gegen Ausländer in der Bundesrepublik wendet, ist nicht zu belegen.

Insgesamt ist die Haltung der Bürger - der neuen wie der alten Bundesländer - nach 20 Jahren Einheit nicht ausländerfeindlich, aber auch nicht hinreichend ausländerfreundlich - ohne Extremhaltungen leugnen oder rechtfertigen zu wollen.

15. Weltanschauung - Religion

Die Vielfalt und Unterschiedlichkeit kulturellen Lebens wurden durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nicht zuletzt auch hinsichtlich der weltanschaulichen Strukturen der Bevölkerung deutlich und haben nachhaltig die Bundesrepublik auch aus dieser Sicht in zwei Regionen geteilt. Die nach 1990 erwartete "Re-Christianisierung" ist nicht eingetreten.

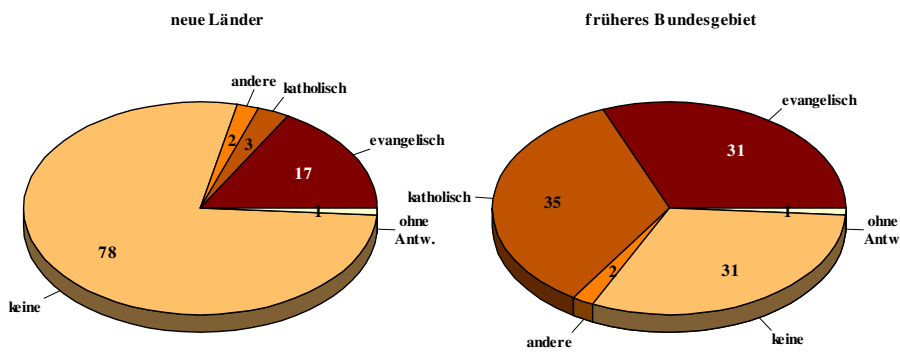
Die Veränderungen der Wirkungsmöglichkeiten der Kirche in den neuen Bundesländern, ihre erreichte Bewegungsfreiheit und gewachsene Einflussnahme in der Gesellschaft, haben - so zeigen die Daten - bisher zu keiner generellen Änderung in der Haltung der Ostdeutschen zu Kirchen und Religionen geführt.

Dabei ist im Ost-West-Vergleich festzustellen, dass es sowohl im Osten als auch im Westen eine deutliche altersabhängige Zunahme der Bürger gibt, welche keiner Religionsgemeinschaft angehören. Das betrifft in den alten Bundesländern inzwischen rd. 39 % aller 18- bis 30-Jährigen (aber nur 18 % der ab 60-Jährigen), in den neuen Ländern sind es 85 % der 18- bis 30-Jährigen und 70 % der ab 60-Jährigen, welche sich keiner Religionsgemeinschaft zuordnen. Frauen sind in stärkerem Maße in Ost (25 %) wie West (72 %) Mitglieder

von Kirchen/Religionsgemeinschaften (Männer: Ost 17 %/West 65 %).

Über den Gesamtzeitraum von 1990 bis 2010 hat sich kein grundlegender Wertewandel bezüglich des Stellenwertes von Religion in den neuen Bundesländern eingestellt. 2010 gaben 18 % der ab 18-jährigen Ostdeutschen und auch nur 28 % (!) der Westdeutschen an, dass Religion in ihrem Leben für sie wichtig sei, für 14 bzw. 21 % hat sie einen mittleren Stellenwert und

Abbildung 13: Zugehörigkeit zu Religions-/Glaubensgemeinschaften
- nach Regionen - 2010 - in Prozent - (ab 18. Lebensjahr)



Datenbasis: sfz/leben 2010 (gew.)

67 % im Osten und 48 % im Westen halten sie in ihrem Leben für weniger bzw. unwichtig. Die spezifische Situation des Umgangs der Bürger mit der Kirche in den

neuen Bundesländern und ihre "geringe" Mitgliedschaft haben keine antireligiösen, gegen die Kirchen gerichtete Ursachen.

So wie Religionsbekenntnisse sich zwischen Ost und West in bedeutendem Maße unterscheiden, sind damit auch traditionelle Unterschiede in Zeremonien und Feierlichkeiten verbunden - beginnend bei der Geburt, dem Eintritt ins Erwachsenenleben, über Hochzeit bis schließlich zum Tod. In den neuen Ländern werden diese Anlässe mehrheitlich auf die

standesamtliche Zeremonie begrenzt bzw. weltanschaulich nicht gebunden ausgestaltet.

III. Zufriedenheit - Lebenslagen

16. Allgemeine Lebenszufriedenheit

Die allgemeine Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland wird inzwischen von den Erfahrungen aus 20 Jahren Bundesrepublik sowie bei einem abnehmenden Teil der Bevölkerung aus rd. 40 Jahren DDR bzw. den gelebten Nachkriegs- und zum Teil Kriegsjahren beeinflusst. Gleichzeitig steigt der Anteil von Bürgern, welche die DDR nicht mehr aus eigenem Erleben kennen. Die Lebenszufriedenheiten werden gleichermaßen durch sich zunehmend angleichende, aber auch noch vorhandene, zum Teil auch zunehmende ungleiche Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland charakterisiert. Die 1989/90 vorhandenen hohen Erwartungshaltungen an Veränderungen in allen Lebensbereichen haben sich inzwischen modifiziert, sowohl aufgrund der realen positiven Veränderungen als auch der Erkenntnis der Nichtrealisierbarkeit von "Ideal"vorstellungen.

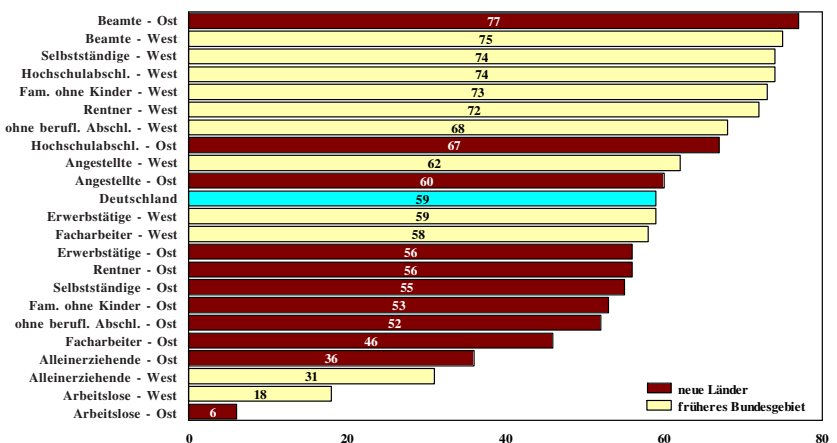
2010 sind in Deutschland 59 % der Bürger mit ihrem Leben alles in allem sehr zufrieden/zufrieden, 29 % teilweise zufrieden und nur 9 % unzufrieden. Dabei ist die allgemeine Lebenszufriedenheit im Westen mit 62 % Zufriedenen und 8 % Unzufriedenen deutlich höher als im Osten, aber auch in den neuen Ländern sind 51 % der Bürger zufrieden und nur 15 % unzufrieden.

Beeinflussend sind insgesamt vor allem die erworbene und eingesetzte Qualifikation, der soziale/berufliche und familiäre Status sowie das damit verbundene Einkommen bzw. die vorhandenen

Vermögenswerte (z.B. Wohneigentum). Insgesamt werden im Ost-West-Vergleich erkennbar:

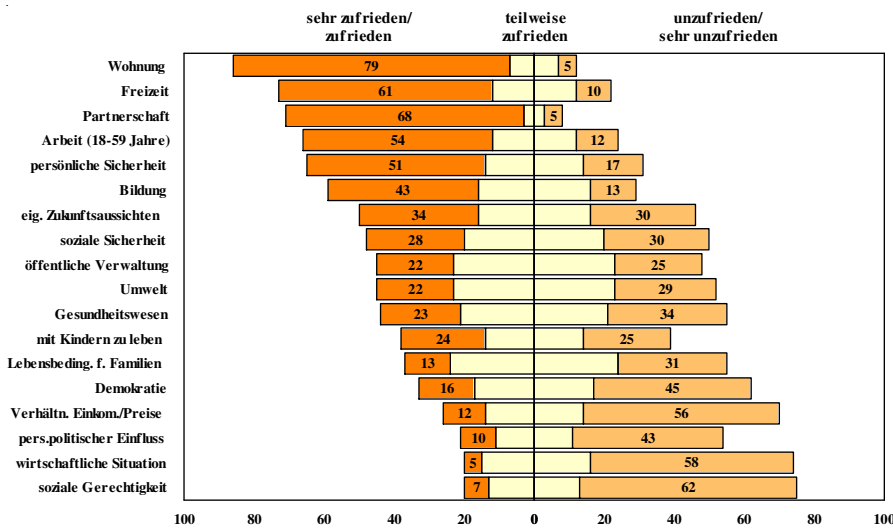
- hohe Zufriedenheiten in Westdeutschland bei größerer Differenziertheit nach Geschlecht, Alter, Qualifikation und Einkommen als im Osten; Zufriedenheit in Ostdeutschland mit relativ hoher Homogenität;
- starke Einkommensabhängigkeit in Ost wie West;
- Unzufriedenheiten sind insgesamt relativ gering - Ausnahmen Arbeitslose und die Altersgruppe der 50- bis 60-Jährigen in den neuen Ländern sowie Alleinerziehende;
- sich der Mittelschicht bzw. der oberen Mittelschicht Zuordnende sind in Ost wie West zu 70 % und mehr mit ihrem Leben alles in allem zufrieden.

Abbildung 14: "Wie zufrieden sind Sie - alles in allem - mit Ihrem Leben?" - nach Regionen - 2010 - in Prozent - (nur Antworten: "sehr zufrieden"/"zufrieden")



Datenbasis: sfz/leben 2010 (gew.)

Abbildung 15: Zufriedenheit nach Lebensbereichen - neue Länder - 2010
- in Prozent* -



* Differenz zu 100 = ich weiß nicht/ohne Antwort
Datenbasis: sfz/Leben 2010 (gew.)

Die in der allgemeinen Lebenszufriedenheit gewissermaßen zusammengefasste Bewertung löst sich in eine hohe Differenziertheit bei einer Betrachtung nach einzelnen Lebensbereichen auf.

Dabei sind Zufriedenheiten und eingetretene Veränderungen in den neuen Bundesländern - das belegen die Untersuchungen seit 1990 - übergreifend wie folgt zusammenfassbar:

- Bereiche, die der Einzelne eigenständig, (relativ) unabhängig von äußeren Einflüssen auf sein Leben gestaltet (Partnerbeziehungen, Wohnen, Freizeit).
- Bereiche von Lebensverhältnissen, in denen 1989/1990 die Menschen grundlegende Veränderungen erwarteten, die jedoch in unterschiedlichem Maße für den Einzelnen bzw. einzelne Gruppen eingetreten sind (Umwelt, Einkommensentwicklung, Bildung, Demokratie).
- Bereiche, in denen nach einem Anstieg bis Mitte der 90er Jahre ab 1998/1999 ein rapider Zufriedenheitsabfall erfolgte (Gesundheitswesen, Zukunftserwartungen, wirtschaftliche Situation im Lande).

Die von der Koalition eingeleiteten "Sozialpakete" (Kurzarbeit, Rentenerhöhung, teilweiser Schutz vor finanziellen Verlusten) wirken auf die Zufriedenheitsbewertung positiv (z.B. soziale Sicherheit).

17. Wirtschaftliche Situation

Die Bewertung der wirtschaftlichen Situation reflektiert sowohl die unterschiedlichen Realitäten von Lebenslagen der Bürger als auch die existierenden regionalen Unterschiede. Die wirtschaftliche Lage im Osten ist durch einheitlichere (dichtere) Verteilungsstrukturen individueller finanzieller/materieller Lebenslagen gekennzeichnet.

Insgesamt bewerten 42 % der Bürger in Deutschland ihre wirtschaftliche Lage mit sehr gut/gut, weitere 41 % mit teils gut/teils schlecht und 16 % mit schlecht/sehr schlecht. Die Bewertung der wirtschaftlichen Situation in den alten Bundesländern fällt mit 44 % (sehr gut/gut) besser aus als in den neuen Ländern (36 %), wie dementsprechend 22 % der Ostdeutschen ihre Situation als schlecht bewerten - im Vergleich zu 14 % im Westen. Es ist jedoch keineswegs nur der jeweils höhere oder geringere Anteil der Wertungen, welcher Unterschiede ausmacht, sondern es sind die den jeweiligen Aussagen zugrunde liegenden Werte.

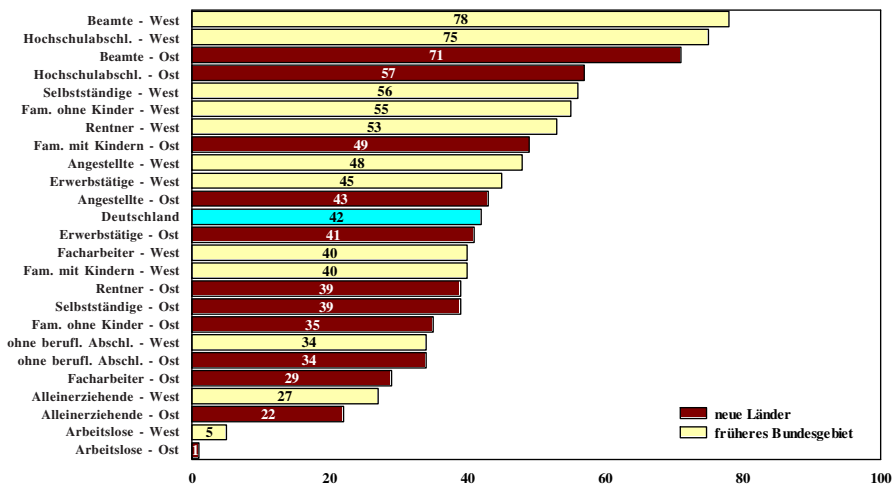
Die grundlegende Differenzierung in den jeweiligen Bewertungen bilden die Lebenslagenunterschiede zwischen den Bürgern mit "guter" und denen mit "schlechter" Einschätzung. Das bezieht sich auf Einkommen wie Vermögen, auf Wohnbedingungen und Wohnverhältnisse ebenso wie auf Bildung und Erwerbsstatus. Gleichen Bewertungen in der Gegenwart in den neuen Bundesländern z.B. liegen deutlich höhere Durchschnittseinkommen zugrunde als vor rd. 20 Jahren.

Während 1992 Bürger der neuen Bundesländer mit einem Haushalts-Netto-Einkommen pro Kopf von 742 Euro (umgerechnet von DM in Euro) ihre wirtschaftliche Lage als sehr gut/gut bewerteten, lag 2010 dem ein Durchschnitt von 1.697 Euro zugrunde. Bürger, welche ihre Situation 2010 mit sehr schlecht/schlecht bewerteten, erreichten ein Durchschnitts-Pro-Kopf-Einkommen von 782 Euro. Zugleich ist die Differenz zwischen sehr guter und sehr schlechter Bewertung in Euro deutlich angestiegen. Lagen 1992 zwischen beiden 461 Euro, so trennten 2010 rd. 1.913 Euro die beiden - vergleichbar trennen beide Bewertungsgruppen im Westen 1.896 Euro.

Dass die Wertungen im Westen positiver ausfallen als im Osten, reflektiert die real differenzierten Lebensverhältnisse. Besondere Unterschiedlichkeiten werden erkennbar

- bei einer überdurchschnittlichen positiven Bewertung der älteren Bürger (Ost 39 % gut - West 53 %);
- in einer überdurchschnittlichen Bewertung seitens der Befragten mit Hochschulabschluss (57 % Ost - 75 % West) sowie Beamten;
- während im Westen die positiven Wertungen von Beamten, Selbstständigen und Angestellten getra-

Abbildung 16: Anteil der ihre wirtschaftliche Lage als "sehr gut"/"gut" Kennzeichnenden - nach sozialen Hauptgruppen und Regionen - 2010 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2010 (gew.)

gen werden, sind es im Osten im Wesentlichen die Angestellten bei weitgehendem Fehlen einer eigenständigen Oberschicht und oberen Mittelschicht;

- in Ost wie West geben vor allem Alleinerziehende und Arbeitslose unterdurchschnittliche Wertungen ab;
- in unterschiedlichen Bewertungen zwischen Familien, indem im Osten Familien mit Kindern die positivere Aussage treffen (Ost 49 %/West 40 %), sind es im Westen die Familien ohne Kinder (Ost 35 %/West 55 %). Offensichtlich wirken hier sowohl die geringere Berufstätigkeit von Müttern im Westen als auch die generelle Betrachtung von Kindern als "Kostenfaktor".

Gleichzeitig wird deutlich, dass gleiche subjektive Bewertungen in Ost und West bei allen Indikatoren im Osten deutlich unter dem "Westniveau" liegen - das betrifft bei Einkommensgrößen im Durchschnitt 90 %, bei Vermögens-/Eigentumsgrößen bis zu 50 %.

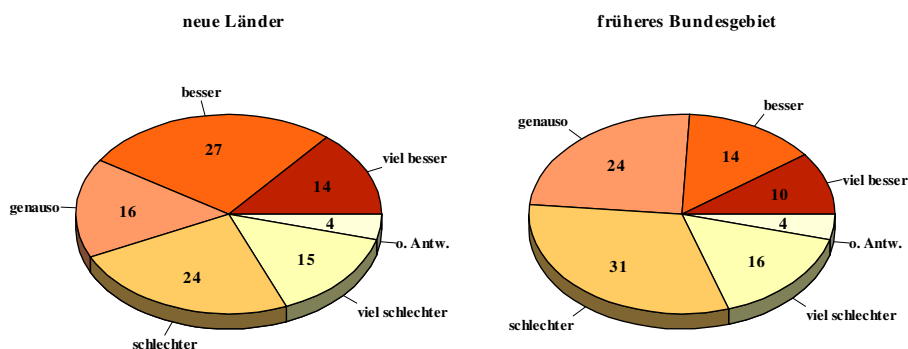
Charakteristisch für die Bewertung der wirtschaftlichen Lage sind auch eine zunehmende wirtschaftliche Perspektivlosigkeit und Verunsicherung. Bezogen auf die vermutlich erwartete künftige wirtschaftliche Situation "in fünf Jahren" gehen 19 % der Bürger davon aus, dass sich ihre Lage verbessern wird, 30 % erwarten keine Veränderung und 35 % nehmen Verschlechterungen an. Dabei stimmen die Erwartungen in Ost wie West weitgehend überein.

Die Annahme auf Verbesserungen wird in Ost wie West vor allem von den jüngeren Bürgern getragen. Verschlechterungen nehmen im Besonderen ab 50-jährige Bürger im Osten, aber auch im Westen sowie Arbeitslose an. 7 % der ab 40-jährigen Bürger bewerten ihre wirtschaftliche Situation gegenwärtig als besser im Vergleich zur Zeit vor der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, 46 % als schlechter und 23 % sehen sie für sich als unverändert an. Die insgesamt getroffenen Aussagen werden vor allem von den Bürgern Westdeutschlands beeinflusst. 47 % geben eine Verschlechterung,

24 % keine Veränderung und nur 24 % eine Verbesserung an - im Gegensatz zum Osten mit 41 % Verbesserung, 39 % Verschlechterung und 16 % ohne Veränderung.

Die Unterschiedlichkeit der Bewertung resultiert naturgemäß aus den enormen Angleichungsprozessen in den Jahren 1990 bis 1999 und den in den neuen Bundesländern in dieser Zeit erfolgenden Angleichungen der Erwerbseinkommen, der Renten, der Wohnbedingungen und - wenn auch mit deutlichen Unterschieden - den Vermögensverhältnissen. Andererseits erfolgt die "Negativ"bewertung der Westdeutschen vor allem aus dem Gefühl heraus, dass die z.T. reale Einkommensstagnation, die abflachende bzw. durch Nullrunden gekennzeichnete Rentenentwicklung, die gesamte "Sozialreformpolitik" mit ihren Lebensstandard senkenden Auswirkungen vorrangig eine Folge der deutschen Vereinigung seien.

Abbildung 17: "Wie bewerten Sie Ihre gegenwärtige individuelle wirtschaftliche Lage im Vergleich zur Zeit vor der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion (1.7.1990)?" - nach Regionen - 2010 - in Prozent - (nur Befragte, welche vor 1971 geboren sind)



Datenbasis: sfz/leben 2010 (gew.)

18. Individuelle Einkommensstruktur

Mit der Währungs- und Wirtschaftsunion traten grundlegende Wandlungen auch in den Einkommensbereichen ein. Es gab ab 1990 zunächst eine stetige - wenn auch zunehmend geringere - Zunahme des Bruttodurchschnittslohnes sowie der Renten. Trotzdem erreichen lt. offizieller Statistik z.B. die Bruttolöhne Ost im Jahr 2009 nur 79,6 % des Westens.

Die Nettolohnentwicklung der abhängig Beschäftigten vollzog sich in Deutschland in den vergangenen Jahren im Vergleich zu den Bruttolöhnen verlangsamt, da Sozialbeiträge und Steuern deutlich angehoben wurden. Die Beitragssätze der Arbeitnehmer betragen 1991 rd. 17,7 % und stiegen bis 2009 auf 19,9 %, was die den Bürgern zur Verfügung stehenden Nettoeinkommen schmälerte.

Tabelle 3: Individuelles Nettoeinkommen 2010 nach Einkommensgruppen und Regionen
- in Prozent -

	neue Länder	früheres Bundesgebiet	Deutschland
bis 500 Euro	12	12	12
500 bis 1.000 Euro	34	18	22
1.000 bis 1.500 Euro	31	22	23
1.500 bis 2.000 Euro	12	19	17
2.000 Euro und dar.	11	29	25

Datenbasis: sfz/leben 2010 (gew.)

Der Vergleich der individuellen Nettoeinkommensentwicklung seit 1990 lässt erkennen:

- die Überwindung der niedrigen und homogenen Einkommensstrukturen (Erwerbseinkommen und Renten) in der DDR mit einem für heutige Verhältnisse umgerechneten Anteil von 81 % der Bürger, welche unter 500 Euro (netto) erzielten;
- die sich über Jahre langsam verändernden Einkommensstrukturen mit einem Anteil von 12 % der ab 18-jährigen Bürger, welche 2010 über ein Einkommen (netto) unter 500 Euro erreichen (Rentner, Auszubildende, prekäre Arbeitsverhältnisse), mit einem nach wie vor geringen Anteil von Bürgern mit einem Nettoeinkommen von über 2.000 Euro (11 %);
- die unterschiedlichen Einkommensstrukturen zwischen Ost und West vor allem in den unteren und höheren Einkommenssegmenten. So erreichen in Westdeutschland fast 50 % ein Nettoeinkommen mit 1.500 und mehr Euro - im Osten sind das 23 %, während ein individuelles Nettoeinkommen unter 1.000 Euro im Osten von 46 % erzielt wird, sind das in Westdeutschland nur 30 %.

19. Haushaltseinkommen

Weder in den alten noch in den neuen Bundesländern verfügt der einzelne Haushalt ausschließlich über Erwerbs- bzw. Renteneinkommen, sondern über zusätzliche finanzielle Mittel z.B. aus Sozialtransfers oder Zinsen (soweit Sparguthaben und andere Finanzanlagen vorhanden sind).

Neueste Veröffentlichungen der offiziellen Statistik¹⁵ (April 2010) weisen aus, dass das dem einzelnen Bürger zur Verfügung stehende Einkommen im Jahr 2008 in Deutschland bei 18.974 Euro lag. Es betrug in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) 15.483 Euro und in den alten Bundesländern 19.838 Euro, das entspricht einer Angleichungsquote von 78 % bei einer absoluten Differenz von 4.354 Euro pro Jahr und Einwohner.

Nicht zu übersehen ist auch, dass das gegenwärtige Niveau im Osten auf bedeutenden Transferzahlungen beruht, die auf unzureichenden Möglichkeiten einer fehlenden bzw. entsprechend bezahlten Tätigkeit beruhen. Die zu erwartende Vergrößerung der Anzahl der Rentner mit deutlich sinkenden Rentenzahlbeträgen wird diese Prozesse, soweit nicht gegengesteuert wird, noch verstärken.

Vergleiche der Haushaltsnettoeinkommensstruktur machen - bezogen auf das Jahr 2010 - deutlich, dass die Unterschiede gerade in den oberen Segmenten (ab 2.000 Euro) zwischen Ost- und Westdeutschland im Haushaltsnettoeinkommen deutlich größer sind als beim Individualeinkommen (38 % Ost/63 % West).

Die Unterschiede sind am größten in

- Haushalten mit Hochschulabsolventen,
- Selbstständigenhaushalten,
- Pensionärs- und Rentnerhaushalten.

Hinsichtlich der Ost-West-Strukturen unterscheiden sich beide Regionen - über Einkommensunterschiede in den Erwerbseinkommen und Rentenzahlbeträgen - vor allem bezogen auf:

- Einnahmen aus Vermögen,
- Ausgaben bei Einkommens- und Kirchensteuern.

Tabelle 4: Haushaltsnettoeinkommen - nach Einkommensgruppen und Regionen
- 2010 - in Prozent -

	neue Länder	früheres Bundesgebiet	Deutschland
bis 500 Euro	5	4	4
500 bis 1.000 Euro	14	9	10
1.000 bis 1.500 Euro	22	12	14
1.500 bis 2.000 Euro	22	12	14
2.000 Euro und dar.	38	63	57

Datenbasis: sfz/leben 2010 (gew.)

¹⁵ Statistische Ämter des Bundes und der Länder, VGRL, "Entstehung, Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands 1991 bis 2008", Reihe 1, Band 5, Wiesbaden 2010.

In Deutschland halten 40 % (2010) der Bürger ihr Haushaltsnettoeinkommen für ausreichend, um damit ihre Bedürfnisse befriedigen zu können, für 34 % wird das nur unter bestimmten Einschränkungen ermöglicht und für 21 % ist es zu knapp.

Dabei liegt der Anteil der Haushalte mit einem ihre Bedürfnisse befriedigenden Einkommen im Westen bei 42 % (durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen 3.132 Euro), im Osten bei 31 % (2.759 Euro) - der Anteil der Haushalte, für welche es zu knapp ist, beträgt im Westen 19 % (1.513 Euro) und im Osten 28 % (1.183 Euro).

Die Daten machen zugleich deutlich, dass die Ansprüche im Osten erkennbar geringer sind und gleichen Wertungen im Westen im Durchschnitt ein um ca. 400 Euro höheres Einkommen zugrunde liegt, was der These von den "anspruchsvollen Ostdeutschen" - zumindest aus dieser Sicht - entgegensteht.

Erst ein Pro-Kopf-Einkommen von über 1.500 Euro ermöglicht es 50 % und mehr dieser Einkommensgruppen, ihre Bedürfnisse zu befriedigen, zwischen 750 Euro und 1.500 Euro ist eine "Bedürfnisbefriedigung mit Einschränkungen" charakteristisch, unter 750 Euro überwiegt die nicht hinreichende Bedürfnisbefriedigung. Vor allem die Familienform und Größe wirken auf die Möglichkeiten, mit dem erzielten Einkommen eine den Bedürfnissen der Familie entsprechende Bedürfnisbefriedigung zu erreichen.

Das betrifft in Deutschland 49 % aller Haushalte ohne Kinder, 44 % der Haushalte mit Kindern, 32 % der Alleinlebenden-Haushalte, jedoch in den Alleinerziehendenhaushalten nur 17 %. In den alten Bundesländern können 61 % der Alleinerziehenden keine erforderliche Bedürfnisbefriedigung erreichen, da die zur Verfügung stehenden Einkommen "zu knapp" sind - im Osten sind das 40 % aller Alleinerziehendenhaushalte (möglicherweise aufgrund der höheren Erwerbsquote von Frauen in den neuen Bundesländern von 67 %). Insbesondere auch in Familien mit drei und mehr Kindern erreichen 44 % keine hinreichende Bedürfnisbefriedigung.

20. Alterseinkommen

In Deutschland ist das Alterseinkommen - wie Einkommen generell - zwischen Ost und West unterschiedlich. Zwei noch existierende Rentenrechtsgebiete wie unterschiedliche historische Entwicklungen (Beamte, Vermö-

gen, Wohneigentum) sind dafür Ursache. Die Einkommensdebatte für Senioren in den neuen Bundesländern ist seit 1990 geprägt durch

- die Anerkennung der Rentenumstellung auf bundesdeutsches Rentenrecht und ein damit verbundenes, zunächst rasch ansteigendes Renteneinkommen - auch aufgrund von "Sonderleistungen" im Sinne des Bestandsschutzes (Auffüllbeträge);
- die nach wie vor existenten zwei Rechtsgebiete im Rentenrecht, welche auf Grundlage unterschiedlicher aktueller Rentenwerte zur Ungleichbehandlung bei gleichen Lebensarbeitsleistungen führen und im Osten gegenwärtig rd. 89 % des Rentenwertes West sichern;
- die einseitigen Debatten über "höhere GRV-Renten" im Osten, welche nicht alle Elemente der Alterssicherung einbeziehen und den Vergleich der Alterseinkommen auf die Rente reduzieren.

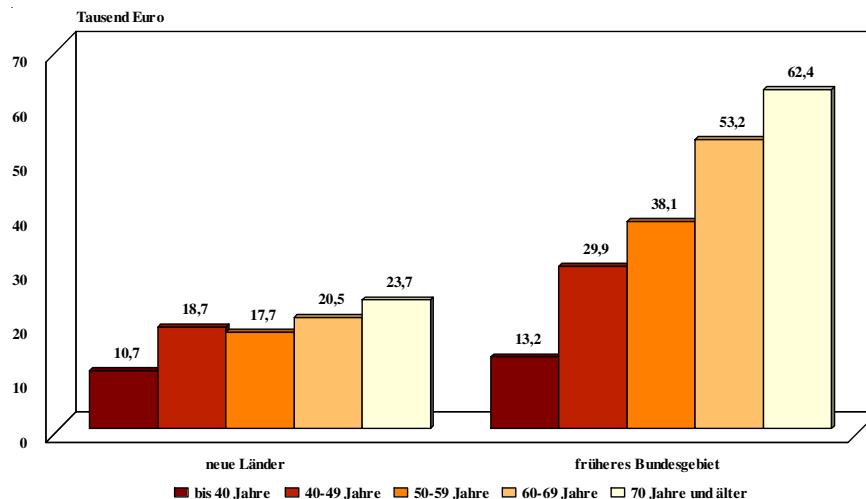
Für Ost wie West sind sinkende Zahlbeträge und Realeinkommen der gesetzlichen Rentenversicherung charakteristisch aufgrund zunehmender staatlicher Eingriffe in das Rentensystem (Nullrunden, Nachholfaktor, Rentensicherung).

Die empirische Erhebung weist für 2010 u.a. aus:

- Das individuell bezogene Nettoeinkommen für Senioren betrug in Deutschland durchschnittlich 1.271 Euro - es lag im früheren Bundesgebiet bei 1.381 Euro und in den neuen Ländern bei 1.078 Euro (78 %) - Pensionäre-West gaben ein individuelles Nettoeinkommen von 1.957 Euro an.
- Das Haushaltsnettoeinkommen lag (2010) für Senioren bei 1.771 Euro, im Westen 1.872 Euro und im Osten bei 1.498 Euro (80,0 %).

Mit der Einführung von Rentenabschlägen bei vorzeitigem Renteneintritt werden zunehmend die Renten der

Abbildung 18: Durchschnittliches Geldvermögen - nach Altersgruppen und Regionen - 2010 - in 1000 Euro je Haushalt -



Datenbasis: sfz/leben 2010 (gew.)

Sozialreport 2010

Neuzugänge angesenkt. Im Jahr 2009 betraf das 55 % aller Rentenzugänge mit einem durchschnittlichen Abschlag von rd. 102 Euro pro Monat für die gesamte Rentenlaufzeit - das waren 51 % der Männer West und 52 % der Frauen West sowie 66 % der Männer Ost und 82 % der Frauen Ost.

Nach wie vor existieren zwei Rentenrechtsgebiete mit ungerechtfertigter Ungleichbehandlung gleicher Lebensarbeitsleistung. Tendenzen zunehmender Altersarmut sind vorgezeichnet.

21. Armutsstrukturen

Zunehmende Armut ist/wird eine der grundlegenden Entwicklungstendenzen des sozialen Wandels in Deutschland.

Armut wird in Deutschland in immer stärkerem Maße zu einem sozialen Problem. Armut von "Kindern in Familien", "Armut trotz Arbeit", "Altersarmut" sind inzwischen in Medien und Politik täglich präsent und werden mit ständig neuen Zahlen belegt. Armut ist in Ost wie West in der Tendenz steigend und wird mit unterschiedlichen "regionalen" Parametern hoch- oder runtergerechnet.

Wenn man im 20. Jahr der deutschen Einheit messen will, muss man bei der Armutsermittlung von einem gesamtdeutschen Mittelwert (Median) ausgehen, auf dessen Grundlage sich ergibt:

- a) In Deutschland leben 2010 rd. 18 % der ab 18-jährigen Bürger unterhalb der Armutsrisikoschwelle (60 % des Median-Haushaltsnetto/pro Kopf - 798 Euro und darunter) - das sind in Ostdeutschland

Tabelle 5: Armuts-/Reichtumsprofile - 2010 - in Prozent - (ab 18. Lebensjahr)

(Median Deutschland = 1.330 Euro)	bis 40 % Median bis 532 Euro	40 bis 60 % 533 bis 798 Euro	60 bis 80 % 799 bis 1.064 Euro	80 bis 120 % 1.065 bis 1.596 Euro	120 bis 200 % 1.597 bis 2.660 Euro	200 % u.dar. über 2.660 Euro
	strenge Armut	Armutsrisiko- schwelle	untere Einkommen	mittlere Einkommen	höhere Einkommen	hohe Einkommen
Deutschland	8	10	15	33	27	8
neue Bundesländer	9	15	19	38	15	4
früheres Bundesgebiet	8	8	14	31	31	9
<i>neue Länder</i>						
Alter						
18 bis 24 Jahre	10	24	16	40	9	-
25 bis 39 Jahre	12	11	17	35	19	6
40 bis 49 Jahre	5	16	14	40	20	5
50 bis 59 Jahre	13	16	16	28	20	7
60 Jahre und älter	6	13	26	45	9	2
Erwerbsstatus						
erwerbstätig	2	9	17	41	25	7
arbeitslos/apM	40	32	9	17	0	1
familiärer Status						
Fam. mit Kind/ern	5	14	16	41	19	5
Fam. ohne Kind/er	6	9	21	43	15	6
alleinerziehend	15	24	15	30	15	-
alleinlebend	11	19	20	34	14	2
<i>früheres Bundesgebiet</i>						
Alter						
18 bis 24 Jahre	34	14	12	36	4	-
25 bis 39 Jahre	2	5	10	41	36	7
40 bis 49 Jahre	6	7	17	27	35	9
50 bis 59 Jahre	6	13	11	24	31	14
60 Jahre und älter	7	6	18	30	30	9
Erwerbsstatus						
erwerbstätig	4	6	8	31	38	13
arbeitslos/apM	35	14	27	14	9	1
familiärer Status						
Fam. mit Kind/ern	1	13	16	38	29	4
Fam. ohne Kind/er	1	3	9	28	44	14
alleinerziehend	27	12	14	26	19	3
alleinlebend	13	6	16	30	25	10

Datenbasis: sfz/leben 2010 (gew.)

(inkl. Berlin-Ost) 24 % und in Westdeutschland (inkl. Berlin-West) 16 %.

- b) In Armut im engeren Sinne leben (40 % des Median - 532 Euro) zum gleichen Zeitpunkt in Deutschland 8 % (Ost = 9 %/West = 8 %).
- c) Besonders betroffen sind nach wie vor (2010)
 - Arbeitslose (61 % - OD 72 %/WD 49 %),
 - Alleinerziehende (39 % - OD 38 %/WD 39 %),
 - Familien mit drei und mehr wirtschaftlich unselbstständigen Kindern (35 % - OD 38 %/WD 35 %).

In Armut lebende Familien verfügen über kleinere Wohnungen (65 bis 75 % des Durchschnitts) und leben überwiegend in "Mietwohnungen" mit einem deutlich unter dem Durchschnitt liegenden Eigentumsanteil (i.d.R. in ländlichen Gebieten). Armut ist im Besonderen mit geringer allgemeiner und beruflicher Bildung und davon abhängigen Erwerbsmöglichkeiten verbunden.

Bezogen auf die jeweiligen "regionalen Einkommenswerte" verschieben sich die Armutsquotienten zu Ungunsten des Ostens aufgrund generell geringerer Einkommen (geringere Anteile) und steigen zu Gunsten der alten Bundesländer. Liegen die Werte Ost im Bereich der Armutsgefährdung mit 680 Euro im Osten dann "nur" bei 17 %, so erreichen sie mit 824 Euro im Westen 18 %. 1990 lag die regionale Armutsquote im Osten bei 9 %, die Differenz zwischen Armutsgrenze und Durchschnitt betrug seinerzeit 175 Euro und gegenwärtig 453 Euro.

Es besteht die Gefahr, dass sich die Gesellschaft an Armut und soziale Ausgrenzung gewöhnt, dass sich eine eigenständige "Kultur der Armut" als ausgrenzendes Element herausbildet. 37 % der in Armut Lebenden gehen davon aus (2010), dass sich ihre Zukunftsaussichten weiter verschlechtern werden, dass sich ihre Lebensverhältnisse nicht verbessern.

22. Wohnen

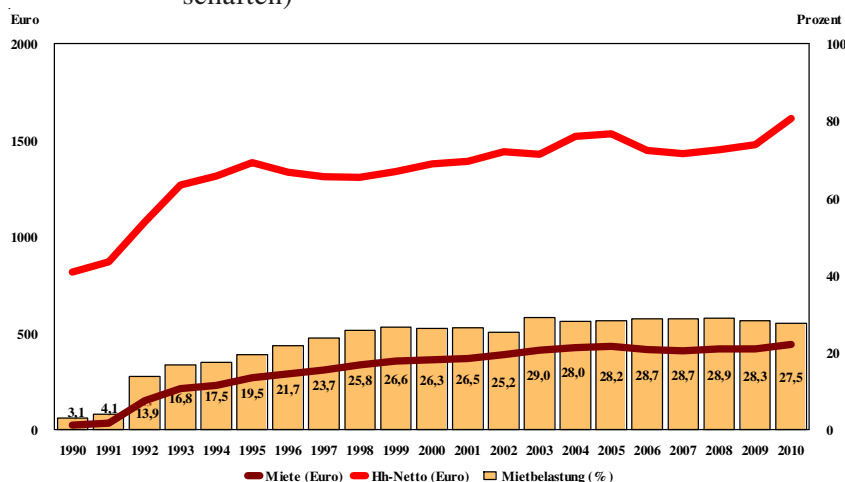
Die Vorstellungen zu Veränderungen im Wohnen in den Jahren vor 1990 und der Phase der Vereinigung zielten vor allem auf mehr Wohnkomfort - im Sinne moderner Heizsysteme und Sanitärbereiche, aber auch der Telekommunikation -, auf ansehnlichere Wohngebiete mit einer dem Bedarf entsprechenden Infrastruktur und die Möglichkeiten freier Wahl des

Wohnortes, der Wohnungsgröße und der gewünschten Eigentumsform. Nach 1990 drängten insbesondere noch nicht im Renten- bzw. Vorrentenalter stehende Altersgruppen aus den Städten ins Umland.¹⁶ Der Drang auf ein Leben im Grünen, auf kleinere Wohnformen und auf "Eigentum" entvölkerte zum Teil die Städte und schuf neue Siedlungen im städtischen Umfeld. Wohnen ist der Lebensbereich mit der höchsten Zufriedenheit seitens aller Bevölkerungsgruppen.

Bereits 10 Jahre nach der Vereinigung war im Wesentlichen eine durchgängig moderne Wohnungsausstattung erreicht. 2001 verfügten anstelle von 58 % der Wohnungen (1990) 95 % über Warmwasser, 98 % besaßen ein IWC sowie Bad/Dusche, 97 % hatten ein modernes Heizsystem und 92 % einen Telefonanschluss. Viele der erreichten Veränderungen erscheinen aus der Sicht von heute inzwischen schon als selbstverständlich, werden aber nach wie vor zu den positivsten Veränderungen seit 1990 gezählt und in der Wohnzufriedenheit reflektiert und anerkannt.

Generell gilt für Bürger in den neuen Bundesländern, dass sich die Wohnzufriedenheit seit 1990 deutlich erhöht hat. Nach anfänglich sozialen Verunsicherungen - nicht zuletzt durch Mietentwicklungen, die z.T. ohne Veränderung der qualitativen Standards erfolgten - hat sich seit Beginn des Jahrtausends eine stabile Wohnzufriedenheit mit insgesamt äußerst geringer Unzufriedenheit herausgebildet. Der Anteil der Unzufriedenen liegt bei 4 % bis 5 %, was einen ausgesprochen niedrigen Wert darstellt. Differenzierungen liegen für alle Altersgruppen (2010) vor allem zwischen Wohnungseigentümern (Zufriedenheit: West = 92 %/Ost = 89 %) und privaten Mietwohnungen (75 % im Westen und im Osten).

Abbildung 19: Mietbelastung von Mieterhaushalten - neue Länder - 1990 bis 2010 - (Privat - Kommunen - Genossenschaften)



Datenbasis: sfz/leben 1990-2010 (gew.)

16 Vgl. Hinrichs, Wilhelm: Die Ostdeutschen in Bewegung, in: Handeln im Wandel (Hrsg.: W. Hinrichs/E. Priller), edition sigma, Berlin 2001, S. 275 ff.

23. Erwerbsarbeit

Die Anzahl der Erwerbstätigen hat seit 1989/1990 in Deutschland unterschiedliche Entwicklungstendenzen, sanken sie im Osten von über 9 Millionen auf knapp 7,5 Millionen, so stiegen sie im gleichen Zeitraum in den alten Bundesländern von 26 auf rd. 33 Millionen. Es ging den Bürgern der neuen Länder 1990 und danach vor allem darum, einer Erwerbsarbeit nachgehen zu können, die es dem Einzelnen und seiner Familie ermöglicht, ein auf eigener Leistung erzieltetes Einkommen zu realisieren und mit der eigenen Arbeit ein soziales Sicherungssystem zu stützen, das entsprechend dem Generationenvertrag, der Solidarität und auf paritätischer Grundlage soziale Sicherungen bei Krankheit und Arbeitslosigkeit sowie im Alter gewährleistet.

Die Entwicklung der vergangenen 20 Jahre hat einer keineswegs unbedeutenden Anzahl von Bürgern gewünschte Veränderungen gebracht, jedoch für eine ebenfalls nicht unbedeutende Anzahl zu nicht befriedigenden Entwicklungen in Beschäftigung und Einkommen geführt. Charakteristisch für die Erwerbsarbeit in Deutschland ist:

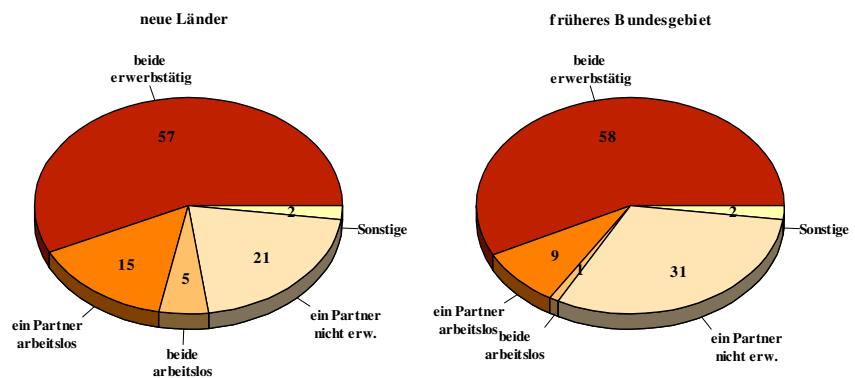
Erstens: Erwerbsarbeit in Deutschland ist nach wie vor durch unterschiedliches Erwerbsverhalten in Ost und West aufgrund unterschiedlicher Wertvorstellungen und Leitbilder insbesondere zur Rolle der Frau in Beruf und Familie, aber auch jahrzehntelange Ungleichheiten in den Bedingungen der sozialen Infrastruktur geprägt, die allerdings langsam zu Ungunsten des Ostens angeglichen werden.

Zweitens: In den vergangenen 20 Jahren erfolgte zunächst eine weitgehende Angleichung der Erwerbsstrukturen an die Branchenstruktur und damit verbundene Erwerbstätigenstrukturen. Bei einem deutlichen Rückgang bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten entwickelten sich die Anteile von Beamten und Selbstständigen/mithelfenden Familienangehörigen (allerdings nicht zuletzt durch einen hohen Anteil von "Ich-AGs" und "Solo-Selbstständigen").

Drittens: Es erfolgte ein enormer Anstieg von atypischen Beschäftigungsverhältnissen, deren Anteil inzwischen fast 25 % erreicht hat - analog stiegen die sog. prekären Arbeitsverhältnisse. Immer mehr Erwerbstätige können von ihren Erwerbseinkommen nicht mehr leben, so dass diese durch Sozialleistungen "aufgestockt" werden müssen.

Auch in Partnerhaushalten sind die unterschiedlichen "Erwerbsmuster" und Arbeitsmarktverhältnisse unverkennbar. Während (2010) im Osten in 57 % und im Westen in 58 % der Haushalte beide Partner erwerbstätig waren, betrug der Anteil mit doppelter Arbeitslosigkeit im Osten 5 % (im Westen 1 %). Unterschiedlich vor allem das "Leitmodell" eines erwerbstätigen und eines nicht erwerbstätigen Partners, dem im Osten 21 % (vorrangig vorzeitige bzw. normale Berentung), im Westen 31 % (vorrangig Nichterwerbstätigkeit von Frauen) zuzuordnen sind.

Abbildung 20: Erwerbsstrukturen in Partnerhaushalten nach Regionen - 2010 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2010 (gew.)

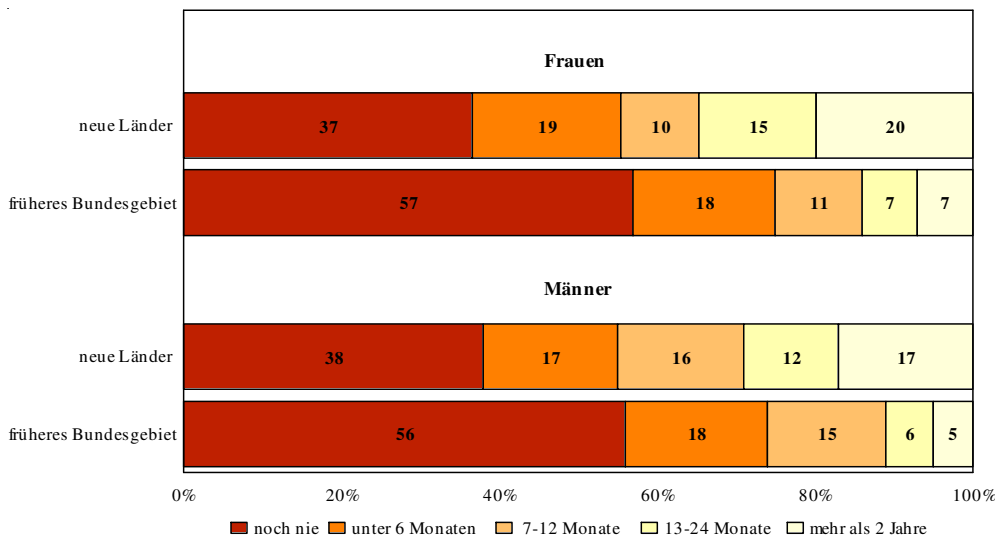
24. Arbeitslosigkeit

Nichts spaltet Deutschland so wie der Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit hat sich - insbesondere in den neuen Bundesländern - auf doppelt hohem Niveau, im Vergleich zu den alten Ländern, stabilisiert und die Werte von 1990/1992 wieder erreicht. Die Trennung in zwei Arbeitsmärkte ist geblieben.

Die Arbeitsmarktsituation wird in den neuen wie alten Bundesländern über die Arbeitslosigkeit hinaus durch ein hohes Maß an Unterbeschäftigung bzw. nicht erwünschter Nicht-Beschäftigung geprägt, welche die Arbeitslosigkeit um rd. 50 % erhöht. Hinzu kommen vorzeitige Berentungen, Abwanderungen wegen fehlender Arbeits- und Ausbildungsplätze im Osten sowie Ost-West-Pendler (rd. 300.000).

Trotz leichten Beschäftigungsaufschwungs sind auch 2010 vor allem die Bedrohlichkeit und Verunsicherung derer, die noch im Arbeitsprozess stehen, geblieben. Rd. ein Drittel aller im Erwerbsleben stehenden Bürger geht davon aus, dass sie in der nächsten Zeit arbeitslos werden - 7 % sind sich dessen relativ sicher, 29 % geben "vielleicht" an. Im Gegensatz zur Unterschiedlichkeit der realen Arbeitslosigkeit wird von dem verbleibenden Teil eine zwischen Ost und West gleiche "Bedrohung" empfunden.

Abbildung 21: Dauer der Gesamtarbeitslosigkeit - nach Regionen - 2010
- in Prozent - (18 bis 65 Jahre)



Datenbasis: sfz/leben 2010 (gew.)

In Deutschland verfügen 47 % aller 18- bis 65-Jährigen (2010) über eigene Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit - wenn auch mit unterschiedlicher Dauer. Wäh-

rend das im früheren Bundesgebiet 43 % sind, betrifft das in den neuen Ländern in den letzten zwanzig Jahren bereits 62 %. Dabei waren insgesamt seit 1990 bzw. seit Berufseintritt Männer in den neuen Ländern in gleichem Maße wie Frauen betroffen - das gilt analog, wenn auch auf geringem Niveau, für die alten Länder. Der Anteil der Frauen mit eigener Erfahrung von über zwei Jahren Arbeitslosigkeit liegt im Osten bei 20 % aller 18- bis 65-jährigen Frauen (Männer 17 %) - im Gegensatz zu 7 % der Frauen im früheren Bundesgebiet.

IV. Werte

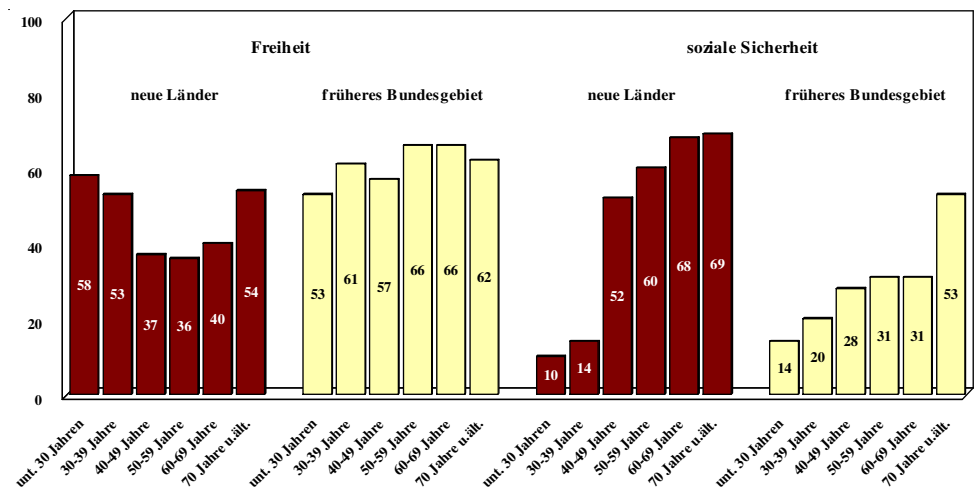
25. Grundwerte

1990 wurde angenommen, dass sich die Wertestrukturen Ost- und Westdeutschlands rasch angleichen würden, was hieß, dass die Wertestrukturen der Bürger der neuen Bundesländer sich denen der alten "anpassen". Inzwischen haben sich seit 1993/94 relativ stabile Wertestrukturen herausgebildet, die denen der alten Länder keineswegs generell gleichen bzw. in allen Bereichen angeglichen sind. Untersuchungen belegen über viele Jahre, dass die Bürger der neuen Bundesländer soziale Sicherheit, Gerechtigkeit und Freiheit in gleich hohem Maße in ihrem Leben für sehr wichtig/wichtig halten. Solidarität und Gleichheit nehmen - im Vergleich dazu - einen nachrangigen Platz ein. Die Auffassung, dass die Ostdeutschen generell der Gleichheit den Vorrang vor der Freiheit gäben, ist mit den vorliegenden Untersuchungen nicht nachweisbar. Im Einzelnen werden von den Bürgern in Ost und West (2010) an die Spitze

der Bewertungen gesetzt: In Ostdeutschland liegt **soziale Sicherheit** ebenso wie **Freiheit** für 46 % der ab 18-jährigen Bürger an vorderster Stelle, **Gerechtigkeit** für 37 %, **Solidarität** für 13 % und **Gleichheit** für 10 %.

In Westdeutschland hat **Freiheit** mit deutlichem Abstand den vorrangigen ersten Platz (61 %), gefolgt von **Gerechtigkeit** (37 %) sowie **sozialer Sicherheit** (29 %), **Solidarität** (13 %) und **Gleichheit** (12 %).

Abbildung 22: Ausgewählte Grundwerte nach Altersgruppen und Regionen - 2010
- in Prozent - (nur Antwort: "sehr wichtig")



Datenbasis: sfz/leben 2010 (gew.)

Kennzeichnend sind:

- der sozialisationsbedingte hohe Stellenwert von Freiheit in den alten Bundesländern ebenso wie der geringere Stellenwert sozialer Sicherheit - im Gegensatz zu den neuen Bundesländern;
- eine in den letzten 10 Jahren sich deutlich verändernde Grundwertestruktur in den neuen Bundesländern zu Gunsten des Grundwertes "Freiheit" bei Werteabbau von sozialer Sicherheit;
- eine in den neuen Ländern die Grundwertestruktur prägende Altersabhängigkeit, welche bei unter 40-Jährigen offensichtlich auf dem zunehmenden Anteil der Sozialisationsjahre im vereinigten Deutschland und den damit verbundenen vermittelten "Leitbildern" beruht.
- Ostdeutsche stellen die Freiheit der Gerechtigkeit oder sozialen Sicherheit nicht gegenüber, ebenso wenig wie sie ein "anstelle von" akzeptieren. Es gibt keine soziale Sicherheit ohne Freiheit, das belegen die Erfahrungen der DDR. Es gibt aber auch keine Freiheit ohne soziale Sicherheit und Gerechtigkeit.
- Wenn auch Solidarität für ältere Menschen einen höheren Stellenwert als für junge Menschen hat, so ist eine weitgehende "Entsolidarisierung" unverkennbar.

26. Wertestrukturen

Arbeit, ein dem Einkommen entsprechender Lebensstandard, Gesundheit und Wohnen stehen im Zentrum der Wertehierarchie der Bürger in den neuen wie alten Bundesländern. Gravierender Wertewandel trat in den neuen Ländern beim Stellenwert von Kindern bei Jüngeren und dem Leben in einer demokratischen Gesellschaft auf. Partnerschaft, Kinder und Freunde sowie Gesundheit - einstmals die wichtigsten wahrgenommenen sozialen Lebensbezüge - werden in ihrer persönlichen Bedeutung inzwischen Werten wie Arbeit und soziale Sicherheit nachgeordnet, obwohl sie noch immer eine hohe Wertigkeit besitzen. Diese Veränderungen lassen jedoch den Schluss eines generellen Wertewandels, z.B. von einer arbeitsorientierten zur freizeitorientierten Gesellschaft, keinesfalls zu. Es scheint eher die Frage berechtigt, in welchem Maße es sich um einen Bedeutungsgewinn für den Einzelnen

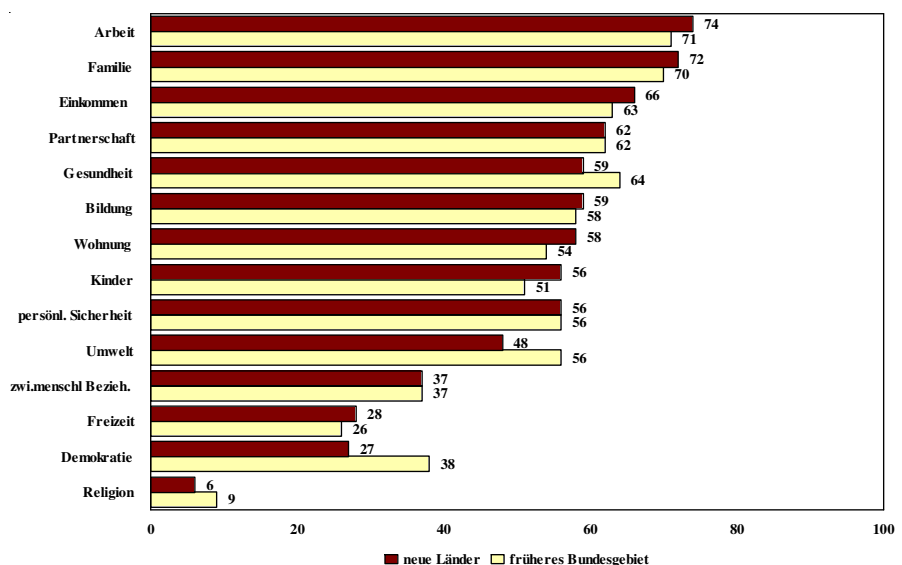
handelt, der keineswegs mit veränderten Werten, sondern eher mit dem Erfassen und Begreifen von Werten zusammenhängt, die zeitweilig nicht mehr so bewusst wahrgenommen wurden. Extrem ist z.B. der Stellenwert von Kindern in der Altersgruppe der 25- bis 39-Jährigen von 74 % ("sehr wichtig") im Jahr 1991 auf 53 % gesunken (2010). Offensichtlich reflektieren sich darin sowohl die aktuelle Situation vieler Bürger dieser Altersgruppe, gepaart mit einem keineswegs "kinderfreundlichen" Klima, als auch vorhandene Zukunftsverunsicherungen.

Wenn auch bei Jüngeren Arbeit einen vergleichbaren hohen Stellenwert in ihrer Werteskala hat, so ist doch ein deutliches Absinken seit 1990 nachweisbar.

Insgesamt ist im Ost-West-Vergleich eine weitgehend in ihren Grundstrukturen übereinstimmende Wertestruktur erkennbar. Die Werte Umwelt und Demokratie mit einem nicht vergleichbaren Stellenwert sind zugleich Bereiche,

- die 1990 im Rahmen der Aktivitäten 1989/1990 eine besondere Bedeutung hatten;
- bei denen inzwischen stabile Veränderungen eingetreten sind, welche z.B. im Bereich der Umwelt verbunden waren mit einer Deindustrialisierung, die gewissermaßen "automatisch" Verbesserungen der Umwelt, aber zugleich hohe Arbeitsmarktrisiken mit sich brachten.
- Demokratie ist gepaart mit den als nicht hinreichend empfundenen Mitwirkungsmöglichkeiten und der Einsicht, dass Wahlen zur Ausgestaltung einer Demokratie nicht ausreichen.

Abbildung 23: Wertestrukturen im Ost-West-Vergleich - 2010 - in Prozent - (nur Antwort: "ist mir sehr wichtig")



Datenbasis: sfz/leben 2010 (gew.)

V. Demokratie

27. Demokratieentwicklung

Die Erfahrungen von großen Teilen der Bürger der neuen Bundesländer beruhen auf drei Lebensabschnitten mit unterschiedlichem Demokratieverständnis und Mitwirkungsmöglichkeiten. Das betrifft zum Ersten die Sozialisation und gesellschaftliche Mitwirkung in der DDR - einem politischen System, welches durch zentralistische Entscheidungen in allen Grund- und Detailfragen des gesellschaftlichen Lebens geprägt war und sich darüber hinaus weitgehend auf eine arbeitsstättenzentrierte Mitbestimmung beschränkte.

Zum Zweiten verfügen sie über Kenntnisse und Erfahrungen hinsichtlich der hohen Wirksamkeit von friedlichen Massenprotesten zum Erreichen eines grundlegenden gesellschaftlichen Wandels sowie einer von Kompetenz und nicht parteipolitischen Orientierungen getragenen Sacharbeit in der Zeit des gesellschaftlichen Umbruchs 1989/90 z.B. im Rahmen der "Runden Tische". Und schließlich erlebten sie seit 1990 die politische Übernahme durch ein repräsentativ-demokratisches System, welches sich selbst vor allem über den Wählerwillen als freiheitlich-demokratisch definiert. Formen außerparlamentarischer Demokratie haben - zumindest auf Bundesebene - mit Unterschieden zwischen den einzelnen Bundesländern aus Sicht der Bürger nur einen geringen Stellenwert.

Tabelle 6: Demokratiebewertungen - neue Länder und Berlin-Ost, früheres Bundesgebiet und Berlin-West sowie Deutschland insgesamt - 2010 - in Prozent* -

	neue Länder	früheres Bundesgebiet	Deutschland
Wert Demokratie			
sehr wichtig/wichtig	69	82	79
in mittlerem Maße	20	13	14
unwichtig/sehr unwichtig	8	3	4
Zufriedenheit mit Demokratie			
sehr zufrieden/zufrieden	16	26	24
teilweise zufrieden	33	41	40
unzufrieden/sehr unzufrieden	45	28	31
Erwartungen an Demokratie			
Verbesserungen	7	11	10
keine Veränderung	46	53	52
Verschlechterungen	38	29	31

* Differenz zu 100 = ohne Antwort

Datenbasis: sfz/leben 2010 (gew.)

Nach 1990 gab es zunächst eine hohe Zustimmung der Ostdeutschen zur Demokratie als Grundwert (88 %), die sich jedoch in den folgenden Jahren deutlich rückläufig entwickelte.

Der Vergleich der Daten zwischen Ost- und Westdeutschland im Jahre 2010 ergibt:

- Demokratie hat in Westdeutschland einen höheren Stellenwert als im Osten - ohne Zweifel Ergebnis der lebenslangen Sozialisation aller Altersgruppen.
- Auch die Zufriedenheit mit dem Stand der Demokratieentwicklung ist höher als im Osten - allerdings auch hier auf einem relativ niedrigen Niveau (26 % im Westen - 16 % im Osten).
- In Ost wie West werden mehrheitlich keine grundlegenden Änderungen erwartet - Verbesserungen nehmen 11 % in den alten Bundesländern an (7 % im Osten).

28. Demokratieformen

Es gehörte 1989 zu den grundlegenden Forderungen der Bürger der DDR, das System der Wahlen neu zu gestalten und eine prinzipielle Neuordnung der Bürgerbeteiligung am gesellschaftlichen Leben zu organisieren. Die Bürger der neuen Bundesländer haben inzwischen ihre "Wahlgläubigkeit" in hohem Maße abgelegt und treten für eine deutliche Verstärkung plebiszitärer Elemente, so durch Volksentscheide und direkt-demokratische Elemente, ein.

Obwohl es im Artikel 20 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland heißt, dass die Staatsgewalt vom deutschen Volk in "Wahlen und Abstimmungen" ausgeübt wird¹⁷, ist nach wie vor der Volksentscheid auf Bundesebene nicht vorgesehen - Versuche, im Grundgesetz deutschlandweite Volksentscheide in Verfassungsrang zu heben, scheiterten schon im Vorfeld.¹⁸

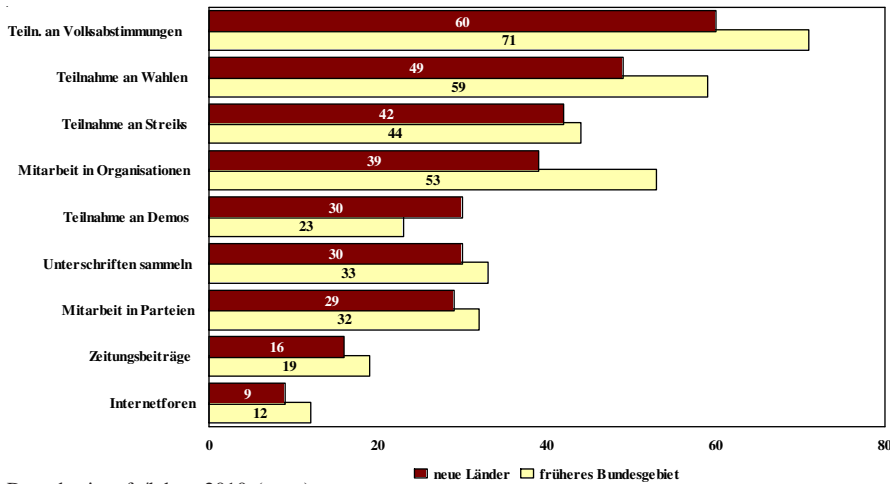
2010 sind 20 % der ab 18-jährigen Bürger in Deutschland der Auffassung, dass es reicht, alle vier bis fünf Jahre zur Wahl zu gehen - in Westdeutschland sind das 19 %, in Ostdeutschland 24 %. In Ost wie West sind es die jungen und älteren Bürger, die - wenn auch auf niedrigem Niveau - noch die höchste "Wahlgläubigkeit" ausweisen.

Im Gegensatz zur relativ geringen Zustimmung zu Wahlen wird mit deutlicher Mehrheit von 58 % der Bürger gefordert, über Abstimmungen in Sachentscheidungen, die ihr Leben betreffen, einbezogen zu werden. Das fordern in den neuen Ländern 61 % und in den alten

17 Vgl. Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland - Textausgabe - Stand: Januar 2007 - Art. 20 (2).

18 Der Innenausschuss des Bundestages am 15. Februar 2009 bezog ablehnende Haltung.

Abbildung 24: "Wie viel kann man Ihrer Meinung nach mit nachfolgenden Mitteln zur gesellschaftlichen Veränderung und Entwicklung beitragen?" - nach Regionen - 2010 - in Prozent - (nur Antworten: "sehr viel"/"viel")



Datenbasis: sfz/leben 2010 (gew.)

Ländern 57 %. In Ost wie West sind es vor allem die mittleren Jahrgänge, die mehr Bürgerbeteiligung einfordern.

Insgesamt wird den "Volksabstimmungen" eine hohe Wirksamkeit zugeordnet. Die Wirksamkeit unterschiedlicher Formen "eigenen Handelns" wird in Deutschland mit z.T. deutlich unterschiedlichen Positionen in Ost und West (vgl. Abbildung 24) bewertet:

- Aktivitäten mit breiter Bürgerbeteiligung (Volksabstimmungen 68 %, Wahlen 57 %, Streiks 44 %).
- Mitarbeit in demokratischen Organisationen (50 %) und Parteien (31 %).
- Unterschriftensammlungen und Demonstrationen werden geringere Wirksamkeit zugestanden (Erfahrungswerte).
- Der Wirksamkeit in Medien wird wenig Wertschätzung entgegengebracht. Das gilt auch (noch) für die Wirksamkeit von Internetforen, die bislang für den Bürger nicht spürbar geworden sind.

Mit steigender Qualifikation sinkt der Glaube an demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten.

29. Organisationszugehörigkeit

Insgesamt hat sich die Anfang der 90er Jahre zunächst eher schwache Organisationsorientierung der Ostdeutschen, die ihnen zum Teil bis heute Nachteile für die Artikulation und Durchsetzung ihrer jeweiligen Interessen brachte, zum Teil durch Bildung neuer Vereine sowie Stabilisierung einzelner zum Teil größerer Verbände gewandelt.

Während die Mitgliedschaften in Parteien und großen Verbänden (Gewerkschaften sowie Religionsgemeinschaften) über den Gesamtzeitraum rückgängig sind, ist bei Vereinen insgesamt ein Anstieg unübersehbar.

Nach 1990 setzte zugleich ein Gründungsboom an Organisationen und Vereinen ein, der bis Ende des vorigen Jahrhunderts zu einer Vereinsdichte von 650 Vereinen je 100.000 Einwohner führte¹⁹. Es wird von rd. 80.000 bis 100.000 Vereinen in den neuen Bundesländern ausgegangen. Die Vielzahl von Gründungen von Vereinen nach 1990 reflektiert Erbe und Defizite der DDR gleichermaßen, wie

eine neue, sich dem Westen angleichende "Vereinskultur und -tätigkeit".

Tabelle 7: Mitgliedschaften - 2010 - in Prozent - (ab 18. Lebensjahr)

	neue Länder und Berlin-Ost	früheres Bundesgebiet und Berlin-West	Deutschland
Parteien	4	4	4
Gewerkschaften	13	17	16
Wohlfahrtsverband	17	21	20
andere Vereine	37	44	42
Religionsgemeinschaften	21	69	59
nirgends Mitglied	35	14	18

Datenbasis: sfz/leben 2010 (gew.)

Insbesondere im Sport-, Kultur- und Sozialbereich treten zwischen Ost und West deutlich unterschiedliche Mitgliedschaftsanteile auf. Die Ursachen dafür mögen vielfältig sein: Abgesehen vom Zusammenbruch der Vereins-/Verbandsstrukturen nach 1990, einem geringeren Interesse an Organisationsbindungen generell wird im Osten besonders deutlich

- das Fehlen von Vereinsmitgliedschaften ohne aktive Teilnahme (unterstützende Mitglieder),
- das Fehlen von betrieblichen Sponsoren in Größenordnungen,
- das Fehlen entsprechender flächendeckender Kultur- und Sporteinrichtungen wie z.B. Begegnungstätten/Klubs und Sporteinrichtungen insbesondere auf dem Lande - vom Fußballfeld abgesehen.

19 Vgl. Priller, Eckhard/Winkler, Gunnar: Struktur und Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland, in: Enquetekommission "Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements", Schriftenreihe Bd. 6, Verlag Leske+Budrich, Opladen 2002, S. 47.

Unabhängig davon gibt es in Ost wie West ein keineswegs unbedeutendes Potenzial, welches Interesse am bürgerschaftlichen Engagement bekundet. Die Bereitschaft zur Mitarbeit in Organisationen mit unterschiedlichen Aufgabenstellungen hat sich von 1992 bis 2010 hinsichtlich der Präferenzen für einzelne Bereiche nicht grundlegend verändert.

Rund zwei Drittel der ab 18-jährigen Bürger sind in Deutschland bereit, sich in unterschiedlichsten Formen bei unterschiedlichsten Zielstellungen sozial, kulturell, politisch zu betätigen - das gilt für Ost wie West gleichermaßen. Vier von zehn Ostdeutschen sind bereit, in Organisationen mit sozialer Ausrichtung mitzuarbeiten (39 % - West 45 %). Das trifft fast in gleichem Maße für Freizeitorganisationen zu (35 % - in Westdeutschland mit 27 % etwas geringer, was auch der bereits höheren Vereinsmitgliedschaft in diesem Bereich geschuldet sein mag). Mit 16 % weiterhin hoch und nicht auf Frauen beschränkt ist die Akzeptanz von Organisationen, die Fraueninteressen vertreten (gilt für Ost wie West). In Organisationen zur Wahrnehmung von Arbeitnehmerinteressen sind 25 % zur Mitarbeit bereit - im Gegensatz zu 17 % in den alten Ländern. Deutlich geringer ist hingegen die Bereitschaft zur Mitarbeit in politischen Interessenvertretungen (11 % - West 13 %) und in Vereinigungen mit religiösen Zielstellungen (6 % - West 11 %).

30. Institutionenvertrauen

Die politische Integration der Bürger der neuen Bundesländer ist aus Sicht der unterschiedlichen Ebenen durchaus differenziert zu bewerten. Es erhebt sich auch nach rd. zwei Jahrzehnten immer "noch die Frage, ob die Bürger in den neuen Bundesländern in vergleichbarer Weise wie die alten Bundesländer politisch integriert sind und in ähnlicher Weise Zugang zum politischen Willensbildungsprozess suchen."²⁰

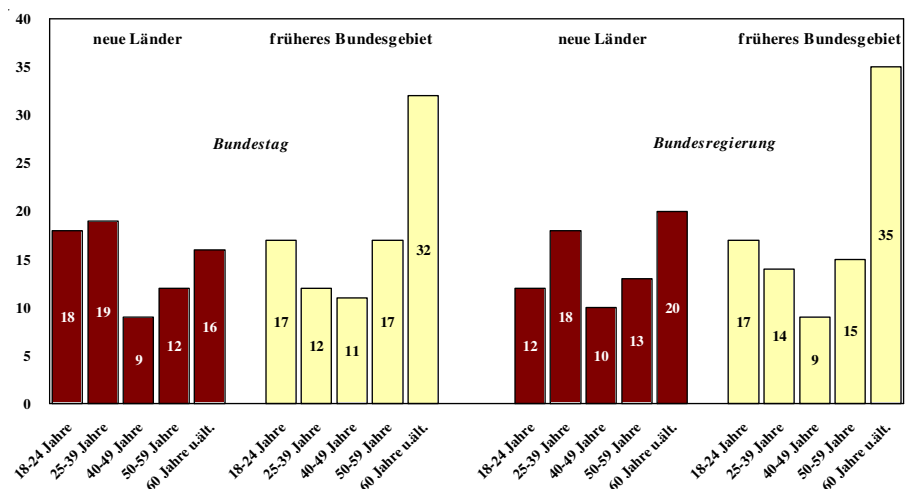
Kennzeichnend für Ost- wie Westdeutschland ist eher ein geringes bzw. fehlendes Institutionenvertrauen als volles und viel Vertrauen. Das geringe Vertrauen in die politischen Bundes- und Landesinstanzen (Bundestag, Bundesregierung, Landesregierung) offenbart eine existierende Distanz zwischen Politik und

Bürgern, zwischen denen, die regieren, und jenen, welche regiert werden. Das Handeln der gewählten und sich etablierenden Politiker führt nicht zur Vertrauensbildung, sondern eher zur Abkehr.

Oft wurde den Ostdeutschen eine tief verinnerlichte Institutionenskepsis zugeschrieben, die mit der Überpolitisierung gesellschaftlicher Verhältnisse in der DDR begründet wird. Die Aussagen in Ost und West verweisen darauf, dass die mit Wahlen an die Politik gestellten Erwartungen und die danach nicht eingelösten Versprechen einerseits sowie die radikalen Eingriffe in das soziale Sicherungssystem und nicht gelöste Arbeitsmarktprobleme andererseits die kritische und auf Distanz gehende Haltung vertieft haben.

Insgesamt haben nur rd. 15 bis 20 % der Ost- wie Westdeutschen Vertrauen in die Bundes- bzw. Landesinstitutionen (Bundestag: Ost 15 %/West 20 %; Bundesregierung: Ost 20 %/West 15 %; Landesregierungen: Ost 20 %/West 21 %). Dem Bürger am nächsten agierende Institutionen wie die Gemeinde- und Stadtverwaltungen werden von rd. einem Drittel akzeptiert (Ost 30 %/West 37 %). Am höchsten ist das Vertrauen in die Arbeit der Polizei (Ost 48 %/West 64 %) und Gerichte (Ost 32 %/West 47 %) - mit deutlichen Unterschieden positiver Bewertungen in den alten Bundesländern. Die Bundesbehörde für die Stasi-Unterlagen - im allgemeinen als Birthler-Behörde (vormals Gauck-Behörde) bezeichnet, genießt bei rd. 16 % im Osten und 19 % im Westen volles bzw. viel Vertrauen. Kennzeichnend ist hier eine hohe "Enthaltungsrate", indem 25 % im Osten bzw. 40 % im Westen mit "ich

Abbildung 25: Vertrauen in Bundestag und Bundesregierung - nach Altersgruppen und Regionen - 2010 - in Prozent - (nur Antworten: "volles Vertrauen"/"viel Vertrauen")



Datenbasis: sfz/leben 2010 (gew.)

20 Vgl. Datenreport 2006, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2006, S. 635.

weiß nicht" antworten und weitere 6 % bzw. 3 % überhaupt keine Antwort geben (darunter 18- bis 25-Jährige in Ost wie West mit 72 % "ich weiß nicht"). Kennzeichnend für die Haltung zu politischen Institution sind im Besonderen die 40- bis 60-Jährigen mit ge-

ringem Vertrauen - offensichtlich als die Altersgruppen mit der höchsten "Betroffenheitsquote" der div. Sozialreformen. Ältere Bürger, vor allem in den alten Bundesländern, reflektieren ihre Sozialisation.

VI. Zukunftserwartungen

31. Hoffnungen - Befürchtungen

Wie das Leben des einzelnen Bürgers in der DDR bis 1990 auch verlaufen sein mag, die ökonomischen und politischen Verhältnisse stießen auf zunehmende - wenn auch nicht öffentlich artikulierte - Kritik. Der mehrheitlich gewünschte gesellschaftliche Umbruch führte zu Hoffnungen auf nicht nur veränderte, sondern verbesserte Lebensverhältnisse und zunächst weniger zu Befürchtungen über die weitere Entwicklung. Dabei ging es den Bürgern keineswegs nur um den Zugang zur DM, sondern um Erwartungen, die über materiellen Wohlstand hinaus auch Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und Freiheit gewährleisten sollten.

Als zum Jahreswechsel 1989/90 am Brandenburger Tor und in ganz Deutschland die erreichten Ergebnisse der friedlichen Revolution in der DDR und die sich abzeichnenden Schritte zur deutschen Vereinigung gefeiert wurden, waren es überwiegend Hoffnungen auf eine andere Zukunft, welche die 16,4 Millionen Bürger der DDR damit verbanden.

Große Hoffnungen zunächst auch noch im Umfeld der Wahlen 1994 bzw. 1998 - den Wahlversprechen Glauben schenkend (insbesondere 1998). Von den "blühenden Landschaften", über die Rentenangleichung bis zum Jahr 1995 sowie ständigen "Halbierungs"-versprechungen zur Arbeitslosigkeit reicht die Palette Hoffnungen erweckender Äußerungen führender Politiker. Seit Beginn des neuen Jahrtausends wurden Hoffnungen auf Verbesserungen zunächst nur mit größter Vorsicht geäußert und auf weite Horizonte verschoben. Seit 2003 werden die Auf- und Abschwünge kürzer. Ehe der seit 2007 verkündete Aufschwung die Massen erreichte, fiel die Wirtschaft in die Finanzkrise. Milliarden, die bis zu die-

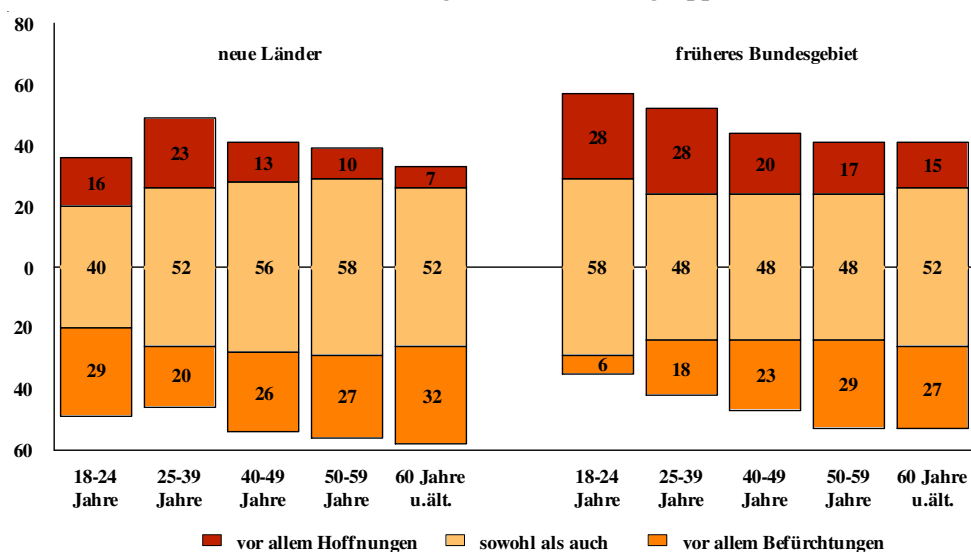
sem Zeitpunkt für die Verbesserung der Lebenslagen nicht zur Verfügung standen, mussten dem Schutz des Finanzkapitals geopfert werden.

In Deutschland äußerten Anfang des Jahres 2010 rd. 20 % vor allem Hoffnungen hinsichtlich der weiteren Entwicklung, 24 % vor allem Befürchtungen und 51 % sowohl Hoffnungen als auch Befürchtungen. Dabei war das Bild in Ost und West durchaus unterschiedlich. Während im Westen 20 % der ab 18-jährigen Bürger für sich vor allem Hoffnungen sahen, waren es im Osten nur 13 %. Analog sahen im Osten 27 % eher Befürchtungen, und damit mehr als im Westen mit 23 %.

Kennzeichnend ist die Unterschiedlichkeit bezüglich der unmittelbaren künftigen Entwicklung seitens der Aussagen jüngerer Bürger (bis 25. Lebensjahr), welche in den alten Bundesländern in deutlich höherem Maße "hoffnungsvoller" bewertet wird (28 %) als im Osten (16 %), ganz offensichtlich Realität der Unterschiedlichkeit der Ausbildungs-, Arbeits- und Einkommensbedingungen (vgl. Abbildung 26). Das gilt analog auch für den großen Anteil von Arbeitslosen in den neuen Bundesländern mit Befürchtungen (44 %).

Kennzeichnend sind in Ost wie West die hohen Anteile Älterer bzw. Bürger ab 50. Lebensjahr, welche für sich eher Befürchtungen hervorheben.

Abbildung 26: "Wenn Sie an die Entwicklung in den nächsten Wochen denken, haben Sie dann ...?" - nach Regionen und Altersgruppen - 2010 - in Prozent* -



* Differenz zu 100 = ich weiß nicht/ohne Antwort
Datenbasis: sfz/leben 2010 (gew.)

Zugleich gibt es hinsichtlich der Zufriedenheit mit der eigenen Zukunft ein relativ einheitliches Bild in Deutschland. Insbesondere Jüngere gehen in Ost wie West von Verbesserungen aus, Ältere aus den neuen Bundesländern eher von Verschlechterungen.

20 % aller ab 18-jährigen Bürger gehen davon aus, dass sich ihr Leben in den nächsten 5 Jahren verbessern wird - insbesondere naturgemäß junge Menschen unter 25 Jahren. Verschlechterungen erwarten 25 % - vor allem ab 50. Lebensjahr - und 41 % gehen für ihre eigene Zukunft nicht von Veränderungen aus.

Arbeitslose aus den alten Bundesländern gehen in weitaus geringerem Maße von künftigen Verschlechterungen, sondern vor allem von Verbesserungen aus - ein Indikator dafür, dass sich Arbeitslosigkeit im Osten stärker als Dauerzustand verfestigt hat und weniger als zeitweilige Lebensphase.

Insgesamt ist über die Jahre für Ostdeutschland seit 2000 ein starker Abfall der Zukunftszufriedenheit zu verzeichnen, der sich seit 2006 wieder leicht ins Positive kehrt.

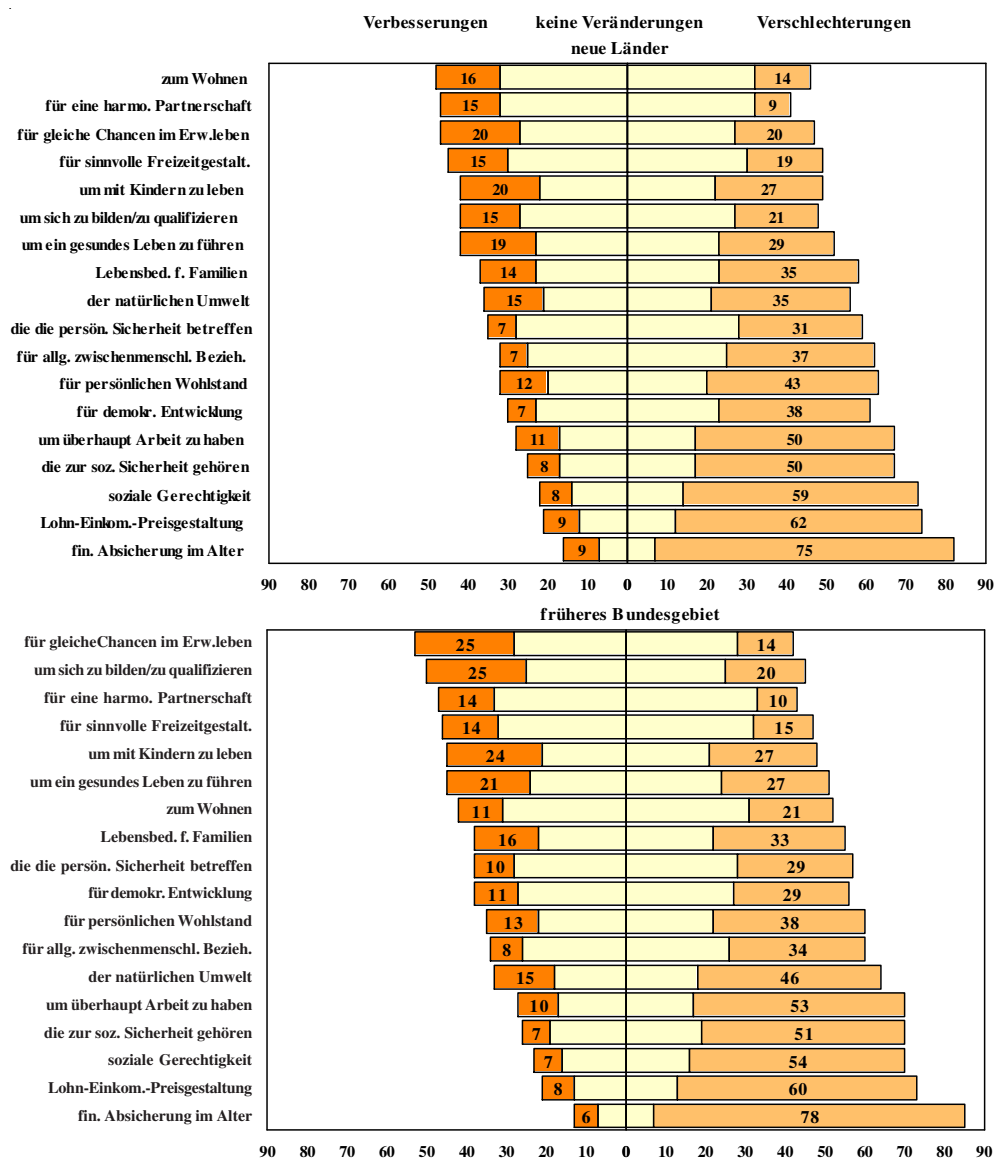
32. Erwartungen

Die für die individuelle Entwicklung erwarteten Verbesserungen bzw. Verschlechterungen von Lebensbedingungen weisen einerseits eine hohe Übereinstimmung zwischen Ost und West auf wie andererseits eine hohe Differenzierung nach einzelnen Lebensbereichen. Zwischen Ost und West werden Erwartungen auf Verbesserungen vor allem bezogen auf Chancengleichheit, Bildung, Partnerschaft, Kinder und Freizeit ausgesprochen (vgl. Abbildung 27), wie andererseits bezüglich Arbeit, sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit, Einkommensentwicklung und Absicherung im Alter vor allem Verschlechterungen angenommen werden.

Unterschiedliche Annahmen zwischen Ost und West treten im Besonderen beim Wohnen und der demokratischen Entwicklung auf. Charakteristisch ist jedoch

- eine generell geringe Annahme auf künftige Verbesserungen;
- mehrheitlich Reflexion der Reformpolitik und der geringen Aussichten auf „Kursänderungen“ in einer Vielzahl der Bereiche (soziale Sicherheit, Einkommens-Preis-Entwicklung, Demokratie, soziale Gerechtigkeit);
- steigende Erwartungen an Verbesserungen in jenen Bereichen, in denen die Politik in den Jahren 2008/2009 zum Teil reale Verbesserungen erzielte (Leben mit Kindern) bzw. einen zeitweiligen Effekt bewirkte (Arbeitsmarktentwicklung Kurzarbeit).

Abbildung 27: "Erwarten Sie in Bezug auf die Bedingungen ...?" - nach Regionen - 2010 - in Prozent -



* Differenz zu 100 = ich weiß nicht/ohne Antwort
Datenbasis: sfz/leben 2010 (gew.)

Die Daten des Jahres 2010 belegen, dass die Hoffnungen auf Verbesserungen insgesamt gering ausgeprägt sind. In den Bereichen mit starken individuellen Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten wie Wohnen, Freizeit, Bildung erwartet die Mehrheit keine grundlegenden Veränderungen der gesellschaftlichen Bedingungen.

Vor allem für Bereiche, die stärker den politischen Gestaltungsprozessen unterliegen, ist die Annahme von - weiteren - Verschlechterungen charakteristisch. Das betrifft insbesondere die soziale Absicherung im Alter, die Lohn-Einkommens-Preisgestaltung, die Möglichkeit, Arbeit zu haben, soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit sowie persönlichen Wohlstand.

Die Realitäten des täglichen Lebens lassen offensichtlich die Bürger aller Altersgruppen die Erfahrungen sammeln, dass die Marktwirtschaft ihren eigenen Gesetzen folgt, dass auch in der Marktwirtschaft das "Soziale" nichts ein für alle Mal Gegebenes ist, sondern stets neu eingefordert werden muss.

Das wird auch an den beiden sozialpolitischen Hauptthemen des Sommers 2010: dem Umbau des Gesundheitssystems und der Rente mit 67 deutlich.

Gesundheit hat bei den Bürgern insgesamt einen hohen Stellenwert. 2010 hielten 63 % aller ab 18-Jährigen sie in ihrem Leben für sehr wichtig (Ost 59 %/ West 64 %). Auch hinsichtlich der Zufriedenheitswerte sowie der Erwartungen an die weitere Entwicklung im Gesundheitswesen gibt es mit 24 % Zufriedenen in den neuen Ländern und 30 % in den alten Bundesländern ein vergleichbares, niedriges Bewertungsniveau. Nur rd. jeder fünfte Bürger (21 %) geht in der Zukunft von Verbesserungen aus, aber 28 % von Verschlechterungen.

Die geringen Vorstellungen auf Verbesserungen im Gesundheitsbereich reflektieren die seit Jahren praktizierten Eingriffe in Finanzierung und Leistungen zu Ungunsten der Bürger in Verbindung mit einer sich entwickelnden Zwei-Klassen-Medizin.

Zugleich hat der seit Beginn des neuen Jahrzehnts realisierte Umbau in Richtung zunehmender Privatisierung der Krankenversicherung zu einer weiteren Entsolidarisierung geführt. 14 % der ab 18-jährigen Bürger waren 2010 nach ihren Angaben privat versichert - 7 % im Osten, 16 % im Westen.

Insbesondere für die Bürger, welche noch nicht in Rente sind, bedeutet die Rente mit 67 einen grundlegenden Einschnitt in die Lebensverhältnisse durch längere Lebensarbeitszeit und geringere Renten durch Zwang zu einer Rente mit Abschlägen.

Die Diskussion um die Rente mit 67 wird anlässlich der gesetzlich festgeschriebenen bevorstehenden "Be-

standsprüfung", auf deren Richtigkeit gegenwärtig erneut belebt.²¹

Die Positionen der Bürger sind eindeutig: nur 10 % der 18- bis 64-Jährigen sprechen sich für das Modell "Rente mit 67" aus, 30 % sind für den Renteneintritt mit 65 Jahren und 59 % unterstützen einen Rentenbeginn vor dem 65. Lebensjahr (darunter 14 % unter Hinnahme von Abschlägen). Die Auffassungen sind zwischen Ost und West relativ übereinstimmend, mit einer stärkeren Unterstützung eines vorzeitigen Renteneintritts im Osten - offensichtlich Ausdruck der höheren Anteile an Arbeitslosigkeit.

Für die Einführung der Rente mit 67 sind gegenwärtig keine Voraussetzungen gegeben. Der Anteil der arbeitslosen Bürger ab 50 Jahre ist seit 2004/2005 durchgängig angestiegen und liegt im Juli 2010 mit rd. 908.000 Bürgern bei über 8 %. Im Durchschnitt sind in den alten Bundesländern 7 % und den neuen Ländern 13 % der älteren Bürger arbeitslos - das sind jeweils die höchsten Quoten aller Altersgruppen. Gegenwärtig und in naher Zukunft ist das Heraufsetzen des Renteneintrittsalters ein Schritt zur weiteren Rentenkürzung und Altersarmut.

33. Konzeption für Angleichung

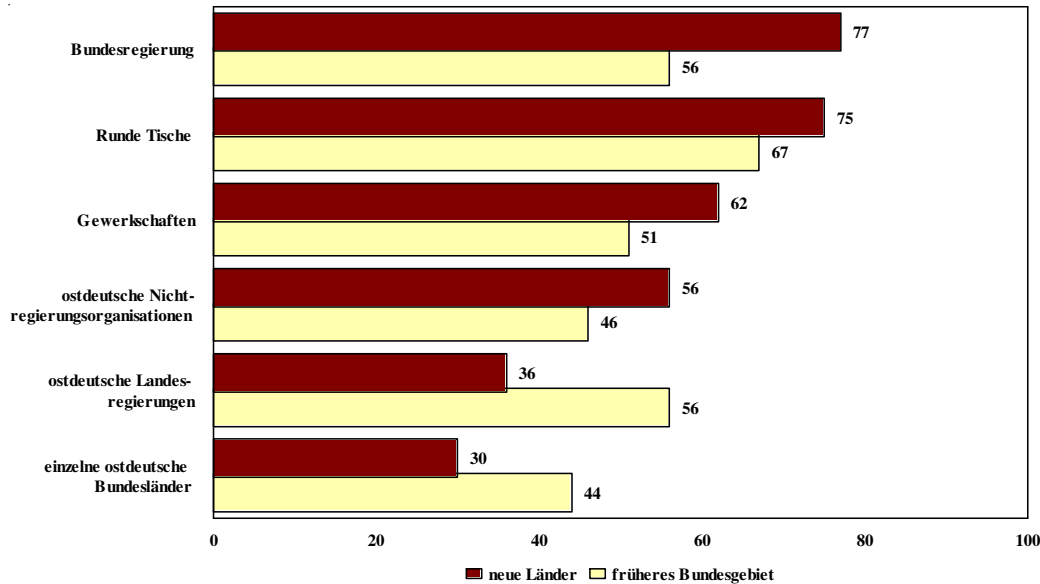
Der weitere Prozess der deutschen Vereinigung birgt nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise - die Gefahr des weiteren Abbaus/Umbaus des Sozialstaates in Deutschland. Der in der Koalitionsvereinbarung festgeschriebene Angleichungsprozess bis 2019 bedarf letztlich der gemeinsamen Aktionen aller gesellschaftlichen Kräfte.

Die Auffassungen dazu sind mehrheitlich, dass ein spezielles Konzept zur weiteren Angleichung erforderlich sei, wenn das auch mit unterschiedlichem Nachdruck vertreten wird. Während in Ostdeutschland 85 % der Bürger aufgrund des erreichten Standes der deutschen Einheit ein spezielles Konzept durchaus für erforderlich halten, sind nur 61 % der Westdeutschen dieser Meinung. Wesentlich differenzierter sind die Aussagen bezogen auf die dafür Verantwortlichen. Dabei ist kennzeichnend, dass Ostdeutsche die Verantwortung dafür vor allem bei der Bundesregierung sehen, während die Mehrheit der westdeutschen Bürger im Besonderen die Verantwortung der ostdeutschen Bundesländer (insgesamt und einzeln) hervorhebt. Dem liegen offensichtlich weniger traditionelle (zentralistische) Denkstrukturen zugrunde, als vielmehr die Ansicht, dass die bisher nicht erfolgte Angleichung lt. Staatsvertrag/Einigungsvertrag von 1990 weitgehend Ergebnis der Bundespolitik ist (zwei Wirtschaftsgebiete/zwei Rentenrechtsgebiete/Abbau der Infrastrukturen usw.) und man

21 Vgl. hierzu die Monitoring-Berichte des "Netzwerks für eine gerechte Rente", Nr. 1 bis 4, Berlin 2008 bis 2010.

erforderliche Entscheidungen auf Bundesebene erwartet - wie analog von den Gewerkschaften bezüglich der Tarifeinheit Ost-West. Nicht zu übersehen ist aber auch (vgl. Abbildung 28), dass der Arbeit parteienübergreifender, sachorientierter "Runder Tische" insgesamt in Ost wie West ein hoher Stellenwert beigemessen wird.

Abbildung 28: "Wer ist Ihrer Meinung nach für eine Konzeptentwicklung zur Angleichung bis 2019 zuständig?" - nach Regionen - 2010 - in Prozent - (nur Antworten: "trifft zu"/"trifft eher zu") (Mehrfachantworten möglich)



Datenbasis: sfz/leben 2010 (gew.)

Die z.T. vorhandene Unversöhnlichkeit des "Interessenkonfliktes" zwischen Ost und West wird auch an der Haltung zum Solidarzuschlag zu Gunsten der neuen Länder sichtbar. Dieser seit 1991 erhobene Zuschlag auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer (5,5 %) - begründet mit den Kosten der Einheit (Angleichung an das Wirtschaftsniveau West), aber auch des Golfkrieges und der Unterstützung von ost-, südost- und mitteleuropäischen Ländern - wird in Ost- wie Westdeutschland erhoben und fließt voll in den Bundeshaushalt - das Aufkommen des Solidaritätszuschlages betrug im Jahr 2009 rd.12 Mrd. Euro. Seit Jahren wird die Debatte um die Beseitigung des Soli-Beitrages geführt und

mit Verschwendung, nicht sachgerechter Verwendung, fehlender Notwendigkeit u.ä. begründet, z.T. auch für ein abflachendes Realeinkommen in Westdeutschland genutzt. Insofern reflektieren die Aussagen der Bürger diese Positionen: 77 % der Westdeutschen sind dagegen, dass der Solidaritätszuschlag so wie gegenwärtig erhalten bleibt - im Gegensatz zu 34 % der Ostdeutschen.

Während im Westen die Auffassung im Wesentlichen von allen Gruppen geteilt wird, sind es im Osten vor allem Bürger mit einem höheren/hohen individuellen und Familien-Nettoeinkommen. Als vorrangige Verwendungsbereiche des "Soli-Fonds" werden vor allem strukturschwache Regionen in Ost und West, eine verbesserte Bildung und Ausbildung in Ost und West (60 bis 70 %) unterstützt sowie der Einsatz zur Umsetzung sozialer Reformen in den Be-

reichen Gesundheit/Pflege/Rente. Eine Verwendung für internationale Entwicklungshilfe bzw. die Finanzierung militärischer Auslandseinsätze findet berechtigterweise nur bei 2 bis 5 % der Bürger entsprechende Unterstützung.

Die ständig in der Diskussion gehaltene erforderliche Aufhebung des Soli-Fonds als "permanente Umverteilung auf Kosten der westdeutschen Steuerzahler zu Gunsten der Ostdeutschen" - wie sie im Vorfeld von Wahlen immer wieder hochkommt - hat nicht unmaßgeblich zur Stabilisierung der mentalen Trennung Ost-West beigetragen.

Anlage: Zusammenfassende Hauptaussagen des "Sozialreport 2010"

1. Zusammenfassende Hauptaussagen

2. Einheit

- 2.1 Die 1989 getroffene Aussage von Alt-Bundeskanzler Willy Brandt: "Jetzt wächst zusammen was zusammengehört"¹ hat ihre Bedeutung und Richtigkeit bis in die Gegenwart noch nicht verloren. Der Stand der deutschen Einheit wird zwischen Ost und West extrem unterschiedlich bewertet. 47 % der Bürger im Westen und 17 % im Osten sehen die Einheit im Wesentlichen als erreicht an.
- 2.2 Die Bewertung des erreichten Maßes der Vereinigung anerkennt die vollzogenen Fortschritte ebenso wie sie eine hohe Erwartungshaltung an noch zu erfolgende "Angleichungen" reflektiert - sie unterstützt zugleich den Erhalt von politischer, kultureller und regionaler Vielfalt.
- 2.3 Die Bürger in Deutschland sehen sich sowohl als Gewinner wie Verlierer der Einheit. Während im Osten mehr Bürger für sich Gewinne feststellen (42 %) als im Westen (37 %), konstatieren im Westen mehr Bürger Verluste (35 %) als im Osten (24 %). Insbesondere Arbeitslose und Bürger mit geringem Einkommen sehen sich in Ost wie West als Verlierer.
- 2.4 In den neuen Bundesländern gibt es eine relativ stabile Gewinn-Verlust-Bewertung. Der mit der Sozialreformdebatte Anfang des Jahrzehnts verbundene negative Trend der Bewertung wurde in den letzten Jahren wieder überwunden.
- 2.5 Bürger, welche 1990 bereits 20 Jahre und älter waren, bestätigen die Erkenntnis, dass sich im Osten fast alles verändert hat, während für die alten Bundesländer Kontinuität - im Sinne von "keine Veränderungen" - charakteristisch ist. Insbesondere in selbst gestaltbaren Lebensbereichen werden im Osten die größten Fortschritte anerkannt.
- 2.6 Seit Mitte der neunziger Jahre entwickelt sich in den neuen Ländern zunehmend eine Identifikation mit der Bundesrepublik Deutschland, die vor allem von den nachrückenden jüngeren Jahrgängen sowie Bürgern in gehobenen Lebenslagen getragen wird. Scheinbar restaurative Aussagen (DDR wiederhaben) sind stark an den gegenwärtigen sozialen Status gebunden. Charakteristisch ist die Antwort "weder-noch".
- 2.7 In den alten Bundesländern wollen 11 % der Bürger am liebsten die Mauer wiederhaben und 10 % der Westdeutschen fühlen sich in der jetzigen Bundesrepublik nicht mehr richtig wohl. Charakteristisch ist für die alten Bundesländer, dass sich 70 % seit der Vereinigung nicht anders fühlen als vorher bzw. wohler fühlen und/oder erst jetzt richtig als Deutsche. Insbesondere Arbeitslose und Bürger mit Einkommensverlusten geben negativere Bewertungen ab.
- 2.8 Die gefühlsmäßige Verbundenheit der Bürger ist nach wie vor stark sozialisationsbedingt. Ostdeutschland ist für die Bürger der neuen Bundesländer, die Bundesrepublik für Bürger des früheren Bundesgebietes der Bezugspunkt. Insbesondere ältere Bürger haben eine eindeutige Identifikation. Das neue Europa wird in Ost wie West weitaus weniger angenommen.

3. Angleichung - Gleichwertigkeit - Vielfalt

- 3.1 Die Bewertungen wesentlicher sozialer Lebenslagen (Zufriedenheit, Erwartungen, wirtschaftliche Lage) unterliegen seit 1990 einer rasch steigenden Zunahme positiver Wertungen, stabilisieren sich bis 2000 auf dem erreichten Niveau, um mit Einsetzen der "Reformpolitik" deutlich abzunehmen. Stagnation und geringfügige positive Zunahmen charakterisieren die letzten Jahre.
- 3.2 Die Festlegungen des Koalitionsvertrages zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland bis 2019 werden von den Bürgern mehrheitlich nicht für real gehalten. Mehr als die Hälfte in Ost und West glaubt nicht mehr an das Erreichen der Angleichung bzw. ist dazu nicht aussagefähig.
- 3.3 Die Bürger der neuen Bundesländer - ebenso wie die der alten Bundesländer - verstehen unter "Angleichung" nicht eine Gleichheit im Sinne formaler quantitativer Gleichheit oder Nivellierung, sondern eher und vor allem "Chancengleichheit" im Sinne von Herstellung vergleichbarer Bedingungen für einen eigenständigen Lebensvollzug.
- 3.4 Die Entwicklung seit 1990 belegt erreichte Fortschritte wie noch vorhandene Defizite. Je exakter Ziele, Zeitpunkt, Richtung und Wege zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse bestimmt werden, umso wirkungsvoller die Ergebnisse und eine möglich Kontrolle der gesetzten Vorgaben.
- 3.5 Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West ist zur Zeit aufgrund der ökonomischen und infrastrukturellen Unterschiede nicht gegeben. Ein nicht unbedeutender Teil der Bürger stellt individuell die Bedingungen der erwarteten Gleichwertigkeit durch hohe berufliche und territoriale Mobilität her.
- 3.6 Der Vereinigungsprozess ist nicht nur mit Gewinn, sondern auch mit Verlust an Vielfalt verbunden. Im Besonderen hinsichtlich der Haltung zu Kindern und Familie ist festzustellen, dass sich in diesem Bereich Anpassungen an traditionelle "deutsche Leitbilder" - die selbst einem Angleichungswandel unterliegen - vollziehen.
- 3.7 Die Haltung zur Berufstätigkeit der Frau trennt nach wie vor Ost- und Westdeutschland. Die Unterschiedlichkeit der Bewertungen ist im Besonderen Resultat der in beiden Regionen bewahrten Traditionen und erlebten Sozialisation. Der einstmals vorhandene Gleichstellungsvorsprung von Frauen ist in den neuen Bundesländern im Schwinden.
- 3.8 Zur Vielfalt des Lebens in Deutschland gehören auch das Zusammenleben mit Bürgern anderer Nationalitäten und die damit verbundene Sprachenvielfalt, religiösen Unterschiede und das multikulturelle Leben. Die unterschiedlichen Erfahrungen des Zusammenlebens reflektieren sich in Haltungen zu Ausländern zwischen Ost und West.

- 3.9 Insgesamt ist die Haltung der Bürger - der neuen wie der alten Bundesländer - nach 20 Jahren Einheit nicht ausländerfeindlich, aber auch nicht hinreichend ausländerfreundlich - ohne Extremhaltungen leugnen oder rechtfertigen zu wollen. Das verbreitete Klischee von einer Jugend, die sich - im Gegensatz zu "Älteren" - stärker gegen Ausländer in der Bundesrepublik wendet, ist nicht zu belegen.
- 3.10 Die Vereinigung hat die weltanschaulichen Strukturen der Bevölkerung deutlich und nachhaltig auch in dieser Hinsicht in zwei Regionen geteilt. Während im Osten 78 % keiner Religionsgemeinschaft angehören, sind das im Westen 31 %.

4. Lebenslagen

- 4.1 "Die" unzufriedenen Ostdeutschen gibt es nicht. Erreichten "Wohlstandsgewinnen" in den Jahren nach 1990 stehen im letzten Jahrzehnt "Wohlstandsverluste" gegenüber (Arbeitsmarkt, Verlangsamung des Angleichungsprozesses, Sozialabbau u.a.) ebenso wie andererseits die Akzeptanz von staatlichen "Schutzschirmen" für die unterschiedlichsten Lebenslagen seit 2008. Zufriedenheiten werden im Besonderen von Erwerbsstatus, Zukunftssicherheiten und materiellem Lebensniveau geprägt.
- 4.2 Insgesamt gibt es eine hohe allgemeine Lebenszufriedenheit in Deutschland. Dabei weist der Westen höhere Zufriedenheiten aus als der Osten. Insbesondere jüngere und ältere Bürger sind überdurchschnittlich zufrieden.
- 4.3 Die höchsten Zufriedenheiten weisen die Deutschen in Ost wie West für das Wohnen und die Freizeit aus. Es sind jene Bereiche, welche der Einzelne relativ selbstständig gestalten kann. Am Ende der Zufriedenheitsskala liegen Leben mit Kindern, Demokratie, politischer Einfluss und die Einkommens-Preis-Verhältnisse.
- 4.4 Die erfolgten Veränderungen der Lebensverhältnisse nach 1990 reflektieren sich zwischen 1990 und 2000 in einer zunehmenden positiven Wertung der individuellen wirtschaftlichen Lage. Die zunehmenden negativen Wertungen nach 2000 sind vor allem Auswirkungen der Sozialreformen, der Euro-Umstellung sowie des Aussetzens der Einkommensangleichungen.
- 4.5 Die Bewertung der jeweiligen individuellen wirtschaftlichen Lage seitens der Bürger der neuen Bundesländer beruht auf steigenden Haushaltsnettoeinkommen (pro Kopf) insgesamt als auch den der Bewertung zugrunde liegenden Einkommenshöhen. Insgesamt nimmt die Differenzierung der den Bewertungen zugrunde liegenden Einkommensgrößen deutlich zu.
- 4.6 Die Aussagen zur wirtschaftlichen Situation reflektieren sowohl die unterschiedlichen Realitäten von Lebenslagen der Bürger als auch die existierenden regionalen Unterschiede. Insgesamt ist die wirtschaftliche Lage im Osten durch einheitlichere (homogenere) Verteilungsstrukturen individueller finanzieller/materieller Lebenslagen gekennzeichnet.
- 4.7 Die Annahmen über die künftige vom Einzelnen erwartete wirtschaftliche Situation gehen in hohem Maße von Stagnation bzw. von Verschlechterungen aus. Jüngere erwarten vor allem Verbesserungen, Ältere Verschlechterungen. Die Bewertungen zur künftigen Entwicklung weisen keine prinzipiellen Unterschiede zwischen Ost und West aus.
- 4.8 Beim Vergleich der individuellen wirtschaftlichen Lage zwischen der Gegenwart und 1990 heben über 40-jährige Bürger aus den neuen Bundesländern vor allem die erfolgten Verbesserungen hervor, während Bürger aus den alten Ländern vor allem Verschlechterungen sehen.
- 4.9 Weniger als die Hälfte der Haushalte in Deutschland können mit ihrem erzielten Pro-Kopf-Haushaltsnettoeinkommen vorhandene Bedürfnisse befriedigen. In jedem fünften Haushalt ist es "zu knapp". Das gilt im Besonderen für Alleinerziehendenhaushalte in Ost wie West sowie Haushalte mit drei und mehr Kindern.
- 4.10 Die Entwicklung des individuellen Nettoeinkommens hat sich in den neuen Bundesländern zunächst rasch vollzogen, ohne ab Mitte der 90er Jahre weitere wesentliche Angleichungsfortschritte zu erreichen. Zugleich haben Differenzierungen in den Einkommen zugenommen - im Besonderen innerhalb der Erwerbstätigenstrukturen. Der Abstand zu den Einkommensstrukturen im Westen ist vor allem in den höheren Segmenten noch deutlich.
- 4.11 Die Veränderungen der individuellen Nettoeinkommen reflektieren sich auch in der Entwicklung der Haushaltsnettoeinkommen in Deutschland. Der Angleichungsprozess ist auch bei den Haushaltseinkommen weitgehend zum Erliegen gekommen. Die Anteile in den oberen Einkommenssegmenten liegen in Westdeutschland (63 %) deutlich über dem Osten (38 %).
- 4.12 Das Alterseinkommen in Deutschland ist - wie Einkommen generell - zwischen Ost und West unterschiedlich. Zwei noch existierende Rentenrechtsgebiete wie unterschiedliche historische Entwicklungen (Beamte, Vermögen, Wohneigentum) sind dafür Ursache. Tendenzen zunehmender Altersarmut sind vorgezeichnet.
- 4.13 Zunehmende Armut ist/wird eine der grundlegenden Entwicklungstendenzen des sozialen Wandels in Deutschland. 2010 lebten 18 % der ab 18-jährigen Bürger unterhalb der Armutsrisikoschwelle. Das waren in Ostdeutschland 24 % und in Westdeutschland 16 %. Alleinerziehende, Arbeitslose und Familien mit mehreren Kindern sind das am meisten betroffene Potenzial.
- 4.14 Rd. 80 % der Deutschen sind mit ihren Wohnverhältnissen/Wohnbedingungen zufrieden, nur 4 % der Bürger sind unzufrieden. Das gilt inzwischen für Ost wie West. Wohnen ist der Lebensbereich, der in den neuen Ländern den größten "Zugewinn" erreicht hat, nicht zuletzt aufgrund der qualitativen Fortschritte in der Wohnsubstanz und im Wohnkomfort.
- 4.15 Modernisierung und Neubau waren in den neuen Ländern zugleich mit bedeutenden Preis- und Tarifentwicklungen verbunden - bei gleichzeitigem Wegfall von Sozialsubventionen. Der Anteil der Mietbelastung stieg von 4 % des Einkommens auf 28 %.
- 4.16 Hinsichtlich des - an den Erwerbsstatus gebundenen - sozialen Status hat sich eine zunehmende Angleichung der Strukturen zwischen Ost und West ergeben. Erwerbsstrukturen reflektieren den Weg zur Dienstleistungsgesellschaft auch im Osten. Grundlegendster Einschnitt war die Herausbildung einer dauerhaften Arbeitslosigkeit.

- 4.17 Beschäftigung nimmt in Deutschland gegensätzliche Verläufe zwischen Ost und West. Zugleich stehen sich unterschiedliche Erwerbsmuster - insbesondere in Familien mit Kindern - gegenüber. Atypische und prekäre Arbeitsverhältnisse steigen kontinuierlich in Ost wie West.
- 4.18 Der gespaltene Arbeitsmarkt - mit einer doppelt hohen Arbeitslosigkeit im Osten - spaltet Deutschland nachhaltig bis zur künftigen Alterssicherung. In Deutschland verfügen 47 % aller 18- bis 65-Jährigen über eigene Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit, darunter im Osten 62 %. Rd. ein Drittel der Erwerbstätigen lebt in sozialer Verunsicherung aufgrund empfundener Arbeitsplatzbedrohung.
- 4.19 Die subjektive Schichtestufung zwischen Ost und West reflektiert die individuelle Lebenslage ebenso wie die regionale Sozialisation. Prägend für den Osten sind die Unter- und Arbeiterschicht, für den Westen die Mittelschicht und obere Mittelschicht.
- 4.20 Die Aussagen zu individuellem sozialen Auf- bzw. Abstieg weisen eine relativ hohe Übereinstimmung in Ost wie West auf. Stagnierende Angleichung und die Politik der Sozialreformen haben zu absinkenden Anteilen der "sozialen Aufsteiger" geführt.

5. Werte

- 5.1 Die Grundwertestruktur in Deutschland unterscheidet sich vor allem hinsichtlich des Stellenwertes von Freiheit und sozialer Sicherheit zwischen Ost und West. Sozialisation und Status quo führen zu deutlichen Unterschieden zwischen Ost und West.
- 5.2 Arbeit, ein dem Einkommen entsprechender Lebensstandard, Gesundheit und Wohnen stehen im Zentrum der Werthierarchie der Bürger in den neuen wie alten Bundesländern. Gravierender Wertewandel trat in den neuen Ländern beim Stellenwert von Kindern bei Jüngeren und dem Leben in einer demokratischen Gesellschaft auf.
- 6. Demokratie
- 6.1 Hohe Zustimmung zur Demokratie als Wert bei niedriger Zufriedenheit hinsichtlich demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten und geringen Erwartungen an Verbesserungen. Positivere Zustimmungswerte im Westen.
- 6.2 Insgesamt gibt es in den neuen Ländern ein bis 2005 ansteigendes politisches Interesse - insbesondere im Zusammenhang mit der Politik der Sozialreformen und der Politisierung des öffentlichen Lebens (September 2001). In Deutschland ist das politische Interesse (2010) in Ost wie West gleichermaßen relativ wenig ausgeprägt - nur 37 % haben starkes, 22 % kein Interesse.
- 6.3 Die Bürger in Ost- wie Westdeutschland sehen in einer stärkeren direkten Bürgerbeteiligung und weniger in Wahlen notwendige Formen einer wirksameren Demokratie. Andere Formen "eigenen Handelns" finden geringere Unterstützung.
- 6.4 Die Vereinskultur hat sich in Ost und West angenähert, bei rückläufigen Entwicklungen in der Mitgliedschaft von Parteien und großen Interessenverbänden. Zugleich gibt es in Ost wie West ein keineswegs unbedeutendes Potenzial, welches Interesse am bürgerschaftlichen Engagement bekundet.
- 6.5 Die Parteienlandschaft in Deutschland hat sich nach 1990 neu strukturiert mit Unterschieden in Ost und West. Hinsichtlich der den Parteien zugestandenen Kompetenzen in den wichtigsten das Leben der Bürger betreffenden gesellschaftspolitischen Bereichen ist eine Polarisierung zwischen CDU/CSU/SPD einerseits und DIE LINKE andererseits - vor allem im Osten - festzustellen.
- 6.6 Das Vertrauen in die gewählten Institutionen auf Bundes- und Landesebene ist in Deutschland generell gering, wenig und kein Vertrauen sind dominant in der Meinung der Bürger. Polizei und Gerichten wird demgegenüber ein höheres Vertrauen entgegengebracht.

7. Zukunftserwartungen

- 7.1 Über den Gesamtzeitraum seit 1990 sind sinkende Hoffnungen und steigende Befürchtungen für die neuen Bundesländer charakteristisch. Insbesondere junge Ostdeutsche und ältere Bürger in Ost wie West gehen in höherem Maße von negativen Erwartungen aus.
- 7.2 Hinsichtlich der Zufriedenheit mit der eigenen Zukunft gibt es ein relativ einheitliches Bild in Deutschland. Insbesondere Jüngere gehen in Ost wie West von Verbesserungen aus, Ältere aus den neuen Bundesländern eher von Verschlechterungen. Arbeitslose aus den alten Bundesländern sehen ihre Zukunft optimistischer als Arbeitslose aus dem Osten.
- 7.3 Die für die individuelle Entwicklung erwarteten Verbesserungen bzw. Verschlechterungen von Lebensbedingungen weisen einerseits eine hohe Übereinstimmung zwischen Ost und West auf wie andererseits eine hohe Differenzierung nach einzelnen Lebensbereichen. Vor allem hinsichtlich der finanziellen Absicherung im Alter erwarten Ost wie West deutliche Verschlechterungen.
- 7.4 Die Zufriedenheit mit dem Gesundheitswesen ist gering ausgeprägt, ebenso wie positive Erwartungen an die künftige Entwicklung. Rd. ein Drittel der Bürger ist unzufrieden und erwartet weitere Verschlechterungen.
- 7.5 Nur jeder 10. Bürger zwischen 18 und 64 Jahren unterstützt das Modell "Rente mit 67". Insbesondere ab 40-jährige treten für einen Rentenbeginn vor dem 65. Lebensjahr ein. Die hohe Quote der Rente mit Abschlägen bei Neurentnern spricht gegenwärtig gegen die Rente mit 67.
- 7.6 Im Gegensatz zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit wird notwendiger finanzieller Mitteleinsatz zur "Angleichung" im Westen nicht unterstützt. Der existierende Interessengegensatz Ost-West wird auch deutlich an der Haltung zum Solidaritätsfonds, der im Westen von rd. 60 % als ungerecht empfunden wird.
- 7.7 Die Mehrheit der Bürger in Deutschland hält ein Konzept zur Angleichung der Lebensverhältnisse für erforderlich. Während Ostdeutsche die Verantwortung dafür vor allem bei der Bundesregierung sehen, betonen die westdeutschen Bürger im Besonderen die Verantwortung der ostdeutschen Bundesländer. Drei Viertel der Westdeutschen und ein Drittel der Ostdeutschen wenden sich gegen den Solidaritätszuschlag in der gegenwärtigen Struktur.

2010 jährt sich die deutsche Vereinigung das zwanzigste Mal. Ein Zeitpunkt, zu dem aus unterschiedlichster Sicht die erreichten Ergebnisse, die sie bewirkenden Kräfte und die noch zu lösenden Probleme benannt werden. Am wenigsten werden diejenigen zu Wort kommen, welche den maßgeblichen Anteil an den eingetretenen Veränderungen hatten: die Bürgerinnen und Bürger. Die Vereinigung war das Ergebnis einer breiten friedlich-demokratischen Revolution der Menschen in den heutigen neuen Bundesländern ebenso wie der Existenz eines demokratischen Gemeinwesens, welches die Bürger der alten Bundesländer geschaffen hatten. Die Erwartungen in Ost wie West waren groß, der Vereinigungsprozess zeigte rasch Ergebnisse, verlor jedoch zunehmend an Fahrt und stagniert weitgehend seit Jahren. Die Positionen der Bürgerinnen und Bürger auf das Erreichte und das noch zu Erreichende unterscheiden sich von vielen medialen Darstellungen, da sie differenzierter Positives anerkennen und Negatives nicht verschweigen.